

Allmendinger, Jutta (Ed.)

**Periodical Part**

## Jugend: Ausbildung - Erwachsenwerden - Teilhabe

WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Allmendinger, Jutta (Ed.) (2022) : Jugend: Ausbildung - Erwachsenwerden - Teilhabe, WZB-Mitteilungen: Quartalsheft für Sozialforschung, ISSN 2943-6613, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin, Iss. 177 (3/22), [https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2022\\_177.pdf](https://bibliothek.wzb.eu/fulltext/journal-vt/wzb-mitteilungen/wm2022_177.pdf)

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/327958>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

3|22

September 2022

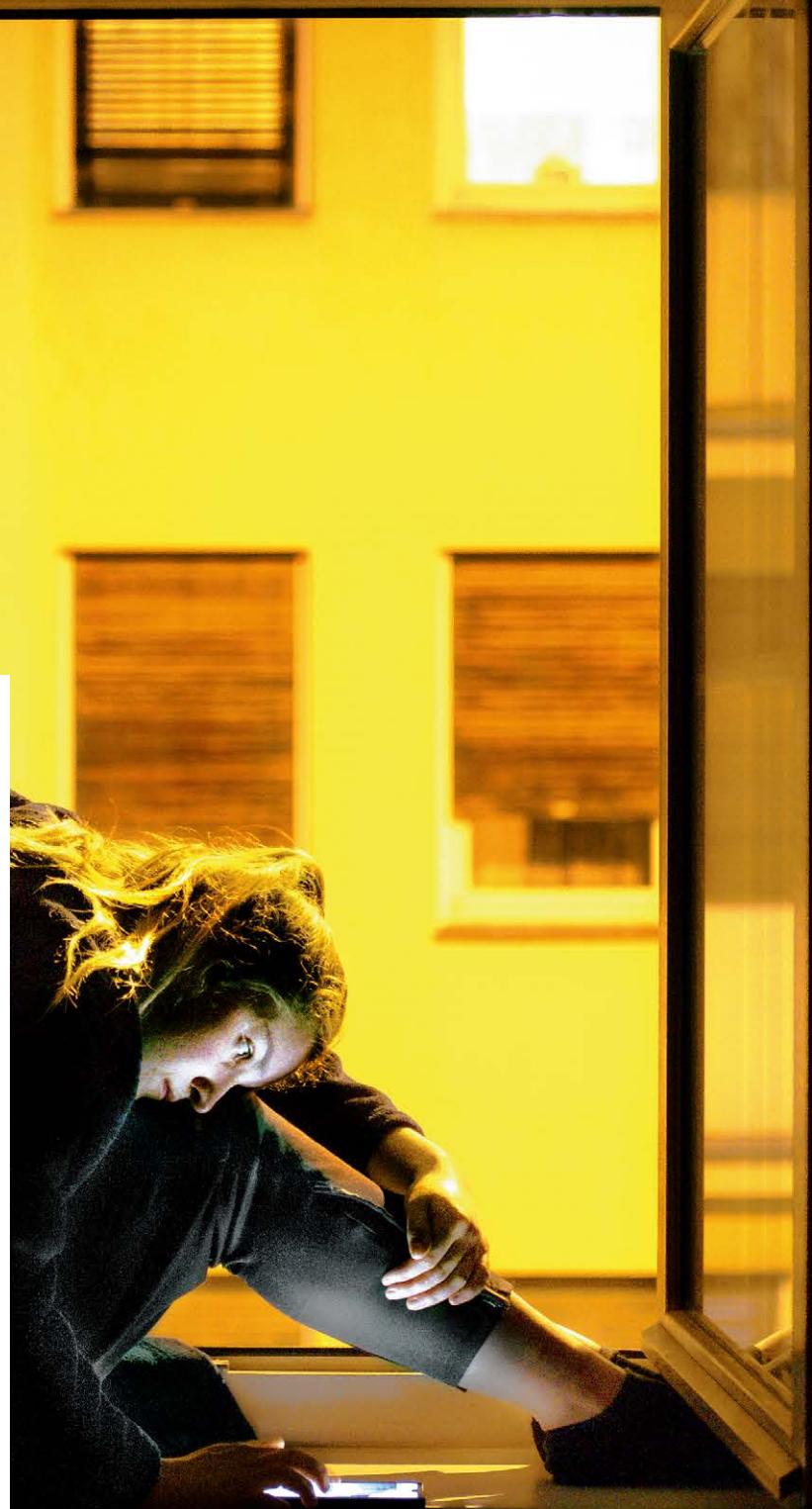
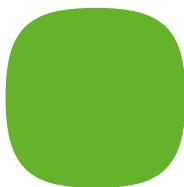
wzb.eu

Jugend

Ausbildung

Erwachsenwerden

Teilhabe



**Titelfoto:**

Für seine Serie „Zwischen den Jahren“ hat der junge Fotograf Valentin Goppel  
Gleichaltrige fotografiert. Nicht recht wissen, wohin mit sich – das ist für ihn  
charakteristisch für die Zeit zwischen Kindheit und Erwachsenenalter, aber  
auch für das Leben in der Pandemie.

Foto: © Valentin Goppel, alle Rechte vorbehalten.



# Leerstellen

Seit drei Monaten hoffe ich auf eine Lehrstelle. Es geht um einen 16-Jährigen, höflich, redegewandt, motiviert, mittlere Reife, ordentlicher Abschluss. Ich kenne ihn gut, er ist der Sohn eines langjährigen Mitarbeiters.

Moritz hat viele Bewerbungen geschrieben. Die Schreiben habe ich gesehen, sie sind gut. Die erste Absage bezog sich auf sein Alter. Moritz sei zu jung, erst mit 17 Jahren könne er die Ausbildung beginnen. Warum kann man Schulabschluss und Ausbildungsbeginn nicht besser aufeinander abstimmen? Bei der zweiten Bewerbung nahm er alle Hürden, dann zeigte sich eine bislang unbekannte Rot-Grün-Schwäche: Absage. Das Unternehmen war riesig. Warum verwies man ihn nicht auf alternative Lehrangebote? Die dritte Absage bezog sich auf das fehlende bronzenen Schwimmabzeichen. Warum bat man ihn nicht einfach, dieses zügig nachzumachen? Moritz ist ein guter Schwimmer.

Mittlerweile ist Moritz „durch“. Er sitzt viel in seinem Zimmer, vertreibt sich die Zeit am Computer. Er fühlt sich ausgeschlossen, sein Optimismus ist weg. Ich fühle mich im falschen Film. Kein Tag vergeht ohne Klagen über den Auszubildenden- und Arbeitskräftemangel. Aber ich sehe aus nächster Nähe, wie man junge Menschen einfach liegen lässt.

Moritz hat einen Abschluss. Doch viele Jugendliche erfüllen gar nicht die Mindestvoraussetzungen, gelten als nicht ausbildungsreif, darunter viele Mädchen und Jungen aus anderen Ländern. Warum tun wir nicht mehr gegen die Bildungsarmut? Wo bleiben Flexibilität und Beratung statt Bürokratie? Wir wissen um die psychischen Probleme vieler Jugendlicher, auch aufgrund der Pandemie. Was tun wir hier? Wo bleibt die Verantwortung für die junge Generation? Wann sorgen wir endlich vor, kümmern uns und ermöglichen deren Teilhabe, Grundfeste unserer Demokratie?



Jutta Allmendinger

# Inhalt 3|22

September 2022

## Editorial

### 3 Leerstellen

Jutta Allmendinger

## Titelthema

### 6 Gar nicht so abgeneigt

Was junge Erwachsene  
von einer Dienstpflicht halten  
*Marcus Spittler*

### 10 Engagiert in der digitalen Welt

Auch bei Jugendlichen entscheidet  
die Herkunft über die Teilhabe

*Jeanette Hofmann*

### 14 Anspruch auf Teilhabe

Um die Repräsentation junger Menschen in der  
internationalen Politik wird gerungen

*Julian Hettihewa, Anna Holzscheiter und  
Laura Pantzerhielm*

### 18 Wie Ungleichheit verstanden wird

Eigene Erfahrungen beeinflussen,  
ob junge Erwachsene an Erfolg durch  
Anstrengung oder an den Zufall glauben  
*Rebecca Wetter und Claudia Finger*

### 22 Im Interview:

Carla Hornberg und Silvio Suckow

,Wir brauchen Bewegung,

auch nach #IchbinHanna“

Bedingungen und Optionen  
im Wissenschaftssystem

### 27 Lange Reifung

Die Schutzbedürftigkeit junger Menschen  
wird unterschätzt

*Jianghong Li*

### 31 Viele Probleme, viele Chancen

Übergänge ins Erwachsenenleben  
in Lateinamerika

*Agustina Marques Hill*

### 36 Wartende Jugend

Erwachsenwerden und Migration  
im afrikanischen Kontext

*Julia Stier*

### 39 Nicht immer ein holpriger Start

Ausbildungsabbrüche haben vielfältige  
Ursachen

*Anne Christine Holtmann und Heike Solga*

### 44 Weniger Ungleichheit durch Beratung

Individuelle Förderung hilft, sozial vorge-  
zeichnete Bildungspfade zu verlassen

*Melinda Erdmann, Irena Pietrzyk, Juliana Schneider,  
Marcel Helbig und Marita Jacob*

### 48 Azubis und die Automatisierung

Berufsausbildungen bereiten unterschiedlich  
gut auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vor

*Alexander Dicks*

### 51 Sex, Politik und Familie

Sinn und Unsinn abstinenzbasierter  
Sexualerziehung

*Hannah Zagel und Zachary Van Winkle*

## WZB | Mitteilungen online

### 26 Früh radikaliert | Schwieriger Arbeits- einstieg | Junge Wissenschaft

## Aus der aktuellen Forschung

### 57 Orientierung im Treibsand

Neue Schriftenreihe zur „Wissensgesellschaft“  
ist erschienen

*Roland A. Römhildt*

# Das WZB

## Aus dem WZB

**59** Veranstaltungen

**60** Vorgestellt

**62** Personen

**64** Nachlese und Impressum

## Zu guter Letzt

**66** Meine Leute

Eine Ukrainerin lernt Deutsche kennen

*Olga Konsevych*

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 300 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene.

Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte - Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.

**WZB**



Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung

*Leibniz*  
Gemeinschaft

# Gar nicht so abgeneigt

## Was junge Erwachsene von einer Dienstpflicht halten

---

Sollen junge Menschen verpflichtet werden, sich in einem sozialen Pflichtjahr für die Gesellschaft zu engagieren? Viele junge Europäer\*innen sind gar nicht so abgeneigt, wie eine aktuelle Studie zeigt. Auch 39 Prozent der jungen Deutschen wären dazu bereit. Die Analyse macht deutlich, dass der Krieg in der Ukraine eine Rolle spielt: Junge Erwachsene, die sich durch den Krieg persönlich bedroht fühlen, sprechen sich stärker für eine allgemeine Dienstpflicht aus.

*Marcus Spittler*

In einem Punkt ähnelt die Wehrpflicht der Atomkraft: Spätestens, wenn die Nachrichtenlage mit dem Sommerloch dünner wird, kommt eine öffentliche Debatte über ihre Wiedereinführung in Gang, die hitzig und meist völlig losgelöst vom Diskurs in den jeweiligen Fachgremien geführt wird, um anschließend wieder folgenlos in der Versenkung zu verschwinden. Über beide Themen wird im Zuge des Ukraine-Kriegs mit größerer Ernsthaftigkeit diskutiert.

Neuen Schwung bekam das Thema Wehr- und Dienstpflicht, als der Bundespräsident in einem Interview mit der Bild am Sonntag anregte, über eine „soziale Pflichtzeit“ nachzudenken. Am überwiegend negativen Medientenor ist zweierlei interessant. Zum einen sprach der Bundespräsident mit keinem Wort über eine Verpflichtung von ausschließlich jungen Menschen, wurde jedoch unisono so verstanden. Zum zweiten wurde unterstellt, dass die Idee den Interessen junger Menschen zuwiderlaufe. Der für seine meinungsstarken Kolumnen bekannte Publizist Sascha Lobo schloss seine Kritik an dem Vorschlag mit den Worten „Diskutiert ruhig weiter über die jungen Köpfe hinweg“.

Dieser kurze Text hier will nicht den Versuch unternehmen, die Debatte um die Wiedereinführung der Wehrpflicht oder einer alternativen Dienstpflicht nachzuzeichnen oder gar zu bewerten. Denn diese zieht sich quer durch historische, verfassungsrechtliche, sicher-

**„In allen demokratischen Parteien finden sich Zustimmung und Ablehnung“**

heits- und gesellschaftspolitische Argumentslinien und stößt sich etwa demokratietheoretisch an der Frage, ob man einem liberalen oder republikanischen Staatsverständnis folgt. Stattdessen sollen hier die Einstellungen junger Erwachsener zur Wehr- und Dienstpflicht in den Blick genommen werden, und es soll gezeigt werden, wie sich deren Zustimmung dazu erklären lässt. Das allein gestaltet sich komplex, da beide Begriffe nur vage voneinander abgegrenzt sind: Wehrpflicht meint den Dienst in bewaffneten Streitkräften. Eine allgemeine Dienstpflicht lässt die Option offen, den Dienst entweder bei den Streitkräften oder in sozialen Einrichtungen, Krankenhäu-

sern und Vereinen abzuleisten. Wie lange dieser Dienst ist, ob er von Männern und Frauen gleichermaßen ausgeführt wird, ob man dafür gesund sein muss oder auch, wie gesund man sein muss, all das bleibt offen. So überrascht es nicht, dass sich in nahezu allen demokratischen Parteien zustimmende wie ablehnende Positionen finden. Auch dieser Beitrag verwendet den Begriff weitgehend offen. Die Umfrage machte in der Fragestellung deutlich, dass mit „allgemeiner Dienstplicht“ ein verpflichtender Dienst aller Bürgerinnen und Bürger im Militär oder in einer anderen gemeinnützigen Tätigkeit gemeint ist; weitere Details blieben offen. Im Unterschied zur 2011 in Deutschland ausgesetzten Wehrpflicht wären jedoch auch junge Frauen davon betroffen.

Tatsächlich fällt das Urteil zu einer sozialen Pflichtzeit unter jungen Menschen in den euro-

### „Eine Mehrheit der jungen Deutschen lehnt die Dienstplicht ab“

päischen Ländern keineswegs so eindeutig negativ aus, wie es in den oben zitierten Veröffentlichungen vermutet wurde. Die TUI Stiftung befragt in ihrer Studie „Junges Europa“ seit 2017 jährlich etwa 6.000 junge Erwachsene im Alter von 16 bis 26 Jahren in mindestens sieben, überwiegend westeuropäischen Ländern. Die Jugendstudie, die auch am WZB konzipiert wurde, zeigt, dass zwar eine Mehrheit der jungen Deutschen, genauso wie in den meisten Ländern Europas, eine allgemeine Dienstplicht ablehnt (Europa 52 Prozent, Deutschland 49 Prozent). Dieser Ablehnung stehen jedoch 39 Prozent der jungen Deutschen gegenüber, die sich eine Pflichtzeit durchaus vorstellen können, auch wenn deren konkrete Ausgestaltung noch offen ist. Deutschland bewegt sich damit im europäischen Vergleich im oberen Mittelfeld. Man sollte diese Zustimmung jedoch vorsichtig nur als ein für eine Dienstplicht offenes Potenzial interpretieren, da wie oben beschrieben politisch kein konkretes Modell diskutiert wird.

Die Befragung „Junges Europa“ fand Mitte April 2022 statt, zu einem Zeitpunkt also, als die unmittelbaren Kämpfe in der Nähe von Kyiv bereits beendet und die Kriegsverbrechen in Butscha und anderen ukrainischen Städten der Welt bekannt waren. Ein positiver Effekt des



**Marcus Spittler** ist Politikwissenschaftler an der Humboldt-Universität zu Berlin. Er berät unter anderem die TUI Stiftung bei ihrer jährlichen europäischen Jugendstudie und hat im WZB als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Demokratie und Demokratisierung gearbeitet.  
[marcus@mspittler.eu](mailto:marcus@mspittler.eu)

Twitter: @marcusspittler

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Ukraine-Kriegs auf die Zustimmung zur Dienstplicht ist nicht unmittelbar erkennbar. Im Gegenteil: Bei einer Befragung des Politbarometers im Juli 2020 in der vergleichbaren Altersgruppe hatte die Zustimmung zur Dienstplicht noch bei 53 Prozent in Deutschland gelegen. Eine Rückkehr zur Wehrpflicht befürworteten nur 28 Prozent. Es sind vor allem die über 26-Jährigen, die sowohl für die Wehrpflicht (52 Prozent) als auch die Dienstplicht votieren (78 Prozent), wobei Zustimmung zu ersterem nahezu immer auch Zustimmung zur Dienstplicht bedeutet.

Es lassen sich in der Jugendstudie „Junges Europa“ allerdings auch Gründe für die Zustimmung zur Dienstplicht finden, die im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg stehen. Mit-

### „Die Wahrnehmung einer Zeitenwende hat starken Einfluss auf die Zustimmung zur Dienstplicht“

hilfe einer statistischen Analyse unter Berücksichtigung mehrerer Faktoren lässt sich der Einfluss verschiedener soziodemografischer Faktoren und gesellschaftspolitischer Einstellungen schätzen. Dabei zeigt sich, dass Faktoren wie der aktuelle oder angestrebte Bil-



dungsabschluss oder der relative Wohlstand des Elternhauses sowohl in Deutschland als auch in einem europäischen Gesamtmodell die Zustimmung nicht signifikant beeinflussen. Auch das Geschlecht macht nur in wenigen Ländern noch einen spürbaren und keineswegs gleichgerichteten Unterschied. So sprechen sich in Polen mehr junge Frauen für eine Dienstplicht aus, die junge Britinnen und Spanierinnen deutlich stärker ablehnen. Den stärksten Einfluss bei den soziodemografischen Faktoren hat die Wohnlage; auf dem Land ist die Unterstützung merklich größer. Neben diesen zeitlich eher stabilen Größen haben Einstellungsvariablen eine eigenständige Erklärungskraft. Einem erweiterten Rational-Choice-Ansatz folgend sieht man, dass junge Erwachsene, die sich durch Krieg, insbesondere den Krieg in der Ukraine, persönlich bedroht fühlen, sich stärker für eine allgemeine Dienstplicht aussprechen (mit dem Rational-Choice-Ansatz ist eine Theorie gemeint, die davon ausgeht, dass Individuen nutzenmaximierend handeln und sich daher für jene Option entscheiden, die ihren eigenen Präferenzen am nächsten liegt). Unter jungen Deutschen kommt die Besonderheit hinzu, dass neben der persönlichen Bedrohungslage die Wahrnehmung einer

Zeitenwende einen starken Einfluss auf die Zustimmung hat.

Eine einfache Mehrheit findet eine allgemeine Dienstplicht unter jungen Erwachsenen in zwei befragten Ländern. Das sind interessanterweise jene Länder, in denen bereits eine aktive Pflicht besteht oder ihre Einführung ansteht. Griechenland gehört zu den wenigen

## „In Frankreich stehen gesellschaftspolitische und volkserzieherische Motive im Vordergrund“

Ländern innerhalb der EU, die junge Männer zum Dienst an der Waffe verpflichten. Eine allgemeine Pflicht befürworten dort sowohl junge Frauen als auch junge Männer. In Frankreich wird seit 2019 mit dem Service National Universel (SNU) die Einführung eines Pflichtmodells erprobt. Das Modell verbindet militärische Elemente, wie Fahnenappell und Antreten, mit zivilen Elementen, also etwa dem verbindlichen Engagement in Vereinen. Obwohl

das Projekt als „soumission de la jeunesse“ (Unterwerfung der Jugend) starke Kritik erfährt, wird es von einer Mehrheit der jungen Französinnen und Franzosen unterstützt. Begründet wird der Vorstoß in Frankreich ausdrücklich nicht mit der Notwendigkeit zur Landesverteidigung. Vielmehr stehen ähnlich zur deutschen Debatte gesellschaftspolitische und volkszieherische Motive, wie das Erlernen französischer, republikanischer Werte im Vordergrund sowie eine Stärkung des nationalen Zusammenhalts.

Es stellt sich die Frage, ob man junge Menschen tatsächlich zum Einsatz für die Gemeinschaft verpflichten muss. Eine Evaluation der Freiwilligendienste in Deutschland, die überwiegend für ein Taschengeld geleistet werden, kommt etwa zu dem Schluss, dass die Nachfrage bei jungen Menschen in den meisten Fällen größer ist als das Angebot an verfügbaren Plätzen. In den Zahlen der Studie „Junges Europa“ zeigt sich über die vergangenen Jahre ein großes und ganz freiwilliges Engagement. 2022 gaben hinsichtlich des Ukraine-Kriegs 11 Prozent der

Jugendlichen in Europa an, in der Flüchtlingshilfe und in Hilfsorganisationen zu arbeiten. In Polen sind es sogar 28 Prozent. Ein knappes Zehntel nahm dort Geflüchtete in ihrer eigenen Wohnung auf. Ebenso ist die Befürwortung einer allgemeinen Dienstpflicht nicht mit dem tatsächlichen persönlichen Engagement der jungen Erwachsenen verknüpft, wie die Studie zeigt. Es fällt daher schwer, unter jungen Erwachsenen ein mangelndes Gemeinschaftsgefühl zu diagnostizieren.

Ob sich gesellschaftlicher Zusammenhalt wirklich über die Verpflichtung einer demografischen Minderheit stärken lässt, muss hier offenbleiben. Zweifel sind jedoch berechtigt. Am Ende wird aber die Art der Aufgaben, die Kosten, die Ausgestaltung und die wahrgenommene (Wehr-)Gerechtigkeit, das heißt ob die Pflicht auch de facto alle trifft, darüber entscheiden, ob eine allgemeine Dienstpflicht in der postheutischen Gesellschaft der Bundesrepublik ihren Platz finden kann. Warten wir also auf weitere Diskussionen – vielleicht im nächsten Sommerloch. ●

## Literatur

Huth, Susanne: Freiwilligendienste in Deutschland – Stand und Perspektiven. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung. 2022. Online: [https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration\\_fair\\_gestalten/Freiwilligendienste\\_in\\_Deutschland\\_2022\\_INBAS.pdf](https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Migration_fair_gestalten/Freiwilligendienste_in_Deutschland_2022_INBAS.pdf) (Stand 18.08.2022).

„Interview mit der Zeitung Bild am Sonntag“. In: Der Bundespräsident, 6. Juni 2022. Online: <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Interviews/2022/220612-Interview-BamS.html> (Stand 18.08.2022).

Lobo, Sascha: „Ein Jahr für den Staat knechten, am besten an der Tankstelle“. In: Spiegel Netzwerk, 15. Juni 2022. Online: <https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/dienstpflicht-fuer-die-jugend-ein-jahr-fuer-den-staat-knechten-am-besten-an-der-tankstelle-kolumne-a-4ba7564f-5bed-4642-81c9-1c2f2e5208c5> (Stand 18.08.2022).

Zogg, Benno/Lieberherr, Boas: „Allgemeine Dienstpflicht: Grundlage für eine Debatte“. In: Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik. ETH Zurich 2021. DOI: 10.3929/ETHZ-B-000519984.

# Engagiert in der digitalen Welt

## Auch bei Jugendlichen entscheidet die Herkunft über die Teilhabe

---

Digitale Teilhabe wird vor allem für junge Menschen wichtiger. Diese Beteiligung ist nicht ortsgebunden, lässt sich zeitlich flexibler gestalten und ist zielgerichtet. Damit passt sie gut in die Alltagswelt von Jugendlichen, die oft nicht mehr zwischen Online- und Offline-Aktivitäten unterscheiden. Der dritte Engagementbericht der Bundesregierung, den Jeanette Hofmann als Leiterin der Kommission maßgeblich verantwortete, macht auf ungleiche Bedingungen aufmerksam: Digitales Engagement beschränkt sich auf junge Bildungsbürger\*innen; andere Gruppen artikulieren ihre Interessen nicht.

*Jeanette Hofmann*

Wer erfahren will, auf welche Weise sich junge Menschen engagieren, kommt an digitalen Formen der Teilhabe nicht vorbei. Der dritte Engagementbericht der Bundesregierung, der sich mit der Zukunft der Zivilgesellschaft beschäftigt, stellt deshalb das junge Engagement im digitalen Zeitalter in den Mittelpunkt. In der empirischen Untersuchung geht es um die Frage: Wie verändert sich die gesellschaftliche Teilhabe der Jugendlichen – junge Leute zwischen 14 und 26 Jahren – durch die Erfahrung der Digitalisierung?

Engagement zeichnet sich durch Freiwilligkeit aus, es findet im öffentlichen Raum statt, ist gemeinschaftsbezogen, trägt zum Allgemeinwohl bei und ist nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet. Legt man diese Definition zugrunde, engagierten sich in Deutschland im Jahr 2019 nach eigenen Einschätzungen im-

merhin 64 Prozent aller jungen Menschen für einen sozialen oder politischen Zweck. Zu den wichtigsten Motiven gehört hierbei der Spaß, der mit der gesellschaftlichen Teilhabe verbunden ist, aber auch der Wunsch, etwas zu bewegen und die eigenen Fähigkeiten einbringen zu können. Die Befragung der Jugendlichen bestätigt, dass sich gesellschaftliches Engagement positiv auf die Selbstwahrnehmung wie auch die Einschätzung der eigenen Kompetenzen und Einflussmöglichkeiten auswirkt.

Obwohl Vereine und Verbände vor Ort immer noch die wichtigsten organisatorischen Strukturen für zivilgesellschaftliches Handeln bilden, steigt der Anteil des informellen digitalen Engagements. Im Jahr 2019 lag es bereits bei 22 Prozent. Zu berücksichtigen ist dabei, dass junge Erwachsene immer weniger zwischen digitalem und nicht digitalem Han-

deln unterscheiden. Online- und Offline-Leben verschmelzen zu einem zusammenhängenden Erfahrungsraum.

Für das digitale Engagement spricht aus Sicht der Jugendlichen, dass man sich für mehrere Themen gleichzeitig einsetzen kann. Auch die inhaltliche, zeitliche und räumliche Wahlfreiheit ist für viele wichtig. Rund 65 Prozent der Befragten gaben an, dass sich durch digitale Medien neue Möglichkeiten für soziale Aktivitäten auch jenseits des eigenen Wohnorts ergeben. Dies betrifft insbesondere Menschen, die außerhalb der großen Städte und ihrer ausgeprägten zivilgesellschaftlichen Strukturen leben.

Vielfach bevorzugen junge Erwachsene Formen des Engagements, die ein spontanes, zielgerichtetes und zeitsouveränes Engagement in temporären Gemeinschaften erlauben. Bewegungen, Netzwerke und Kampagnen verlangen den Beteiligten ein geringeres Maß an kollektiver Identifikation ab als traditionelle Verbände und bieten überdies erweiterte Spielräume für das Ausprobieren von Selbstwirksamkeit. Die Jungen räumen der individuellen Selbstverwirklichung im kollektiven Handeln heute eine größere Bedeutung ein als die älteren Generationen der Partei- und Verbändemitglieder. Dieser Wandel vollzieht sich

### „Viele junge Erwachsene denken eher themen- als parteienzentriert“

aber nicht von heute auf morgen und nicht überall gleichermaßen. Die lokale Anbindung und fachliche Bildung und Geselligkeit, die Kirchenverbände, Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, Fußballverein oder freiwillige Feuerwehr bieten, ist für viele junge Menschen unverzichtbar. Die empirische Engagementforschung belegt eine zunehmende Pluralisierung von Beteiligungsformen und Organisationsprinzipien, in der sich digitale und analoge Elemente immer stärker überlappen.

Das digitale Engagement befördert den Wandel der Themen, Organisationsformen und Einstellungen. Obwohl lokale Organisationsstrukturen noch eine sehr große Rolle spielen, gilt die langfristige Bindung an politische Parteien derzeit als wenig attraktiv. Mit Parteien verbinden junge Erwachsene Hierarchien und ver-



**Jeanette Hofmann** ist Leiterin der Forschungsgruppe *Politik der Digitalisierung und Principal Investigator* der Forschungsgruppen „Demokratie und Digitalisierung“ sowie „Quantifizierung und gesellschaftliche Regulierung“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Sie ist Direktorin am Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft. Als Professorin für Internetpolitik lehrt sie an der Freien Universität Berlin. [jeanette.hofmann@wzb.eu](mailto:jeanette.hofmann@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

krustete Strukturen, die altgediente gegenüber nachwachsenden Parteimitgliedern privilegieren. Die vergleichsweise zeitintensive und verbindliche parteipolitische Arbeit erscheint ihnen weniger wirksam, wenn nicht sogar unproduktiv. Viele junge Erwachsene denken eher themen- als parteienzentriert. Die digitale Teilhabe korrespondiert häufig auch mit einer kritischen Haltung gegenüber den Institutionen der repräsentativen Demokratie. Deshalb experimentieren digitale Initiativen gerne mit direktdemokratischen Verfahren.

Digitale Medien reduzieren die notwendigen Ressourcen des kollektiven Handelns und vergrößern so das Spektrum informeller Organisationsweisen. Um aktiv zu werden, benötigen digitale Initiativen weder Versammlungsräume noch Briefpapier oder Vorsitzende, es reicht, wenn sich ein kritisches Maß an Gleichgesinnten zusammenfindet. Gelegentlich wird gar eine Wahlverwandtschaft zwischen digitalen Medien und neuen Formen der politischen Beteiligung diagnostiziert. Typisch dafür sind Crowdsourcing-Initiativen. Diese gehen ein Problem oder eine Aufgabe an, indem sie den Aufwand auf eine Vielzahl von Schultern verteilen.

Digitale Organisationsformen senken Zugangsschwellen, sodass sich im Prinzip auch

Menschen mit geringem Bezug zu gesellschaftlichem oder politischem Engagement beteiligen können. Beispiele dafür sind punktuelle Formen der Partizipation wie das Unterzeichnen von Online-Petitionen, das Weiterleiten von Spendenaufrufen oder Beiträgen in sozialen Medien, aber auch die Mitwirkung an Crowdsourcing-Initiativen. Dazu gehört etwa das „participatory mapping“, darunter auch „wheelmap.org“, eine Initiative, die die Rollstuhlgerechtigkeit von Gebäuden, Straßen, Verkehrsmitteln oder Veranstaltungsorten bewertet.

Digitales Engagement erstreckt sich über die Nutzung digitaler Infrastrukturen hinaus auch auf dessen Gestaltung und eine kreative Neu- und Umnutzung, die unter dem Begriff „Civic Tech“ firmiert. Dabei handelt es sich um gemeinwohlorientierte Technologien, darunter etwa Plattformen speziell zur Vernetzung von

### „Die geringeren Beteiligungshürden im Digitalen dehnen den Kreis der Engagierten aus“

Gleichgesinnten oder Labs für die Aufbereitung und Visualisierung offener Datensätze. Entfernt damit verwandt sind Civic Hackathons, ein offenes Veranstaltungsformat, das sich die Entwicklung gemeinwohlorientierter, zumeist technischer Lösungen zum Ziel setzt. Große mediale Aufmerksamkeit erhielt das 2020 von der Bundesregierung unterstützte Hackathon #WirVsVirus mit mehr als 20.000 Teilnehmenden, der eine Vielzahl von Projekten und Challenges zur Bewältigung der Pandemie auf den Weg brachte.

Eine wichtige Rolle beim digitalen Engagement generell spielen Verstärkereffekte, die darauf beruhen, dass im Netz neue Möglichkeiten wechselseitiger Beobachtung bestehen. Soziale Bewegungen wie Fridays for Future gehen im Extremfall auf die Aktionen von Einzelnen zurück, auf die sich Dritte dann unterstützend, imitierend, variierend oder auch ablehnend beziehen. Bezeichnend für die neuen „Kollektive ohne Zentrum“ ist die Unvorhersagbarkeit ihrer Stärke und Mobilisierung, häufig auch ihre Kurzlebigkeit. Zugleich steigt die Flüchtigkeit politischen Handelns, da der Einsatz individueller Ressourcen kleinteiliger und auch spontan-

ner dosiert werden kann. Für die aktiv Beteiligten bedeutet der Verzicht auf formale Organisationsformen, Rollen und Hierarchien, dass sie sich des Zusammenhalts, der Zielsetzung und Identität des Kollektivs beständig neu versichern müssen. Im Binnenverhältnis zueinander können solche fortlaufenden Aushandlungsprozesse auch überfordern. In Gesprächen der Kommission für den Engagementbericht, die mit digital Aktiven geführt wurden, die in der Seenotrettung Geflüchteter aktiv waren, wurde von Burnouts berichtet.

Während sich junge Aktivist\*innen von der Politik häufig nicht ernst genommen fühlen, wird die horizontale Kooperation mit potenziellen Geldgebern durch formale Hürden erschwert. So misslang es, Mittel für eine kurzfristig ins Leben gerufene, schnell wachsende Kampagne zur Mobilisierung junger Wähler\*innen für die Wahlen zum Europaparlament 2019 einzuwerben, weil die Antragsfristen potenzieller Geldgeber einen längeren Planungshorizont erforderten. In der Dringlichkeit, die häufig zu spüren ist, und dem strikten Themenbezug liegt eine Besonderheit und zugleich auch eine Schwäche der jungen digitalen Teilhabe. So lautet eine verbreitete Kritik, die digitalisierte Zivilgesellschaft neige dazu, öffentliche Aufmerksamkeit gegenüber langfristiger Wirksamkeit zu prärieren. Es mangelt digitalen Bewegungen an organisatorischen Strukturen und Fähigkeiten, wie sie für Parteien typisch und das politische Gemeinwesen wichtig sind: verbindliche Entscheidungen treffen, Zielkonflikte akzeptieren und miteinander versöhnen zu können.

Ein weiterer Vorwurf lautet, dass Aktionsformen wie Tweeten, Liken, Weiterleiten oder das Unterzeichnen einer Petition das bisherige Verständnis politischer Partizipation bis zur Unkenntlichkeit verwässere. Der sogenannte „Armchair-Aktivismus“, auch als „Slacktivism“ bezeichnet, suggeriere lediglich politischen Einfluss, statt ihn herzustellen. Der Kritik an der Verflachung politischer Teilhabe wird jedoch mit dem Argument begegnet, dass „tiny acts of participation“, also winzige Formen der politischen Partizipation, als genuin neuer Beitrag verstanden werden sollten, den das digitale Engagement zur demokratischen Beteiligungslandschaft hinzufüge. Die geringeren Beteiligungshürden dehnen den Kreis der Engagierten aus und erhöhen auf diese Weise die (wenngleich immer geringe) Chance einer Herausbildung neuer politischer Bewegungen.

Wer wahrnehme, dass sich Dritte für ein politisches Ziel einsetzen, fühlt sich womöglich veranlasst, sich ebenfalls zu engagieren.

Umgekehrt gilt dieser Befund natürlich auch: Wer sich in einem sozialen Umfeld bewegt, in dem gesellschaftliches Engagement geringgeschätzt wird, hat kaum Möglichkeiten, politische Teilhabe durch Nachahmung zu erlernen. Zwar wird der jungen Generation häufig eine Pionierrolle in der Entwicklung neuer Beteiligungsformen zugeschrieben, aber dies gilt nur für einen vergleichsweise kleinen Anteil der Jugendlichen. Es sind vor allem junge Menschen aus bildungsbürgerlichen Elternhäusern, die gesellschaftliches Engagement sinnvoll finden, an die Wirksamkeit des kollektiven Handelns glauben und dann, ganz im Sinne von sich selbst erfüllenden Prophezeiungen, positive Erfahrungen der Selbstwirksamkeit im gesellschaftlichen oder politischen Engagement sammeln. Die empirischen Befunde des Engagementberichts bestätigen, dass sich die digitale Beteiligung rund um Klimaschutz, Migration oder gesellschaftliche Diskriminierung ganz überwiegend aus dem bildungsstarken Bürgertum rekrutiert.

Junge Menschen mit Hauptschulabschluss sind dagegen kaum unter den politisch Aktiven zu finden. Modellprojekte zur Aktivierung von Ju-

## „Digitale Partizipation reproduziert die gesellschaftliche Ungleichheit nicht nur, sie verstärkt sie“

gendlichen im Rahmen von Schulprojekten deuten darauf hin, dass politische Abstinenz weniger auf geringe Motivation als auf fehlende Gelegenheitsstrukturen zurückzuführen ist. Die Gründe hierfür liegen in der ungleichen Verteilung familiärer oder sozialer Zugänge zum Engagement. Hinzu kommen unterschiedliche Zeitbudgets, milieuspezifische Sprachbarrieren und ungleich verteilte digitale Vorkenntnisse. Digitale Partizipation reproduziert die gesellschaftliche Ungleichheit nicht nur, sie scheint sie sogar noch zu verstärken.

Die Folgen der Ungleichheit im gesellschaftlichen Engagement sind gravierend. Sie bringt die ausgeschlossenen Gruppen um die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und wechselseitiger sozialer Anerkennung, aber auch um die praxisbasierte Form außerschulischer Bildung, die sich aus gesellschaftlicher und politischer Teilhabe ergibt. Das bestehende Bildungsgefälle wird auf diese Weise noch verstärkt. Die Lebenswelten und gesellschaftlichen Perspektiven marginalisierter Gruppen erlangen nicht die öffentliche Sichtbarkeit, die ihnen gebührt.

Aus demokratietheoretischer Sicht sind digital vermittelte Formen der Beteiligung daher ein zweischneidiges Schwert. Auf der einen Seite erzeugen sie innovative und integrative Effekte, indem sie das Repertoire demokratischer Partizipationsformen erweitern und dieses zugleich für neue Bevölkerungskreise öffnen. Auf der anderen Seite weisen sie massive Ausschlusseffekte auf und verstärken die digitale Ungleichheit zulasten jener, deren Anliegen in der öffentlichen Diskussion ohnehin unterrepräsentiert sind. ●

## Literatur

Bimber, Bruce: „Three Prompts for Collective Action in the Context of Digital Media“. In: Political Communication, 2017, Jg. 34, H. 1, S. 6–20.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter. Drucksache 19/19320. Berlin 2020. Online: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/156652/164912b832c17bb6895a31d-5b574ae1d/dritter-engagementbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf> (Stand 18.08.2022).

Horn, Eva/Gisi, Lucas Marco (Hg.): Schwärme, Kollektive ohne Zentrum: eine Wissensgeschichte zwischen Leben und Information. Bielefeld: Transcript 2009.

Margetts, Helen: „9. Rethinking Democracy with Social Media“. In: The Political Quarterly, 2019, Jg. 90, H. 51, S. 107–123.

# Anspruch auf Teilhabe

## Um die Repräsentation junger Menschen in der internationalen Politik wird gerungen

Kaum hatte sich Fridays for Future als politische Kraft etabliert, wurden in der Corona-Pandemie die Belange und Forderungen junger Menschen von einem Tag auf den nächsten wieder nahezu unsichtbar. Obwohl junge Menschen von der internationalen Politik in Bereichen wie Klima, Gesundheit und Migration besonders betroffen sind, haben sie international nur eingeschränkte Mitbestimmungsmöglichkeiten. Ein deutsch-schwedisches Forschungsprojekt untersucht die Gestaltungsmöglichkeiten junger Menschen.

*Anna Holzscheiter, Laura Pantzerhielm und Julian Hettihewa*

Die größte transnationale Jugendbewegung aller Zeiten begann 2018: die globalen Klimaproteste mit Fridays for Future an der Spitze. Nicht mal ein Jahr später wurden junge Menschen praktisch von heute auf morgen wieder unsichtbar – mit Beginn der Corona-Pandemie verschwanden die Stimmen und Gesichter, die Empörung, Energie und Standpunkte von Millionen politisch aktiver junger Menschen wieder aus öffentlichen Debatten, Parlamenten und internationalen Organisationen. Die Pandemie hat unmissverständlich klar gemacht, wie fragil das Fundament für politische Repräsentation junger Menschen ist. Die Diskrepanz zwischen der Betroffenheit junger Menschen einerseits und ihrer Partizipation und Repräsentation andererseits wurde offensichtlich. Junge Menschen waren in besonderem Maße von den abrupten und eingreifenden Veränderungen ihres täglichen Lebens und ihrer sozialen Kontakte, von gravierenden Einschritten beim Recht auf Bildung und von den psychosozialen Folgen der Pandemie betroffen. Diese Folgen zeigen sich heute in ihrer vollen Härte. Auch die ökonomischen Auswirkungen der Pandemie werden junge Menschen noch

lange Zeit zu spüren bekommen. Für einen Platz junger Menschen in Expert\*innengremien oder öffentlichen Debatten, die die Pandemie begleiteten, reichte es dennoch nicht.

Die Jugend war und ist nicht nur unsichtbar und unhörbar während der Corona-Pandemie – sie ist es auch in der Disziplin der Internationalen Beziehungen: Im Gegensatz zu anderen als marginalisiert wahrgenommenen Gruppen wie etwa Frauen, ethnischen Minderheiten, indigenen Gruppen oder Menschen mit Behinderungen finden junge Menschen kaum Berücksichtigung in der Forschung zur internationalen Politik. Dominante Erzählungen der Disziplin sehen Kinder und junge Menschen, wenn sie sie überhaupt wahrnehmen, als Gegenstand internationaler Normsetzung (zum Beispiel, wenn es um Antipersonenminen, Kinderarbeit oder Grundimmunisierung geht). Junge Menschen gelten als vulnerabel und schutzbedürftig, sie müssen daher durch internationale Vereinbarungen besonders geschützt werden. Unsichtbar bleibt in den gängigen Erzählungen, dass junge Menschen aktiv an der Geschichte internationaler Politik mitgewirkt



„Ihr habt das Problem nicht ansatzweise verstanden.“ Als Pressesprecherin der Klimabewegung Fridays for Future Berlin wirft Clara Mayer der älteren Generation vor, sich nicht genügend um die Welt zu kümmern, die sie der Jugend hinterlässt.  
Foto: © Stephanie Steinkopf/OSTKREUZ, > alle Rechte vorbehalten.

haben – etwa als Teil von Arbeiterbewegungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts, in Umweltbewegungen in den 1980er-Jahren, bei linken Antiglobalisierungsprotesten um die Jahrtausendwende, als Protagonist\*innen des „Arabischen Frühlings“ und vieler anderer transnationaler Aufstände.

Bedürfnisse, Vulnerabilität und Autonomie an das Alter zu knüpfen, birgt gewisse Herausforderungen. Der Begriff des Alters wird kulturell unterschiedlich gedeutet. So erstaunt es wenig, dass „die Jugend“ Ziel vielerlei Zuschreibungen und Definitionen ist. Einmal ist damit das Stadium zwischen Kindheit und Erwachsensein gemeint, dann wieder jugendliche Fast-Erwachsene, erwachsene Noch-Fast-Jugendliche, junge Menschen ohne Ausbildung oder „young professionals“. Die meisten Definitionen von youth/Jugend, die von internationalen Organisationen und transnationalen Jugendorganisationen und -bewegungen verwendet werden, bewegen sich zwischen 15 und 35 Jahren. Schon innerhalb der Vereinten Nationen gibt es keinen Konsens: 15 bis 24 Jahre sagt die UN-Generalversammlung in ihrer Resolution 50/81; von 18 bis 29 Jahren geht der UN-Sicherheitsrat aus, der 2015 seine erste Resolution überhaupt zum Thema Jugend, Frieden und Sicherheit verabschiedete (zu finden als UNSCR 2250). Beide Institutionen weisen darauf hin, dass es je nach Gesellschaft und Kultur eine große Bandbreite an Definitionen gibt. Selbst wenn man die relativ kurze Zeitspanne der UN-



**Anna Holzscheiter** ist WZB Fellow in der Abteilung Global Governance und Professorin für Internationale Politik (W3) an der Technischen Universität Dresden. [anna.holzscheiter@wzb.eu](mailto:anna.holzscheiter@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Generalversammlung zugrunde legt, ist die Generation der Jugend weltweit heute die größte aller Zeiten.

Welchen Status und welche politischen Gestaltungsmöglichkeiten hatten und haben junge Menschen in der internationalen Politik? In einem deutsch-schwedischen Forschungsprojekt mit Kolleg\*innen der Universität Linköping untersuchen wir „youth representation in global politics“ in den drei Feldern Gesundheit, Migration und Klima. Wir beobachten, dass insbesondere seit Beginn des 21. Jahrhunderts „youth“ immer häufiger in internationalen Organisationen und globalen Partnerschaften und Programmen als sogenannte „stakeholder“-Gruppe ausgewiesen wird und dass Repräsentant\*innen dieser Gruppe heute bei allen wichtigen internationalen Konferenzen präsent sind. Auch die Formen von Jugendpartizipation sind vielfältiger geworden: Inzwischen gibt es eine große Bandbreite an institutionalisierten Formen der Kooperation zwischen Jugendorganisationen und internationalen Organisationen, deren Spektrum sich von Online-Chat-Foren bis hin zu Begleit-Konferenzen für G20- und G7-Treffen („Y20“ oder „Y7“) erstreckt.



**Laura Pantzerhielm** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Internationale Politik der Technischen Universität Dresden. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich unter anderem mit internationalen Menschenrechten, globaler Gesundheit und internationalen Normen.

[laura.pantzerhielm@tu-dresden.de](mailto:laura.pantzerhielm@tu-dresden.de)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Doch die Tatsache, dass es mehr Möglichkeiten der Partizipation gibt, sagt wenig über die Chancen auf echte Teilhabe am politischen Aushandlungsprozess – die stehen nämlich weiterhin schlecht. Wir haben Interviews mit Jugendvertreter\*innen bei der jüngsten Weltgesundheitsversammlung, dem Treffen des höchsten Entscheidungsorgans der Weltgesundheitsorganisation (WHO), im Mai 2022 in Genf geführt;

ebenso beim World Health Summit im Herbst 2021, einer jährlich in Berlin stattfindenden internationalen Gesundheitskonferenz, die gerne auch als „das Davos der globalen Gesundheitsgovernance“ bezeichnet wird. Wir wollten herausfinden, wie die jungen Menschen ihren Einfluss in der globalen Gesundheitspolitik einschätzen. Unsere Forschungsergebnisse zeigen, dass Kompetenz, „agency“ (also Handlungsfähigkeit) und legitime Ansprüche auf Teilhabe bei dieser Gruppe weiterhin besonders umstritten sind. In der WHO, in der bis heute (bio-)medizinisches Fachwissen die stärkste Währung ist, treten Jugendvertreter\*innen in erster Linie als Studierende der Medizin und Pharmazie auf, also als „future professionals“ und „future leaders“. Ihr Anspruch auf Teilhabe gründet also auf dem Noch-nicht-Sein: noch nicht ausgebildet, noch nicht erfahren, noch nicht professionell genug. In unseren Gesprächen mit Repräsentant\*innen der Jugend hat sich gezeigt, dass diese an internationalen Gipfeln in der Hoffnung teilnehmen, später einmal echte politische Führungskräfte in nationalen und internationalen Gesundheitsinstitutionen zu werden. Für sie bedeutet es schon einen Erfolg, wenn sie bei politischen Entscheidungsträger\*innen überhaupt Gehör finden, wenn sie die Chance haben, bei kleinen „side-events“ und Treffen am Rande der Konferenzräume ihre Anliegen vorzubringen. Auch im Diskurs der globalen Gesundheitsinstitutionen selbst werden junge Leute vorwiegend als Ressource dargestellt – sie steuern als vielversprechende junge Führungsanwärter\*innen Visionen und Ideen für die Gesundheitspolitik der Zukunft bei. Dass sie eigene politische Positionen, Interessen und transformatorische, möglicherweise unbequeme Ansprüche auch im Hier und Jetzt haben und qua ihrer Existenz in einer bestimmten Lebensphase über wichtige Expertise verfügen, kommt kaum zur Sprache. Eine weitere ebenso unbequeme Tatsache sind die hohen Partizipationshürden, mit denen sich junge Menschen in der globalen Gesundheitspolitik konfrontiert se-



**Julian Hettihewa** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Völkerrecht der Universität Bonn. [hettihewa@uni-bonn.de](mailto:hettihewa@uni-bonn.de)

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

hen: Es gehört einiges dazu, überhaupt Jugenddelegierte zu werden. Ihre Anzahl bei der Weltgesundheitsversammlung ist im Zuge der Pandemie sogar gesunken. Die vielen Millionen junger Menschen, die weder über ein (Medizin-)Studium noch über die nötige Freizeit, persönliche oder institutionelle Netzwerke und finanzielle Ressourcen verfügen, finden in diesen wichtigen internationalen Foren nur schwer Gehör. Und das, obwohl auch sie von politischen Entscheidungen in der internationalen Gesundheitspolitik direkt betroffen sind – wie es die Pandemie in voller Härte gezeigt hat. Letzten Endes wird für den Bereich der Gesundheitspolitik deutlich – und Ähnliches gilt auch für andere Politikfelder –, dass Möglichkeiten der Partizipation für junge Menschen zahlreich sind, dass sie aber in vielen Fällen mehr der Selbstlegitimation internationaler Institutionen dienen, die sich so als inklusive, demokratische, diverse Institutionen präsentieren können. Echte Chancen, eigene Positionen und Interessen zu artikulieren, die dann im politischen Aushandlungsprozess berücksichtigt werden, vermissen junge Menschen in internationalen Institutionen nach wie vor. ●

## Literatur

Hettihewa, Julian/Holzscheiter, Anna: Reclaiming the Voice of Youth: Pandemic Politics and the Invisibility of Youth. *EJIL:Talk!*, 3. Dezember 2020. Online: <https://www.ejiltalk.org/reclaiming-the-voice-of-youth-pandemic-politics-and-law-and-the-invisibility-of-youth/> (Stand 13.09.2022).

Holzscheiter, Anna: „Children as Agents in International Relations? Transnational Activism, International Norms, and the Politics of Age“. In: Marshall Beier (Hg.): *Discovering Childhood in International Relations*. Basingstoke: Palgrave Macmillan 2020, S. 65-87.

# Wie Ungleichheit verstanden wird

Eigene Erfahrungen beeinflussen, ob junge Erwachsene an Erfolg durch Anstrengung oder an den Zufall glauben

---

Vom Ideal der Chancengleichheit ist unsere Gesellschaft weit entfernt. Dennoch bestimmen nicht nur Glück und Beziehungen, wie weit es jemand bringt; Anstrengung verspricht ein gewisses Maß an sozialer Mobilität. Was aber wird als wichtiger wahrgenommen – Glück oder Fleiß? Für junge Menschen kann die Antwort auf diese Frage mitentscheidend sein für ihre Motivation in den Bereichen Bildung und Beruf und für das Vertrauen in soziale Gerechtigkeit. Was prägt den Glauben, dass Erfolg von Glück oder von Anstrengung abhängt? Eine Untersuchung bei Bewerberinnen und Bewerbern für ein Medizinstudium lässt einige Muster erkennen.

*Rebecca Wetter und Claudia Finger*

**J**eder ist seines eigenen Glückes Schmied. Hinter diesem Sprichwort steht die Vorstellung einer Leistungsgesellschaft, in der Erfolg hauptsächlich auf Faktoren wie Anstrengung, Fleiß und Talent basiert – die Sozialwissenschaften sprechen von „Meritokratie“. Wir wissen allerdings, dass es eben nicht nur von der eigenen Leistung abhängt, ob jemand hohe soziale Positionen erreicht. Strukturelle Faktoren wie die soziale Herkunft, Geschlecht und Ethnie entscheiden wesentlich mit. Doch wo von hängt es ab, ob junge Menschen glauben, dass Anstrengung wichtig für gesellschaftlichen Erfolg ist oder dass dieser vielmehr von der Herkunft oder vom Glück bestimmt wird? Welche Rolle spielen hierfür eigene Erfolgs- oder Misserfolgerfahrungen?

Diese und weitere Fragen untersuchen wir im Brückenprojekt „Meritokratieglaube, motivierte Erwartungen und Zielverfolgung: Die Studienplatzvergabe als natürliches Experiment“ am Beispiel von Bewerber\*innen für ein Medizinstudium. Medizin gehört zu den selektivsten Studienfächern Deutschlands. Nur eine\*r von fünf Bewerber\*innen wird zugelassen. Gleichzeitig führt das Medizinstudium zu einem der angesehensten und beliebtesten Berufe. Erfolg oder Misserfolg beim Zugang kann daher als eine einschneidende Erfahrung für junge Menschen mit dem Wunsch, Arzt oder Ärztin zu werden, angesehen werden. Diese Erfahrung kann Vorstellungen über gesellschaftliche Ungleichheiten mitprägen.

In jungem Alter sind Ungleichheitsvorstellungen noch nicht festgeschrieben, sondern verändern sich durch Erfahrungen, beispielsweise Erfolgs- und Misserfolgserfahrungen beim Übergang von sekundärer zu tertiärer Bildung oder bei dem Einstieg ins Berufsleben. In der Literatur wird vermutet, dass hierbei ein sozi-alpsychologischer Mechanismus stattfindet: der sogenannte „Self-Serving Bias“ (auf Deutsch: „selbstwertdienliche Verzerrung“). Zum Schutz des eigenen Selbstbilds wird Erfolg internen Faktoren wie Fleiß und harter Arbeit zugeschrieben, während Misserfolg durch externe Faktoren wie mangelndes Glück oder strukturelle Faktoren wie den Familienhintergrund erklärt wird. Im Gegensatz hierzu vermutet die „System Justification Theory“, dass gerade Menschen mit sozial benachteiligten Hintergründen am Meritokratieglauben festhalten, um ihre Motivation nicht zu verlieren. Dieser Theorie zufolge hilft ihnen der Glaube an eine gerechte Welt, in der jede\*r die Möglichkeit hat, sozial aufzusteigen, die negativen psychologischen Konsequenzen struktureller Barrieren abzufedern, also etwa Gefühle von Hilf- oder Machtlosigkeit.

Die Frage, welcher Mechanismus zutreffend ist und welche Rolle hierbei eigene Erfahrungen spielen, ist bisher unzureichend geklärt. Das soziale Umfeld, gerade in der Kindheit und Jugend, beeinflusst meritokratische Vorstellungen, aber, wie wir aus der Forschung wissen, eben auch die Erfolgsschancen etwa im Bildungssystem. Studien, die einen positiven Zu-



**Claudia Finger** ist Co-Leiterin des Brückenprojekts „Meritokratieglaube, motivierte Erwartungen und Zielverfolgung: Die Studienplatzvergabe als natürliches Experiment“. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. [claudia.finger@wzb.eu](mailto:claudia.finger@wzb.eu)

Foto: © WZB/Vladimir Bondarenko, alle Rechte vorbehalten.

sammenhang zwischen meritokratischen Vorstellungen und hohen sozialen Positionen berichten, können daher die Ursachen für Leistungsglauben nicht klar identifizieren: Kommt dieser durch den eigenen Erfolg oder durch Unterschiede in der Sozialisation von Personen mit mehr oder weniger privilegierten Hintergründen zustande? Experimentelle Studien nutzen daher Spiele und untersuchen, ob Gewinnen oder Verlieren mit unterschiedlichen Erklärungen für Erfolg und Misserfolg einhergeht. Hierbei kann den Spieler\*innen zufällig eine bevorzugte oder benachteiligte Rolle zugewiesen werden. Auch wenn diese Studien den zugrunde liegenden Mechanismus gut identifizieren können, ist ungewiss, inwiefern diese Laborexperimente auf tatsächliche Erfahrungen übertragen werden können.

Mit unseren Paneldaten zu Bewerber\*innen für ein Medizinstudium (deren Erhebung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft finanziert wurde) können wir dazu beitragen, diese Forschungslücken zu schließen. Mit Unterstützung der Stiftung für Hochschulzulassung (SfH), die für die Koordination der Studienplatzvergabe dieser Studiengänge zuständig ist, führten wir im August 2018 eine erste Online-Umfrage mit Medizinbewerber\*innen durch. Im September erhielten Bewerber\*innen ihre Zulassungs- oder Ablehnungsbescheide, darauf befragten wir sie im November 2018 erneut. Insgesamt konnten wir so wiederholt meritokratische Einstellungen für über 4.000 Medizinbewerber\*innen erheben sowie diverse weitere In-



**Rebecca Wetter** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt im Projekt „Meritokratieglaube, motivierte Erwartungen und Zielverfolgung: Die Studienplatzvergabe als natürliches Experiment“.

[rebecca.wetter@wzb.eu](mailto:rebecca.wetter@wzb.eu)

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

formationen zu deren Qualifikationen, sozialem Hintergrund und Persönlichkeitseigenschaften. Konkret baten wir die Befragten in beiden Wellen anzugeben, wie sehr sie auf einer Skala von 1 bis 5 den Aussagen zustimmen würden, dass a) ihre Zulassung und b) Erfolg und sozialer Aufstieg in Deutschland allgemein von Anstrengung und Talent sowie von Glück, Familienhintergrund und Geld abhängen. Diese Datenstruktur ermöglichte es uns, die Veränderung dieser (nicht) meritokratischen Vorstellungen zu untersuchen, die auf eine reale Erfolgs- oder Misserfolgserfahrung folgte: die Zulassung oder Ablehnung zum Medizinstudium.

Die Befragung ergab, dass meritokratische und nicht meritokratische Erklärungsmuster nebeneinander vorhanden sind – sowohl für den individuellen Erfolg bei der Zulassung, als auch für gesellschaftlichen Erfolg allgemein. Für die eigene Zulassung werden meritokratische und nicht meritokratische Faktoren als gleichermaßen wichtig angesehen. Bereits vor der eigentlichen Zulassungsentscheidung zeigen sich Unterschiede zwischen denjenigen, die später zugelassen oder abgelehnt werden. Die zukünftig Zugelassenen haben stärkere meritokratische Vorstellungen über die Zulassung, die zukünftig Abgelehnten bewerten die Rolle von Glück als entscheidender. Diese Unterschiede könnten auf unterschiedliche Erfahrungen etwa in der Schule zurückgeführt werden, die mit Noten als wichtigstem Zulassungskriterium verknüpft sind. Beim allgemeinen gesellschaftlichen Erfolg übertrumpfen meritokratische Vorstellungen, also von Erfolg durch Anstrengung, nicht meritokratische Vorstellungen, die Erfolg von Geld oder Familienhintergrund abhängig machen. Auch hier zeigt sich, wenn auch weniger stark, die Tendenz, dass diejenigen, die erfolgreich sein werden, einen stärkeren Meritokratieglauken haben, und diejenigen, die weniger erfolgreich sein werden, stärker Vorstellungen struktureller Ungleichheit vertreten.

Aber wie verändern sich Ungleichheitsvorstellungen durch Erfolgs- und Misserfolgserfahrungen? Ergebnisse unser Paneldatenmodelle bestätigen selbstwertdienliche Verzerrungen der Vorstellungen, insbesondere zur Erklärung der eigenen Zulassung oder Ablehnung, aber auch zur Erklärung gesellschaftlichen Erfolgs. Eine Zulassung verstärkt den Glauben, dass die eigene Zulassung von Anstrengung abhängt, während eine Ablehnung diesen Glauben verringert. Andererseits wird der Glaube, dass die Zulassungsentscheidung von Glück abhängt,

durch eine Ablehnung verstärkt. Dieses Muster lässt sich grundlegend auch für Vorstellungen hinter gesellschaftlichem Erfolg beobachten: Eine Zulassung reduziert strukturelle Vorstellungen, dass gesellschaftlicher Erfolg von Familienhintergrund und Geld abhängt, während eine Ablehnung diese strukturellen Vorstellungen verstärkt, jedoch den Glauben an Erfolg durch Anstrengung verringert.

Um zu untersuchen, ob der „Self-Serving Bias“ universell ist oder ob sozial weniger privilegierte Gruppen auch nach Misserfolgserfahrungen eher an meritokratischen Vorstellungen festhalten, analysierten wir die Veränderungen im Ungleichheitsglaubens getrennt für verschiedene soziale Gruppen. Es zeigte sich, dass die beschriebenen Effekte recht homogen für verschiedene soziale Gruppen auftreten; wir konnten keine statistisch signifikanten Unterschiede zwischen Bewerber\*innen aus Akademikerfamilien und aus Nicht-Akademikerfamilien finden. In der Tendenz zeigt sich allerdings, dass eine Ablehnung nur für Bewerber\*innen mit keinem oder einem akademischen Elternteil den meritokratischen Glauben an Erfolg durch Anstrengung zu verringern scheint, nicht aber für Bewerber\*innen mit zwei Eltern mit Universitätsabschluss. Für diese privilegierte Gruppe scheint entgegen Erwartungen der oben vorgestellten „System Justification Theory“ der Meritokratieglaube robuster zu sein, auch im Falle von Misserfolgserfahrungen. Zu beachten ist jedoch, dass es sich bei Medizinbewerber\*innen um eine insgesamt eher leistungsstarke Gruppe handelt: Da der Wettbewerb um einen Studienplatz hier bekanntermaßen sehr groß ist, mit dem Abitur Durchschnitt als zentralem Kriterium, bewerben sich überwiegend Abiturient\*innen, die im Durchschnitt sehr gute Schulleistungen erbringen konnten. Zudem sind Akademikerkinder und Kinder aus Ärztefamilien deutlich überrepräsentiert. Der Effekt von Misserfolg könnte daher bei weniger privilegierten Gruppen, denen Alternativmöglichkeiten für ähnlich prestigereiche Karrieren eher verschlossen bleiben, sogar stärker ausfallen. Auch Herkunftsunterschiede könnten größer ausfallen.

Zudem untersuchten wir Unterschiede zwischen Erstbewerber\*innen und Bewerber\*innen, die sich in der Vergangenheit bereits ohne Erfolg beworben hatten. Für Bewerber\*innen, die sich erneut bewerben, zeigen sich stärkere Verzerrungen als für Erstbewerber\*innen: Eine Zulassung verstärkt meritokratische Vorstel-

lungen besonders für diese Gruppe und verringert zuvor existierende nicht meritokratische Vorstellungen, während eine Ablehnung meritokratische Vorstellungen noch stärker verringert und nicht meritokratische Vorstellungen verstärkt. Erfolgserfahrungen scheinen vorherige Misserfolgserfahrungen und daraus resultierende Zweifel am meritokratischen Zulassungsverfahren und einer durch Leistung bestimmten Gesellschaft aufzuheben, während sich Misserfolgserfahrungen akkumulieren können und dazu führen, dass der Meritokratieglaube weiter abnimmt.

Zusammenfassend finden wir, dass Erfolg eine meritokratische, ungleichheitslegitimierende Ideologie verstärkt, während Misserfolg zu Zweifeln daran führt, dass strukturelle Barrieren überwunden werden können und Erfolg durch Anstrengung erreicht werden kann. Diese Verzerrung der Vorstellungen führt zu einer Spirale der Ungleichheit: Unsere Befunde stützen die Annahme, dass sich erfolgreiche Personen, die letztendlich einflussreiche Positionen einnehmen und somit Entscheidungsmacht besitzen, gesellschaftliche Ungleichheiten mit individuellen Leistungsunterschieden erklären und den Einfluss von Glück und strukturellen Faktoren unterschätzen. Sie neigen damit eher dazu, den Misserfolg von Menschen in prekären Umständen als selbstverschuldet anzusehen und soziale Unterschiede als legitimiert zu verstehen. Dies reduziert Anreize, das bestehende System zu verändern, strukturelle Barrieren abzubauen und Ressourcen umzuverteilen. Andererseits führen Misserfolgserfahrun-

gen, gerade wenn sie sich häufen, zu Zweifeln an einer Leistungsgesellschaft, in der Fleiß und harte Arbeit zielführend sind. Dies kann zu einem Gefühl der Hilflosigkeit und zu Motivationsverlust führen. Gerade in der Phase des Übergangs von der Schule in universitäre Bildung, eine Ausbildung oder in das Berufsleben kann dieser Verlust an Motivation folgeschwer für den weiteren Lebensverlauf sein. Im weiteren Projektverlauf wollen wir daher die Konsequenzen des Meritokratieglaubens für Motivation und Zielverfolgung sowie für das Gerechtigkeitsempfinden bezüglich sozialer Ungleichheiten genauer untersuchen.

Wir leben weder in einer reinen Leistungsgesellschaft, in der Chancengleichheit für alle gewährleistet ist, noch in einer Ständegesellschaft, in der soziale Mobilität durch individuelle Leistungen nicht möglich ist. Gerade deshalb ist es wichtig, dem Verzerrungsmechanismus in Ungleichheitsvorstellungen entgegenzuwirken und bei jungen Erwachsenen für ein ausgewogenes Verständnis von Ungleichheit zu sorgen: Erfolg wird sowohl von meritokratischen Faktoren beeinflusst als auch von nicht meritokratischen Rahmenbedingungen. Gerade benachteiligte Gruppen sollten dabei unterstützt werden, Misserfolge als Teil des Prozesses zu verstehen und Strategien zu entwickeln, um Ziele zu erreichen und Barrieren zu überwinden. Andererseits ist es eine gesellschaftliche Aufgabe, Chancengleichheit zu fördern und Sensibilität für bestehende strukturelle Barrieren in allen Gesellschaftsgruppen zu schaffen. ●

## Literatur

Bénabou, Roland/Tirole, Jean: „Mindful Economics: The Production, Consumption, and Value of Beliefs“. In: Journal of Economic Perspectives, 2016, Jg. 30, H. 3, S. 141-164.

Jost, John T./Banaji, Mahzarin R.: „The Role of Stereotyping in System-justification and the Production of False Consciousness“. In: British Journal of Social Psychology, 1994, Jg. 33, H. 1, S. 1-27.

Mijs, Jonathan J.B./Daenekindt, Stijn/Koster, Willem de/Waar, Jeroen van de: „Belief in Meritocracy Reexamined: Scrutinizing the Role of Subjective Social Mobility“. In: Social Psychology Quarterly, 2022, Jg. 85, H. 2, S. 131-141.

Molina, Mario D./Bucca, Mauricio/Macy, Michael W.: „It's Not Just How the Game Is Played, It's Whether You Win or Lose“. In: Sciences Advanced, 2019, Jg. 5, H. 7, S. 1-7.

Solga, Heike: „The Social Investment State and the Myth of Meritocracy“. In: Alexander Gallas/Hansjörg Herr/Frank Hoffer/Christoph Scherrer (Hg.): Combating Inequality: The Global North and South. London: Routledge, 2015, S. 199-211.

# Im Interview

## Carla Hornberg und Silvio Suckow

### „Wir brauchen Bewegung, auch nach #IchBinHanna“ – Bedingungen und Optionen im Wissenschaftssystem

Zu forschen und zu lehren, eigene Fragestellungen und Lösungswege entwickeln zu können, gilt immer noch vielen als Traumjob. Doch ein Berufsweg in der Wissenschaft ist von Unsicherheit und Konkurrenz gekennzeichnet. Die Bildungsforscherin Carla Hornberg und der Wissenschaftsforscher Silvio Suckow waren ein Jahr lang Sprecherin und Sprecher der jungen Wissenschaftler\*innen am WZB. Im Gespräch mit Gabriele Kammerer und Kerstin Schneider haben sie Auskunft darüber gegeben, wie sie – aus eigener Erfahrung und durch viele Gespräche und Netzwerke – die Situation der nächsten Generation in der Wissenschaft einschätzen.

**Was haben Sie über die Bedingungen akademischer Arbeit erfahren?**

**Suckow:** Die Situationen, in denen promoviert wird, sind sehr unterschiedlich: Das gilt für die Betreuungskonstellationen, die Dauer der Beschäftigungsverträge und die Vorbedingungen. Menschen haben ganz unterschiedliche Fähigkeiten und Motivationen, sie finanziieren sich über Stipendien, über Stellen in der Wissenschaft, in

**„Kurze Anstellungsverhältnisse bieten keine Planbarkeit“**

extremen Fällen über Arbeitslosengeld.

**Hornberg:** Das WZB bietet einen besonderen Arbeitskontext. Ich hatte von Anfang an die Perspektive auf einen Vier-Jahres-Vertrag, ich bin zu 65 Prozent angestellt, in einem sehr engen Betreuungsverhältnis, habe viel Unterstützung bekommen, hatte Fortbildungen, Zugänge zu verschiedenen Netzwerken. Wir hören aber oft von weniger guten Bedingungen, von Überforderung

in der Lehre und beim Forschen. Vielen bleibt wenig Zeit zum Promovieren. Kurze Anstellungsverhältnisse bieten keine Planbarkeit. Dazu kommt der Druck, der auf einem lastet, das Verschwinden von Zeitgrenzen, Arbeiten in die Abende hinein, übers Wochenende, im Urlaub – sofern der überhaupt genommen wird.

**Junge Wissenschaftler\*innen haben sich zusammengetan unter dem Twitter-Hashtag #IchBinHanna. Was verbirgt sich dahinter?**

**Suckow:** Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat einen Videoclip veröffentlicht, in dem die Figur „Hanna“ stellvertretend für junge Forschende in Deutschland erklärt, warum Befristungen und Flexibilität im Wissenschaftssystem gut seien. Das gab die Sicht der Forschungsförderer wieder, aber eben nicht die Sicht der Postdocs und Promovierenden. So entstand dieser Hashtag #IchBinHanna auf Twitter. Die Diskussion dahinter ist natürlich schon viel älter, also: Wie strukturieren wir wissenschaftliche Karrieren? Da gibt es eine ziemlich steile Pyramide: Es promovieren noch relativ viele Studierende nach dem Masterstudium. In der Postdoc-Phase sind schon weniger beteiligt und bis hin zu einer Professur schaffen es die wenigsten. Das schafft viel Unsicherheit.

**Was müsste denn geschehen?**

**Suckow:** Es müsste mehr entfristete Stellen geben, mit besonderen Aufgaben – zum Beispiel in der Lehre oder im Transfer, in der Vermittlung von Inhalten. Sie könnten aus ausgelaufenen Professuren entstehen, müssten aber keine Professuren mit ganzem Lehrstuhl sein. Da gibt es schon durchgerechnete Modelle, z.B. von der Jungen Akademie. Ich denke auch, dass die Doktoranden- und Postdoc-Phasen getrennt betrachtet werden sollten. Die Doktoranden-Phase ist logischerweise befristet; die Postdoc-Phase muss aber strukturierter ablaufen, mit einer Art von Planbarkeit für das Erreichen fester Stellen, wenn bestimmte Ziele



Silvio Suckow und Carla Hornberg haben ein Jahr lang die Interessen der jungen Forschenden am WZB vertreten. Sie kennen die beflügelnden und die bremsenden Momente beim Einstieg in die Wissenschaft als Beruf.  
Foto: © Gesine Born, alle Rechte vorbehalten.

wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden sollen.

**Und was bedeuten die Zwänge für die Wissenschaft selbst?**

**Suckow:** Die große Unsicherheit in den Karrieren führt dazu, dass die Fachpublikationen im Vordergrund stehen und die vermeintlichen Nebengeschäfte wie Interdisziplinarität, Wissenstransfer, Lehre zurücktreten. Das sind aber Dinge, die immens wichtig sind für das Wissenschaftssystem, gerade in einer Demokratie, die Wissen auch weitergeben möchte und deren Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft mit diesem Wissen arbeiten. Aber bevor eine Professur gesichert ist, ist es fast irrational, sich in anderen Kontexten zu engagieren.

**Was läuft denn gut im deutschen Wissenschaftssystem?**

**Hornberg:** Also was ich höre und was ich auch persönlich so erlebe, ist einfach Freude an der Arbeit! Das wissenschaftliche Arbeiten an sich ist

**„Wissenschaftliches  
Arbeiten ist eine große  
Bereicherung. Das birgt  
die Gefahr, dass man sich  
in ausbeuterische  
Verhältnisse begibt“**

eine große Bereicherung. Das birgt aber eben auch die Gefahr, dass man sich in ausbeuterische Verhältnisse begibt ... Hier am WZB werden mittlerweile Drei-Jahres-Verträge zum Promovieren geschaffen, die auf vier Jahre ausgeweitet werden können. Das ist ein guter Rahmen für das Verfassen einer Dissertation. Es gibt die flexiblen Fördermittel, um nach Bedarf auch länger an der Dissertation zu arbeiten, ohne in finanzielle Sorgen zu geraten.

**Und wo hakt es?**

**Hornberg:** In unserer Zeit als Sprecher\*in des Nachwuchses haben wir einen Fokus auf das Thema Mental Health gelegt. Wissenschaftsarbeit an sich ist einsam. Die Promotion macht man alleine, die Grenzen zum Privaten verschwimmen, räumlich wie zeitlich, den Laptop kann man schließlich überall aufklappen, auch am Abend und am Wochenende. Viele Studien haben die erschreckende Lage von Promovierenden gezeigt: Schon vor der Corona-Pandemie hatte über die Hälfte mit De-

pressionen, Schlafstörungen, Angststörungen zu kämpfen – und wiederum die Hälfte dieser Gruppe führt das direkt auf ihre Promotionserfahrungen zurück. Dessen muss man sich annehmen. Es haben sich Promovierende selbst zusammengeschlossen wie etwa Scholar Minds hier in Berlin, um ein soziales Netzwerk zu schaffen. Es gibt Mentoring-Programme, es gibt Ombudspersonen – offene Kommunikation über die Schwierigkeiten ist so wichtig.

**Welche Verantwortung haben die Einzelnen, und wo ist das System gefragt?**

**Suckow:** Eine Promotion fangen die meisten recht naiv an, aus Interesse an einem Forschungsthema und Spaß an den Methoden. Promovierende sind auch durchaus begehrt, weil sie wichtige Arbeit im Wissenschaftssystem machen. Es muss aber diesen Selbstschutz geben, andere Optionen im Hinterkopf zu haben. Es kann immer sein, dass es nicht klappt mit der Professur, und da muss ich wissen: Was ist mein Plan B? Was allerdings die Institutionen nicht davon entlastet, bessere Planbarkeit zu schaffen – auch über Mentoring oder Karrieregespräche.

**Hornberg:** Die wenigsten, mit denen wir gesprochen haben, haben für sich nur die Wissenschaftskarriere als Option gesehen. Aber es fehlte oft die Möglichkeit, in andere Bereiche zu schauen, oder Wege wurden nicht wahrgenommen. In der Regel geht halt alles sehr schnell: Man macht den Bachelor und den Master, und dann ist man schon ein bisschen in den Forschungskontexten drinnen und schließt eine Doktorarbeit an. Dabei fehlt das Bewusstsein für Alternativen und für Netzwerke.

**Läuft es denn in anderen Ländern besser mit wissenschaftlichen Karrieren?**

**Suckow:** Ich würde immer davor warnen, einfach Dinge aus anderen Systemen zu übernehmen, weil dahinter tief verwurzelte Denk- und Fachkulturen stecken. Man kann bestimmte Dinge wie das Ten-

**„Es müssen sich ganz verschiedene Hierarchie- und Interessengruppen austauschen“**

ure-Verfahren aus den USA anwenden, aber die einzelnen Bundesländer und Universitäten müssen es gut fürs deutsche System ausgestalten, nicht einfach nur kopieren. Und was ganz entscheidend ist: Es müssen sich ganz verschiedene

Hierarchie- und Interessengruppen zur Gestaltung wissenschaftlicher Karrieren austauschen.

#### Wie funktioniert Tenure Track?

**Suckow:** Bei Tenure-Track-Positionen wie zum Beispiel Juniorprofessuren werden Ziele festgelegt, Publikationen und Drittmittel, die eingeworben werden sollen, und wenn diese Ziele erreicht werden, dann kann die Person auf eine ordentliche Professur entfristet werden. Das ist schon eine sehr gute Option, aber man muss dazu sagen, dass die Pyramide dadurch früher steiler wird. Ein Einwand gegen eine weitere akademische Karriere könnte dann sein: Jetzt habe ich kein Tenure Track bekommen, dann lohnt es sich auch nicht, auf einer anderen Position mit wenig Aussicht auf Entfristung weiterzumachen.

Das heißt, persönliche Flexibilität ist schon wichtig.

**Suckow:** Wissenschaft ist ein Bereich, der kulturell gesehen sehr stark auf Autonomie und Offenheit, auf die Kreativität und Schaffenskraft der Forschenden angewiesen ist. Das System verändert sich auch, aber ich würde Promovierenden und Postdocs schon empfehlen, sich selbst Gedanken

„#IchbinHanna hat gegen die Behauptung protestiert, erzwungene Fluktuation schaffe Innovation“

zu machen: Was ist realistisch, und was sind andere Perspektiven? Und sich Netzwerke außerhalb der Wissenschaft zu suchen, ist empfehlenswert.

**Hornberg:** In seinem Video hat das Bildungsministerium ja behauptet, dass Fluktuation, selbst erzwungene, Innovation schafft. Gegen diese zynische Behauptung hat #IchBinHanna protestiert, und sie lässt sich meines Wissens auch durch keine Studien belegen. Aber es ist absehbar, dass das System Wissenschaft aktuell nicht expandiert. Und da sind wir schon gefragt, immer offen zu bleiben für andere Karriereoptionen.

Wie erleben Sie den Zusammenhalt unter den Forschenden?

**Suckow:** Das kommt stark auf die Fachkulturen an. Nach meinem Empfinden ist gerade in den Sozial- und Geisteswissenschaften die Diversität an Forschungsthemen und teilweise an Methoden so groß, dass man sich ganz gut austauschen kann.

Wenn wir zehn Jahre vorausblicken: Wo sehen Sie sich da? Und das System?

**Suckow:** Ich würde mir wünschen, dass es noch weniger Verzerrungen und Diskriminierung gibt, aufgrund von sozialer Herkunft, Gender, Migrationshintergrund oder körperlichen Beeinträchtigungen. In Studien sieht man aber: Mit jeder weiteren Stufe im Wissenschaftssystem wird die Selektion unfairer. Es gibt noch viel zu wenig gleiche Chancen und am Ende auch gerechte Ergebnisse im Wissenschaftssystem. Und die zweite Sache hat mit meinem Promotionsthema zu tun: Wir brauchen mehr akademischen Raum für Interdisziplinarität. Zum Beispiel sollten bei Berufungsverfahren auch hochrangige Publikationen aus fremden Fachgebieten anerkannt werden. Nicht zuletzt die Pandemie hat gezeigt: Wir brauchen Austausch, in dem man auch mal Expertiserollen aufbricht und offen ist für andere Einflüsse, für andere Disziplinen. Das schärft auch die Fähigkeit zur Wissenschaftskommunikation.

**Hornberg:** Es hat sich ja schon vieles in eine gute Richtung entwickelt. Ich würde mir wünschen, dass es noch weiter vorangeht. Wichtig wäre, dass es mehr Vier-Jahres-Verträge für Promovierende gibt. Auch über die Probleme in der Wissenschaft sollte offen gesprochen werden, vielleicht noch transparenter als jetzt. Gut ist, dass Bewegung zu sehen ist, dass es auch nach dem ersten Erfolg von #IchBinHanna weitergeht.

**Suckow:** Und: In der Krise sollte nicht bei Wissenschaft und Bildung gespart werden. Das sind unsere wichtigen Ressourcen, die wir für alles brauchen, was an Herausforderung kommt. Die Zukunft ist immer offen, und wir wissen jetzt nicht, worauf wir vielleicht hätten verzichten können.

**Carla Hornberg** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Sie forscht im Horizon-2020-Projekt „Technological Inequality – Understanding the Relation between Recent Technological Innovations and Social Inequalities“ (TECHNEQUALITY).  
[carla.hornberg@wzb.eu](mailto:carla.hornberg@wzb.eu)

**Silvio Suckow** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Er untersucht im Projekt „Interdisziplinarität und Forschungskreativität: Neue Verwertungswege“ das Spannungsverhältnis zwischen Interdisziplinarität und disziplinären Strukturen.  
[silvio.suckow@wzb.eu](mailto:silvio.suckow@wzb.eu)

# WZB | Mitteilungen online

Mehr Beiträge zum Schwerpunktthema – auch Videos oder Audio-Interviews – finden Sie im Online-Schwerpunkt der WZB-Mitteilungen auf unserer Website.

Der Link zur Plattform:  
[wzb.eu/magazin-jugend](http://wzb.eu/magazin-jugend)

Dort finden Sie unter anderem dies:

## 👉 Früh radikaliert

Immer wieder werden junge Menschen radikal. Sie schließen sich zum Beispiel dem „Islamischen Staat“ an oder rechtsextremen Gruppen. Welche Rolle spielen Familie und Umfeld in diesem Prozess? Gibt es Gemeinsamkeiten bei der Sozialisation in der Familie bezogen auf islamistische und rechtsextreme Gewalt? Der Beitrag von Eylem Kanol und Berivan Kalkan beschreibt die entscheidende Rolle der Sozialisation in der Familie und stellt Analysen aus dem WZB-Protest-Monitoring vor. Das Monitoring ist Teil des Spitzenforschungscusters „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung“ (MOTRA).

## 👉 Schwieriger Arbeitseinstieg

Jugendarbeitslosigkeit steht schon lange im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit von Politik und Forschung. Ein schwieriger Arbeitsmarkt-

einstieg hat negative Auswirkungen auf die weitere Erwerbskarriere und die soziale Teilhabe. Schaut man sich nur die Arbeitslosenquote von Jugendlichen an, ergibt sich ein verzerrtes Bild davon, wer keine Arbeit hat. Christian Brzinsky-Fay beschreibt in seinem Beitrag ein Konzept, das hilft, bessere Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit zu finden, weil alle Jugendlichen in der Statistik erfasst werden. NEET steht für „Not in Employment, Education or Training“ (nicht in Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung). Hier werden inaktive und erwerbslose Jugendliche ins Verhältnis zu allen Jugendlichen einer Altersgruppe gesetzt. In Deutschland sind junge Frauen mit Kindern besonders von Arbeitslosigkeit betroffen, weil sie sich nach der Geburt der Kinder aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen.

## 👉 Junge Wissenschaft

Neben der Professur gibt es in Deutschland wenige Möglichkeiten, dauerhaft in der Wissenschaft zu arbeiten. Und doch ist genau diese Arbeit für viele attraktiv: eigenen Fragestellungen nachzugehen, im Austausch mit anderen, auf dem Boden vielfältiger Literatur, in der Anwendung und Entwicklung neuer Methoden. Konkurrenz und wirtschaftliche Unsicherheit sind die Kehrseite dieses Traumberufs. Carla Hornberg und Silvio Suckow haben ein Jahr lang die jungen Wissenschaftler\*innen am WZB vertreten. Im Gespräch mit Gabriele Kammerer und Kerstin Schneider geben sie Auskunft über die Motivation, die Sorgen und die Forderungen der nächsten akademischen Generation. Nachzulesen ist das Gespräch hier im Heft ab Seite 22; die ausführliche Hörfassung finden Sie im Online-Bereich.

# Lange Reifung

## Die Schutzbedürftigkeit junger Menschen wird unterschätzt

---

Dass 18-Jährige erwachsen sind, ist nicht nur gesetzlich festgelegt, sondern auch gesellschaftlich anerkannt. Bei genauerer Betrachtung entspricht diese Setzung immer weniger der Realität: Zu diesem Zeitpunkt sind weder Ausbildung noch Partnersuche abgeschlossen, und auch neurologisch und psychologisch stehen noch wesentliche Entwicklungsschritte bevor. Wie können Wissenschaft und Gesellschaft der Schutzbedürftigkeit junger Menschen besser Rechnung tragen?

*Jianhong Li*

Daß die frühe Kindheit, also die ersten fünf Lebensjahre, eine ganz entscheidende Phase der menschlichen Entwicklung ist, ist in Forschung und Politik umstritten. Die Gesundheit und die Entwicklung während dieser Zeit bilden die Grundlage für das Lernen, die körperliche Gesundheit und das soziale und emotionale Wohlbefinden im gesamten späteren Leben. Und leider werden hier auch die Weichen für soziale und gesundheitliche Ungleichheit bis ins Erwachsenenalter, ja über Generationen hinweg, gestellt. Auch das Jugendalter ist ein wichtiges Entwicklungsstadium, in dem weitere umfangreiche neurobiologische, psychische und physische Veränderungen stattfinden – und das mit großer Dynamik. Dennoch wird dieser Phase weniger Beachtung geschenkt als der frühen Kindheit. Dabei gibt es unter Jugendlichen sehr viel mehr psychische Probleme wie Depressionen und Angstzustände, Suizidalität und Risikoverhalten (z. B. übermäßiger Konsum von Alkohol und sonstigen Drogen). Die italienische Medizinerin und Gesundheitsforscherin Benedetta Armocida konnte kürzlich mit Kolleg\*innen zeigen, dass bei Jugendlichen im Alter von 10 bis 24 Jahren in den Ländern der Europäischen Union psychische Störungen so zugenommen haben,

dass sie in dieser Gruppe die häufigste gesundheitliche Belastung sind. Jugendliche stehen vor großen Herausforderungen: Sie müssen eine soziale und sexuelle Identität entwickeln, intime Beziehungen aufbauen, sind mit Gruppenzwang und den Übergängen von einer Schule zur anderen beziehungsweise von der Schule in den Beruf konfrontiert. Heranwachsende brauchen daher immer noch viel sowohl praktische (finanzielle und organisatorische) als auch emotionale Unterstützung von ihren Eltern und der Gesellschaft insgesamt.

Unsere Forschung zeigt, dass sozial unfreundliche Arbeitszeiten der Eltern (Abende, Nächte, Wochenenden) einen nachteiligen Einfluss auf das soziale und emotionale Wohlbefinden und das Risikoverhalten ihrer jugendlichen Kinder haben (sie neigen zu Depressionen und Angstzuständen, beginnen früh zu rauchen oder sexuelle Beziehungen aufzunehmen, werden eher straffällig). Wenn Eltern abends, nachts oder an Wochenenden arbeiten, ist das zwar kein direktes Maß für die soziale und emotionale Unterstützung ihrer Kinder. Feststellen lässt sich aber, dass diese Eltern weniger Zeit mit den Jugendlichen verbringen und emotional weniger verfügbar für sie sind. Das kann dazu führen,

dass sie weniger innere Verbindung mit den Heranwachsenden haben. Wir stellen fest, dass Jugendliche aus Familien mit begrenzten Ressourcen – also Familien mit niedrigem Einkommen, Alleinerziehende oder auch Familien, in denen die Eltern selbst finanziell oder beruflich unter Druck stehen oder psychische Probleme haben – besonders stark unter den Auswirkungen ungünstiger Arbeitszeiten ihrer Eltern leiden. Neue Untersuchungen zeigen, dass Menschen, die in der frühen Kindheit in einem sozioökonomisch benachteiligten oder ungünstigen familiären Umfeld lebten (wo es also zum Beispiel zu Misshandlungen kam, die Eltern sich trennten, Drogen konsumierten oder psychisch krank waren), in der Jugend kognitive, soziale und emotionale Beeinträchtigungen aufweisen. Dieser Prozess ist neurologisch zu erklären: Die kontinuierliche Entwicklung der Gehirnregionen, die für Wahrnehmung und emotionale Steuerung zuständig sind, wird durch solche Einflüsse und Umstände gestört.

Das Jugendalter wird nicht nur in seiner Bedeutung unterschätzt, auch seine Definition ist unklar. In Wissenschaft und Politik gibt es hier keinen Konsens – anders als bei der Kindheit, die ziemlich übereinstimmend als die Zeitspanne vom Säuglingsalter bis zum Alter von 10 Jahren gefasst wird. Gesetzlich liegt das Er-

## „Die Verfeinerung der Gehirnstruktur erstreckt sich in das dritte Lebensjahrzehnt hinein“

wachsenenalter bei 18 Jahren, was bedeutet, dass die Jugend aus der rechtlichen Perspektive mit dem 18. Lebensjahr endet. Die UN-Konvention über die Rechte des Kindes definiert Jugend als die Zeit zwischen 10 und 19 Jahren, die Weltgesundheitsorganisation schlägt die Spanne von 10 bis 20 Jahren als Definition vor. Forscher\*innen und gesundheitspolitische Einrichtungen verwenden in nationalen und globalen Datensätzen ebenfalls unterschiedliche Altersgrenzen zur Definition von „Adoleszenz“: Einige verwenden die Altersgruppen 11 bis 15, 13 bis 15 oder 13 bis 17, andere fassen ältere Jugendliche mit Erwachsenen zusammen und kommen auf Gruppen wie „15 bis 49 Jahre“ oder „ab 18 Jahren“. Keine dieser Definitionen ist angemessen, weil sie die kontinuierliche neurologische, physiologisch-psychologische



**Jianghong Li** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe der Präsidentin. Sie erforscht soziale, wirtschaftliche und kulturelle Determinanten der Gesundheit und Entwicklung von Kindern. [jianghong.li@wzb.eu](mailto:jianghong.li@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

und soziale Entwicklung nicht erfassen, die das Jugendalter auszeichnet. Die australische Medizinerin Susan M. Sawyer und ihr Team schlagen als führende Expert\*innen auf dem Gebiet der Gesundheit und der Entwicklung von Jugendlichen eine neue Definition der Jugend vor, die beim Alter von 10 bis 24 Jahren liegt. Mit ihr sei es möglich, die biologischen, sozialen und emotionalen Veränderungen während dieser kritischen Entwicklungsphase vollständig zu berücksichtigen.

Dieser neuen Definition liegen zwei Überlegungen zugrunde. Erstens ist, biologisch gesehen, das Alter von 10 Jahren der Beginn der pubertären Reifung, die bei Mädchen im Alter von 12 bis 13 Jahren und bei Jungen zwei Jahre später ihren Höhepunkt erreicht. Weniger bekannt ist, dass sich dieses Wachstum bis weit in das dritte Lebensjahrzehnt hinein fortsetzt. Sawyer und Kolleg\*innen weisen darauf hin, dass das Gehirnvolumen und die Spezialisierung der Gehirnfunktionen zwar in der mittleren Kindheit, also im Alter von 8 bis 10 Jahren, das Niveau von Erwachsenen erreichen. Die Verfeinerung der Gehirnstruktur und die Ausdifferenzierung der Funktionen erstrecken sich aber in das dritte Lebensjahrzehnt hinein. Konkret geht es um Funktionen wie die komplexe kognitive Verarbeitung und die sozio-emotionale Regulation, die beide die Entscheidungsfindung, Beziehungen zu Gleichaltrigen und das soziale und emotionale Wohlbefinden beeinflussen. Während die Reifung des logischen Denkens im Alter von etwa 16 Jahren als abgeschlossen angesehen wird, reifen die exekutiven Funktio-

Ein Junge wandert durch einen ausgetrockneten Salzsee im kalifornischen Tal des Todes.  
Foto: © Andreas Muhs/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.



nen von Kontrolle und sozio-emotionaler Steuerung noch mindestens weitere 10 Jahre.

Zweitens war das Ende der Jugend in der Vergangenheit gesetzt als Übergang in Erwachsenen-Rollen durch den Beginn von Ehe und Elternschaft oder die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Diese Übergänge haben sich aber insbesondere in Ländern mit hohem und mittlerem Einkommen erheblich verzögert. Zum Beispiel ist das Alter der ersten Eheschließung von Anfang 20 auf Mitte oder sogar Ende 20 bis Anfang 30 gestiegen, insbesondere für Männer. Dahinter stehen Fortschritte in Methoden der Empfängnisverhütung, die Ausweitung der akademischen Bildung auf ein größeres Segment der männlichen wie weiblichen jungen Bevölkerung und veränderte soziale Normen in Bezug auf die Ehe. All diese Veränderungen sind Chancen und Herausforderungen zugleich: Einerseits gibt es für junge Menschen immer mehr Optionen einer höheren Bildung in verschiedenen, flexiblen Formen und mit immer mehr Fächern und Spezialisierungen. Auch die Beschäftigungsmöglichkeiten sind durch den technologischen Wandel und die Globalisierung vielfältiger geworden. Andererseits ist der Arbeitsmarkt in der neuen Wirtschaft zunehmend

wettbewerbsorientiert, er fordert höhere oder komplexere Fähigkeiten und oft lange Arbeitszeiten für eine sichere und gut bezahlte Beschäftigung. Dies macht es für Menschen in den Zwanzigern schwierig, volle wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Auch das Aufkommen von sozialen Medien und neuen Informationstechnologien bringt sowohl Vorteile als auch Risiken für Heranwachsende und junge Menschen mit sich. Die übermäßige Nutzung

### „Die neuen Informations-technologien bringen Vorteile und Risiken für Heranwachsende“

von sozialen Medien und digitalen Bildschirmen schadet der körperlichen und psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, deren kognitive und sozial-emotionale Entwicklung noch nicht abgeschlossen ist.

Die vorgeschlagene Neudeinition des Jugendalters auf die Jahre 10 bis 24 trägt der bis in dieses Alter fortgesetzten neurologischen, bio-

logischen und sozialen Entwicklung des Menschen Rechnung. Sie ist evidenzbasiert und sollte in der zukünftigen Forschung verwendet werden. Diese Definition hat auch wichtige Auswirkungen auf Gesetze und Richtlinien. Die geltende gesetzliche Definition des Erwachsenseins gibt jungen Menschen ab 18 einen Anspruch auf volle Teilhabe am politischen, sozialen und wirtschaftlichen Leben. Diese Definition scheint willkürlich – sie entspricht, wie gezeigt, nicht dem Stand der Forschung. Sie ist überdies widersprüchlich: Aus der mit 18 Jahren eben nicht abgeschlossenen Reifung folgt eine hohe Schutzbedürftigkeit in dieser wichtigen Entwicklungsphase. Das gesetzliche Mindestalter für Alkoholkonsum liegt in den meisten Ländern aber sogar unter 18 Jahren, und für den Tabakkonsum gibt es gar keine gesetzlichen Altersbeschränkungen. Beide Arten von Substanzen sind jedoch schädlich für die neurologische Reifung von Jugendlichen. Im Gegensatz dazu sind Jugendliche unter 18 Jahren weder wahlberechtigt, noch werden sie bei der Evaluation von Schul- und Lernsystemen, die doch ihren Bildungserfolg direkt beeinflussen,

nach ihren Bedürfnissen und Vorschlägen gefragt. Wie oben erwähnt, sind Jugendliche mit 16 Jahren vollkommen in der Lage, logisch zu denken. Daher wäre es sinnvoll, das gesetzliche Wahlalter auf 16 Jahre herabzusetzen und ihnen die volle Teilnahme an Schulevaluationen zu ermöglichen. Ein weiteres Beispiel für die begrenzte Sinnhaftigkeit der Volljährigkeit mit 18 ist die Sexarbeit: Die Legalisierung der Prostitution ab 18 in vielen Ländern setzt entwicklungsbedingt unreife Jugendliche einem hohen Risiko der Ausbeutung aus.

Ich hoffe, dass eine neue Definition von „Jugend“, die das Alter von 10 bis 24 Jahren umfasst, ein Umdenken in Gang bringt, wenn es um Gesetze, Richtlinien und Dienstleistungen zum Wohle von Jugendlichen geht. Ich hoffe, dass daraus Veränderungen zum Guten entstehen. Solche Veränderungen sollten zwei Ziele verfolgen: Sie sollten Jugendlichen das Recht auf politische, wirtschaftliche und bürgerliche Teilhabe garantieren und gleichzeitig ihre weitere Entwicklung nähren und fördern.

## Literatur

Armocida, Benedetta/Monasta, Lorenzo/Sawyer, Susan M. et al.: „Burden of Non-Communicable Diseases among Adolescents Aged 10–24 Years in the EU, 1990–2019: A Systematic Analysis of the Global Burden of Diseases Study 2019“. In: *The Lancet Child & Adolescent Health*, 2022, Jg. 6, H. 6, S. 367–383.

Li, Jianghong/Johnson, Sarah E./Han, Wen-Jui/Andrews, Sonia/Kendall, Garth/Strazdins, Lyndall/Dockery, Alfred: „Parents' Nonstandard Work and Child Wellbeing: A Critical Review of the Literature“. In: *Journal of Primary Prevention*, 2014, Jg. 35, H. 1, S. 53–73. DOI: 10.1007/s10935-013-0318-z.

Li, Jianghong/Mattes, Eugen/McMurray, Anne/Hertzman, Clyde/Stanley, Fiona: „Social Determinants of Child Health and Wellbeing“. In: *Health Sociology Review*, 2009, Jg. 18, H. 1, S. 3–11.

Keating, Daniel P./Hertzman, Clyde: *Developmental Health and the Wealth of Nations*. New York: Guilford Press 1999.

Sawyer, Susan M./Azzopardi, Peter S./Wickremarathne, Dakshitha/Patton, George C.: „The Age of Adolescence“. In: *The Lancet Child and Adolescent Health*, 2018, Jg. 2, H. 3, S. 223–228. DOI: 10.1016/S2352-4642(18)30022-1.

# Viele Probleme, viele Chancen

## Übergänge ins Erwachsenenleben in Lateinamerika

---

Erwachsenwerden bedeutet Übergänge: Junge Menschen steigen ins Berufsleben ein, sie verlassen das Elternhaus und werden ökonomisch selbstständig, sie gehen dauerhafte Partnerschaften ein, werden Eltern. Diese Muster sind auf der ganzen Welt gleich, die Rahmenbedingungen allerdings unterscheiden sich sehr. Agustina Marques Hill beschreibt, vor welchen Herausforderungen Jugendliche in Lateinamerika stehen.

*Agustina Marques Hill*

In den westlichen Ländern wurden im Rahmen der Bildungsexpansion die Bildungskarrieren länger: Der Eintritt in den Arbeitsmarkt findet später statt, junge Menschen werden später wirtschaftlich selbstständig und gründen später eine Familie. Zudem beobachteten wir, dass in jüngeren Geburtsjahrgängen nicht mehr zwangsläufig eine berufliche Etablierung stattfindet, bevor eine Familie gegründet wird, oder dass nicht zwangsläufig geheiratet wird, bevor Kinder geboren werden. Einige folgen allerdings auch heute noch diesem traditionelleren Zeitmuster, also der traditionellen Verzahnung der Übergänge ins Erwachsenenalter. Insgesamt sind damit die Abfolge der unterschiedlichen Übergänge und das Tempo, in dem sie stattfinden, vielfältiger geworden.

Wie gestalten sich die Übergänge ins Erwachsenenleben in Lateinamerika? Für diese Länder gibt es bislang nur wenige Untersuchungen zu Lebensläufen von Jugendlichen; qualitativ hochwertige Daten, insbesondere Längsschnittdaten, fehlen. Einige Einblicke bieten Studien,

die bei der Weltbank oder der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (einer Organisation der Vereinten Nationen mit dem spanischen Akronym CEPAL) publiziert wurden. Sie machen es möglich, einige zentrale Tendenzen vorzustellen.

In Lateinamerika leben heute etwa 160 Millionen junge Menschen (15 bis 24 Jahre alt). Sie machen 25 Prozent der Bevölkerung aus. Im Zeitraum zwischen 2002 und 2014 gab es er-

**„2018 lebten etwa 30 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze“**

hebliche Fortschritte bei der Verringerung der Armut. Das ist teilweise auf ein günstiges wirtschaftliches Umfeld zurückzuführen; vor allem aber griffen staatliche Maßnahmen zur Verrin-

gerung von Ungleichheit. In fast allen lateinamerikanischen Ländern wurden mehr öffentliche Sozialinvestitionen getätigt, in stärkerem Maße Einkommen umverteilt, und die öffentlichen Sektoren Bildung, Gesundheit und Erziehung wurden gestärkt. Seit 2015 ist jedoch der Anteil der Bevölkerung, der von Armut oder extremer Armut betroffen ist, wieder gestiegen – parallel zu einem geringeren Wirtschaftswachstum. 2018 lebten etwa 30 Prozent der lateinamerikanischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, jede\*r Zehnte war von extremer Armut betroffen.

Zeitgleich gab es in diesen Ländern eine starke Bildungsexpansion: Das formale Bildungsniveau junger Menschen stieg deutlich. Dies führte dazu, dass sich auch hier – wie in den westlichen Ländern – das Alter bei der ersten (formellen oder informellen) Berufstätigkeit, der Eheschließung sowie der Geburt des ersten Kindes nach hinten verschoben hat. Da dies allerdings nur für die gilt, die von der Bildungsexpansion profitieren, sehen wir auch hier eine zunehmende Heterogenität beim Übergang ins Erwachsenenleben.

Die Situation, von der aus das Bildungsniveau gestiegen ist, unterscheidet sich in Lateinamerika allerdings wesentlich von der in westlichen Ländern. Im Jahr 2016 hatten hier nur

**„84 Prozent der jungen Menschen aus dem Viertel der reichsten Familien hatten mindestens einen Sekundarschulabschluss, aber nur 35 Prozent der Jugendlichen aus dem untersten Viertel“**

60 Prozent der 20- bis 24-Jährigen einen Sekundarschulabschluss – und die sozioökonomische Ungleichheit war erheblich: 84 Prozent der jungen Menschen aus dem Viertel der einkommensreichsten Familien hatten mindestens einen Sekundarschulabschluss, aber nur 35 Prozent der Jugendlichen aus dem untersten Viertel der Familien der Einkommensverteilung. Diese starken Ungleichheiten findet man in allen Ländern Lateinamerikas. Und obwohl die Bildungsbeteiligung gestiegen ist, be-



**Agustina Marques Hill** ist Doktorandin an der Freien Universität und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB. Ihren Forschungsschwerpunkt bildet der Übergang von der Schule in den Beruf in einer vergleichenden Perspektive mit entwickelten und sich entwickelnden Volkswirtschaften.

[agustina.marques@wzb.eu](mailto:agustina.marques@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

suchen immer noch viele Kinder und Jugendliche keine Schule oder andere Bildungseinrichtung – 2019 waren das etwa 14 Millionen.

Auch in den Ländern Lateinamerikas führt ein höheres Bildungsniveau zu besseren Übergängen in den Arbeitsmarkt. Das Arbeitslosigkeitsrisiko nimmt ab, die Wahrscheinlichkeit einer formellen Beschäftigung steigt. Ein durch längere Bildung verzögerter Übergang ins Erwachsenenalter ist also auch hier lohnenswert. Allerdings führt eine längere Schulzeit nicht immer zu höheren Abschlüssen. So zeigen Studien, dass sich die Berufschancen und Arbeitslosigkeitsrisiken zwischen Jugendlichen mit 6- bis 12-jähriger Schulbildung nicht stark voneinander unterscheiden – viele machen also trotz längerem Schulbesuch keinen höheren Abschluss. Zudem setzen viele ihren Weg nicht mit einer weiteren Bildungsbeteiligung in Berufsbildung oder Studium fort. Das Alter, in dem die formale Bildung abgeschlossen wird, hat sich also zwar erhöht, aber das Ende des Bildungswegs ist immer noch früh.

Ein großes Problem in Lateinamerika ist die Eingliederung der großen Gruppe der Jugendlichen mit niedrigem Bildungsniveau in den Arbeitsmarkt. In den westlichen Ländern spielt beim Übergang ins Erwerbsleben die berufliche Bildung eine zentrale Rolle. In Lateinamerika hat dieser Bildungssektor zwar in den letzten Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen, er

Junges Mädchen in Salvador da Bahia, Brasilien.  
Foto: © Dorothee Deiss/OSTKREUZ,  
alle Rechte vorbehalten.



macht aber auch heute noch in fast allen Ländern nur einen geringen Teil der Bildung insgesamt aus. Berufliche Bildung ist hier eher ein Bildungsbereich für Benachteiligte, sie hat nicht die Qualität und das Ansehen wie in vielen westlichen Ländern (vor allem in jenen mit starkem Berufsbildungssystem wie Deutschland). Sie wird vor allem von Jugendlichen aus Familien mit einem geringeren sozioökonomischen Status wahrgenommen und von Jugendlichen, die weitgehend vom Sekundarbereich des allgemeinbildenden Bildungssystems ausgeschlossen sind.

Junge Menschen in Lateinamerika haben zudem ein deutlich höheres Risiko als jene in westlichen Ländern, unterbeschäftigt oder im informellen Sektor beschäftigt zu sein oder niedrigere Löhne zu erzielen. 2019 war etwa die Hälfte der Beschäftigten in Lateinamerika informell beschäftigt, bei Jugendlichen lag die Quote noch höher. Arbeitslosigkeit ist als Indikator für die Arbeitsmarktintegration junger Menschen in Lateinamerika weniger aussagekräftig als in den westlichen Ländern. Armut und fehlende Arbeitslosenversicherung führen zu niedrigeren sogenannten Akzeptanzlöhnen (reservation wages) und beschleunigen den Prozess der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit – sei es im informellen Sektor oder auf einfachen Arbeitsplätzen –, sodass die meisten jungen Menschen nur kurz arbeitslos sind, langfristig aber bei vielen von ihnen die Erwerbsverläufe von wiederkehrender Arbeitslosigkeit sowie gering qualifizierten und schlecht bezahlten Jobs gekennzeichnet sind.

Nicht nur die soziale Herkunft bestimmt in Lateinamerika maßgeblich Bildungs- und Erwerbsverläufe. Starke Ungleichheiten bestehen auch zwischen ländlichen und städtischen Re-

### **„Es gibt starke Ungleichheiten zwischen ländlichen und städtischen Regionen sowie zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen“**

gionen sowie zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen. Junge Menschen aus indigenen, schwarzen oder ländlichen Familien beginnen den Übergang ins Erwachsenenleben früher – oft befinden sie sich in einer schwächeren so-

zioökonomischen Lage. Letztlich hängen die Übergangsmuster der Jugendlichen damit wesentlich von der Schichtzugehörigkeit ab.

Zudem gibt es interessante Geschlechterunterschiede: Weibliche Jugendliche erwerben zwar mehr Bildung als ihre männlichen Altersgenossen, sie sind aber schlechter als diese in

### **„Wollen Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen, bedeutet das eine große Herausforderung für die Betreuung von Kindern und die unbezahlte Hausarbeit“**

den Arbeitsmarkt integriert. Auch in den westlichen Ländern sind Frauen auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt, allerdings nicht am Beginn des Erwerbslebens (d. h. vor der Geburt von Kindern). In Lateinamerika gibt es allerdings Besonderheiten hinsichtlich der Arbeitsteilung im Haushalt, die mit Betreuungsstrukturen und Geschlechternormen zusammenhängen: Wollen Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen, bedeutet das eine große Herausforderung für die Betreuung von Kindern und die unbezahlte Hausarbeit. In Ermangelung eines öffentlichen oder externen Betreuungssystems in diesen Ländern wird diese Aufgabe weiterhin innerhalb der privaten Haushalte von Frauen geleistet, gegebenenfalls auch die Betreuung jüngerer Geschwister. Zudem übernehmen sie in informellen Arbeitsverhältnissen die Kinderbetreuung in Haushalten mit hohem Sozialstatus. Beides schränkt – insbesondere in ökonomisch schwächeren Familien – die beruflichen Karrieren von Frauen sowie ihre Integration in den formellen Arbeitsmarkt stark ein.

Nennenswerte Geschlechterunterschiede sind auch in der Gruppe der Jugendlichen zu verzeichnen, die weder in Ausbildung noch auf dem Arbeitsmarkt tätig sind (auch bekannt als „NEET – not in employment, education or training“ oder „Ni-ni“ im Spanischen). In den lateinamerikanischen Ländern gehört schätzungsweise fast jeder fünfte junge Mensch (15 bis 29 Jahre alt) zu dieser Gruppe. Dies sind deutlich mehr als in einigen westlichen Ländern wie Kanada, Österreich oder Deutschland (wo es zwischen 10 und 12 Prozent sind), aber

ähnlich viele wie in Spanien und Italien. Zu dieser Gruppe gehören in Lateinamerika insbesondere Frauen mit niedrigem sozialem Status, die das Elternhaus verlassen, weil sie in jüngerem Alter geheiratet und ein Kind bekommen haben. Angesichts instabiler Partnerschaften gibt es einen hohen Anteil an alleinerziehenden Müttern, die aufgrund der begrenzten sozialen Mobilität und der eingeschränkteren öffentlichen Sozialsysteme einem besonderen Armutsrisko und Einschränkungen auf dem Arbeitsmarkt ausgesetzt sind. Auch die Herkunfts familien können hier nur wenig abfedern, da die ökonomischen Ressourcen nach dem Auszug oft auf jüngere Geschwister konzentriert werden. Zudem haben junge Frauen ein höheres NEET-Risiko, weil sie sich teilweise um die jüngeren Geschwister kümmern müssen.

Die Corona-Pandemie hat die Übergänge junger Menschen ins Erwachsenenleben auch in Lateinamerika deutlich erschwert und vorhandene Ungleichheiten weiter verschärft. Viele Länder litten bereits vor der Pandemie unter einer wirtschaftlichen Stagnation, mit der Pandemie sind seit 2020 weitere starke wirtschaftliche Rückgänge zu beobachten. Neben der gesundheitlichen Situation verschärft die Pandemie die strukturellen Arbeitsmarktprobleme Lateinamerikas: mehr Entlassungen, Stundenkürzungen, niedrigere Löhne im formellen Sektor, weniger informelle Arbeit aufgrund fehlender ökonomischer Ressourcen (beispielsweise von

Privathaushalten). Sektoren mit vielen Angestellten waren besonders betroffen (Tourismus, Unterhaltung). All das erhöhte auch für Jugend-

## „Neben der gesundheitlichen Situation verschärfte die Pandemie die strukturellen Arbeitsmarktprobleme Lateinamerikas“

liche deutlich das Risiko, längere Phasen der Nichterwerbstätigkeit zu erleben.

Zudem hat die Corona-Pandemie auch in Lateinamerika Prozesse der Digitalisierung in allen Bereichen beschleunigt. Zugang zu Grundrechten wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit, Arbeit und Teilhabe sowie Kultur setzt immer stärker Telekommunikations- und digitale Infrastruktur voraus. Die schon vor der Pandemie bestehende Kluft zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und Jugendlichen hat sich weiter vertieft, sodass es in der Zukunft neben (oder als Teil) der Armutsbekämpfung auch wichtig sein wird, Ungleichheiten sowohl beim Zugang zu digitalen Infrastrukturen als auch in Bezug auf digitale Fähigkeiten zu verringern. ●

## Literatur

CEPAL: Coyuntura Laboral en América Latina y el Caribe: La transición de los jóvenes de la escuela al mercado laboral. [Arbeitssituation in Lateinamerika und der Karibik: Der Übergang junger Menschen von der Schule zum Arbeitsmarkt] Oktober 2017, Nr. 17. Online: <http://hdl.handle.net/11362/42250> (Stand 11.08.2022).

CEPAL: Educación, juventud y trabajo: habilidades y competencias necesarias en un contexto cambiante [Bildung, Jugend und Arbeit: Erforderliche Fähigkeiten und Kompetenzen in einem sich wandelnden Kontext] CEPAL 2020. Online: <https://www.cepal.org/es/publicaciones/46066-educacion-juventud-trabajo-habilidades-competencias-necesarias-un-contexto> (Stand 11.08.2022).

Cunningham, Wendy/McGinnis, Linda/García Verdu, Rodrigo/Tesliuc, Cornelia/Verner, Dorte: Youth at Risk in Latin America and the Caribbean: Understanding the Causes, Realizing the Potential. Washington, DC: Weltbank 2008. Online: <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/6483> (Stand 11.08.2022).

# Wartende Jugend

## Erwachsenwerden und Migration im afrikanischen Kontext

Volljährig sind sie. Doch die klassischen Merkmale des Erwachsenseins – ökonomische Unabhängigkeit, Familie, ein eigener Haushalt – sind für junge Afrikaner\*innen oft unerreichbar. Auch ein Grund für viele, vor allem junge Männer, den Kontinent zu verlassen und ihre Autonomie in Europa zu suchen.

*Julia Stier*

Jugend ist eine spezifische Phase zwischen Kindheit und Erwachsenenalter. Wer genau zur Jugend gezählt wird, ist allerdings keineswegs statisch – die Definition ist kontextabhängig und zeitlich wie örtlich verschieden. In der African Youth Charter bezeichnet die Afrikanische Union 15- bis 35-Jährige als „Jugend“ oder „junge Menschen“. Diese Definition umfasst eine größere Altersspanne als die der Vereinten Nationen, die nur 15- bis 24-Jährige als „Jugend“ bezeichnen. Sicher ist, dass junge

**„Weltweit verlängert sich die Phase der Jugend auch aufgrund von Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen“**

Menschen demografisch gesehen eine überaus wichtige Rolle auf dem afrikanischen Kontinent spielen. Im Senegal etwa sind über 60 Prozent der Bevölkerung jünger als 24 Jahre, das Durchschnittsalter liegt bei 19,4 Jahren.

Jugend ist keine biologische Kategorie, die sich auf eine bestimmte Altersspanne beziehen lässt. „Jugend“ ist vielmehr eine sozial konstruierte Kategorie. In der Forschung wurde die af-

rikanische Jugend lange als paradox und ambivalent beschrieben: Einerseits gelten die jungen Leute als Akteur\*innen für einen positiven gesellschaftlichen Wandel, andererseits als destruktive Kräfte, die, beispielsweise durch gewaltvolle Jugendrevolten, in der Gesellschaft Schaden anrichten können. Besonders in der Zeit direkt nach der Unabhängigkeit vieler afrikanischer Staaten wurde die Jugend als Hoffnung für die Zukunft konstruiert. Im Laufe der Zeit allerdings wurde die Jugend auch als potentiell gewaltvoller Unruhefaktor für die Gesellschaft und die politischen Systeme gesehen. Diese binäre Sichtweise von Jugend wurde inzwischen von einem diverseren Bild abgelöst.

Wie die Jugend weltweit ist auch die Jugend auf dem afrikanischen Kontinent von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen durch den Kapitalismus und die Globalisierung besonders betroffen. Globale Entwicklungen wirken sich direkt auf junge Menschen und ihre Handlungsspielräume aus und damit auch auf ihre Position in der Gesellschaft. Weltweit verlängert sich die Phase der Jugend auch aufgrund von Bildungsmöglichkeiten für junge Menschen: Der Start ins Berufsleben und die Familiengründung geschehen später im Lebensverlauf. Im afrikanischen Kontext kommt es aufgrund schwieriger wirtschaftlicher Verhältnisse zudem häufig zu einer Verzögerung

beim Erreichen des Erwachsenenstatus und somit zu einer Verlängerung der Jugend. Für dieses Phänomen ist der Begriff „waithood“ entstanden, ein Kofferwort aus „wait“ („warten“) und „adulthood“ („Erwachsenenalter“). Die Ethnologin Alcinda Holwana erklärt den Begriff folgendermaßen:

Waithood ist „dieser verlängerte Zwischenzustand, wenn junge Menschen keinen Zugang zum sozialen Erwachsenenalter erhalten. Ihr chronologisches Alter mag sie als erwachsen definieren, aber es fehlen die sozialen Merkmale: Sie können nicht für ihren Lebensunterhalt sorgen, sind nicht unabhängig, gründen keine Familie, versorgen keine Kinder oder andere Angehörigen, sind keine Steuerzahler. Sie stecken in einem Übergang fest – sie sind weder abhängige Kinder noch selbstständige Erwachsene“. Waithood wird so zum Zustand verlängerter oder gar dauerhafter Jugendlichkeit. Diese Phase wird im Leben vieler junger Afrikaner\*innen immer länger, sie ersetzt langsam das Erwachsenenalter, da viele den Status der ökonomischen Unabhängigkeit nie erreichen.

Die Dauer der waithood ist je nach Schicht, Bildung und Geschlecht unterschiedlich. Menschen mit einer finanziellen Absicherung durch die Familie befinden sich eher kürzer in dieser Phase, während sie bei Hochgebildeten aufgrund der langen Ausbildungszeiten länger andauert. Das Erreichen des Erwachsenenalters

### „Viele junge Menschen sehen Migration als eine Möglichkeit, den sozialen Status des Erwachsen- seins zu erreichen“

von Frauen ist häufig vom Ende der waithood von Männern abhängig, da die Familiengründung nur mit einem „erwachsenen“, also finanziell unabhängigen Mann geschehen kann. Frauen sind zum Zeitpunkt der Eheschließung häufig jünger als die Männer, da Frauen heiraten können, ohne zuvor finanziell unabhängig geworden zu sein, Männer sich hingegen diese Unabhängigkeit erst erarbeiten müssen. Frauen werden also tendenziell eher jünger „erwachsen“.

Im Senegal ist Jugend wie überall sonst auf der Welt ein relationales Konzept. Traditionell exis-



**Julia Stier** ist Doktorandin im TRANSMIT-Projekt der Abteilung *Migration, Integration und Transnationalisierung*. Sie forscht zu westafrikanischer *Migration*, besonders zu senegalesischen und gambischen Migrant\*innen in den Herkunfts- und Aufnahmeländern. [julia.stier@wzb.eu](mailto:julia.stier@wzb.eu)

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

tiert eine gerontokratische Gesellschaftsordnung, in der ältere Menschen mehr Einfluss haben als jüngere. Das bedeutet, dass auch junge Menschen, die wirtschaftlich unabhängig und verheiratet sind, in bestimmten Situationen immer noch zur Jugend gezählt werden können; ein politisches Mitspracherecht beispielsweise kann ihnen abgesprochen werden, wenn Ältere dieses für sich beanspruchen.

Dennoch ist finanzielle Unabhängigkeit für das Erwachsensein zentral. Alcinda Holwana erklärt: „Liggey, das Wort für ‚Arbeit‘ in der senegalesischen Sprache Wolof, wird als zentrales Merkmal für Erwachsensein gefeiert. Die Fähigkeit, zu arbeiten und für sich und andere zu sorgen, definiert den Selbstwert einer Person und ihre Stellung in der Familie und der Gesellschaft. Doch die meisten jungen Menschen im Senegal und anderen afrikanischen Ländern sind nicht in der Lage, die Würde zu erlangen, die mit liggey verbunden ist.“ So versucht die senegalesische Jugend, sich mit kleinen und unregelmäßigen Jobs durchzuschlagen, um über die Runden zu kommen. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch.

In diesem Kontext erhält die Option, das Land zu verlassen, eine zusätzliche Bedeutung. Viele junge Menschen sehen Migration als eine Möglichkeit, ökonomische Unabhängigkeit und den damit verbundenen sozialen Status des Erwachsenseins zu erreichen. In einer Umfrage des TRANSMIT-Projekts (Transnational Perspectives on Migration and Integration), die 2021 im

Senegal durchgeführt wurde, wurden junge Menschen zwischen 15 und 35 Jahren nach ihren Migrationswünschen gefragt. Über 50 Prozent der Befragten äußern starke Migrationswünsche, während nur etwa ein Viertel keinen Wunsch zur Emigration äußert. Diese Antworten bedeuten nicht, dass die Befragten tatsächlich emigrieren werden oder Schritte hierfür unternehmen – 84 Prozent der Befragten beantworten die Frage nach konkreten Migrationsplänen negativ. Die Migrationswünsche sind dennoch hoch.

Migration ist für viele junge Menschen erstrebenswert, weil sie sich erhoffen, dadurch den sozialen Erwartungen der Gesellschaft gerecht zu werden. Gerade von jungen Männern wird erwartet, dass sie ihre Herkunftsfamilien und besonders die Eltern im Alter finanziell unterstützen. Viele junge Männer haben aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse aber große Schwierigkeiten, diesen Erwartungen gerecht zu werden. Die finanzielle Unabhängigkeit vom Elternhaus wird auch als Voraussetzung für die

Heirat gesehen, da traditionell die Männer für den Unterhalt der Ehefrau und der Kinder verantwortlich sind. Migrant\*innen im sozialen Umfeld der jungen Männer dienen als Vorbilder. Viele von ihnen schicken Geld an ihre Familien, bauen ein neues Haus und posten in den sozialen Medien schöne Bilder von ihrem Leben im Ausland. Circa 60 Prozent der Befragten aus dem Senegal geben an, dass sie bereits Migrant\*innen bewundert haben. Durch Migration verändert sich der soziale Status der Einzelnen in der senegalesischen Gesellschaft: Vor der Migration waren sie nur junge Männer, doch durch die Migration und ihre verbesserte finanzielle Situation werden sie zu vollwertigen erwachsenen Mitgliedern der Gesellschaft. Migration bringt also nicht nur ökonomische Vorteile, sie hat auch entscheidenden Einfluss auf die gesellschaftliche Position. Kein Wunder, dass gerade junge Männer so viel Hoffnung ins Auswandern setzen. Migration kann der Weg sein, der prekären Situation im Senegal zu entfliehen und vielleicht sogar selbst als Vorbild zu gelten. ●

## Literatur

Honwana, Alcinda: Youth, Waithood, and Protest Movements in Africa. Lugard Lecture. Lissabon: International African Institute 2013.

Ifekwunigwe, Jayne O.: „Voting with Their Feet“: Senegalese Youth, Clandestine Boat Migration, and the Gendered Politics of Protest“. In: African and Black Diaspora: An International Journal, 2013, Jg. 6, H. 2, S. 218–235.

Prothmann, Sebastian: „Migration, Masculinity and Social Class: Insights from Pikine, Senegal“. In: International Migration, 2018, Jg. 56, H. 4, S. 96–108. DOI: 10.1111/imig.12385.

Willems, Roos: „Local Realities and Global Possibilities: Deconstructing the Imaginations of Aspiring Migrants in Senegal.“ In: Identities, 2014, Jg. 21, H. 3, S. 320–335.

# Nicht immer ein holpriger Start

## Ausbildungsabbrüche haben vielfältige Ursachen

---

Längst nicht alle Jugendlichen beenden eine begonnene Berufsausbildung – etwa ein Fünftel bricht vorher ab. Das muss Eltern, Vorgesetzten und politisch Verantwortlichen aber nicht unbedingt Sorgenfalten auf die Stirn treiben. Mit ihrer Analyse von Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) können die Autorinnen erstmals die Bildungsverläufe der Jugendlichen genauer betrachten. Sie zeigen: In vielen Fällen sind diese Abbrüche normale Suchprozesse, die zu Neuorientierungen führen. Lösungen müssen für jene fünf Prozent der Abbrechenden gefunden werden, die sich dauerhaft von der Berufsausbildung abwenden.

*Anne Christine Holtmann und Heike Solga*

Zwischen Schule und Erwerbsleben steht für viele Jugendliche eine wichtige Übergangsphase: die berufliche Ausbildung. Diese Phase prägt ihr weiteres Leben. Welche Ausbildung junge Menschen aufnehmen können, hängt nicht nur von ihren Interessen ab, sondern auch vom lokalen Angebot an Ausbildungsplätzen. Und nicht immer ist es für sie und ihre Eltern möglich, vorher zu wissen, ob die gewählte Ausbildung wirklich zum richtigen Beruf führt oder am richtigen Ort ist. Junge Menschen müssen ihre ganz individuellen Erfahrungen machen, um einschätzen zu können, wie gut die Passung ist. Suchprozesse und Neuorientierungen sind daher in dieser Übergangsphase nicht nur unvermeidbar, sondern auch begrüßenswert – schließlich haben die Jugendlichen noch ein ganzes Arbeitsleben vor sich.

Obgleich sich die meisten Jugendlichen und ihre Eltern sehr intensiv mit der Berufswahl

und Ausbildungsplatzsuche beschäftigen, unterstützt durch Praktika während der Schulzeit, Berufsorientierungsangebote an der Schule oder bei der Berufsberatung, bedürfen Ausbildungsentscheidungen oft einer späteren Korrektur. Und so kann es vorkommen, dass eine Ausbildung vor ihrem Abschluss abgebrochen wird. In Deutschland wird jeder vierte Ausbildungsvertrag vorzeitig aufgelöst. Gerade bei Jugendlichen mit niedrigen Schulabschlüssen geschieht dies sehr häufig; hier ist es jeder zweite bis dritte Vertrag (39 Prozent). Solche Ausbildungsabbrüche werden häufig als problematisch betrachtet – von den Einzelnen, weil ein fehlender Ausbildungsabschluss das Risiko unsicherer Arbeitsmarkteinsteige und Beschäftigungsverläufe erhöht, und aus volkswirtschaftlicher Sicht, weil der deutsche Arbeitsmarkt einen hohen Bedarf an beruflich Qualifizierten hat.

Ob ein Ausbildungsabbruch allerdings wirklich solche Probleme nach sich zieht, hängt ganz entscheidend davon ab, was danach geschieht: Sind Jugendliche dauerhaft ohne Ausbildung abschluss oder setzen sie eine neue Ausbildung in einem anderen Beruf oder in einem anderen Betrieb fort? Oder nehmen sie gar ein Studium an einer Hochschule auf (falls sie ein Abitur haben)? Ob der Abbruch einer Ausbildung und die Aufnahme einer anderen problematisch ist oder eher ein normaler Suchprozess beim Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt, hängt wesentlich von den Gründen für den Abbruch ab: Abbrüche aufgrund von Leistungsproblemen sind problematischer, weil sie das Risiko mit sich bringen, dass auch die neue Ausbildung abgebrochen wird und die Befreifenden tatsächlich ohne Ausbildungsabschluss bleiben. Anders sieht es bei Abbrüchen aus, die mit Neueinstiegen einhergehen, beispielsweise aufgrund schlechter Ausbildungsbedingungen, wegen Praxiserfahrungen, die zu der Einsicht führen, dass der derzeitige Beruf nicht passt, oder dadurch, dass doch noch eine Ausbildungsstelle im Wunschberuf gefunden wurde. Dies sind ganz normale Suchprozesse am Beginn des Berufslebens oder, im Falle schlechter Ausbildungsbedingungen, individuell wie wirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen, denn in der Ausbildung geht es doch gerade darum, den gewählten Beruf gut erlernen zu können.

Die üblicherweise verwendeten Statistiken zu vorzeitig gelösten Ausbildungsverträgen können all diese Fragen nicht beantworten, da sie



**Heike Solga** ist Direktorin der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB und Professorin für Soziologie mit dem Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung an der Freien Universität Berlin. [heike.solga@wzb.eu](mailto:heike.solga@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

nur Verträge, nicht aber die Bildungsverläufe der Jugendlichen betrachten. Eine Studie zum Saarland mit individuellen Verlaufsdaten von Ausbildungsanfängern und -anfängerinnen des Jahres 2005 zeigt, dass etwa 70 Prozent der Vertragsauflösungen nicht endgültig sind – diese Auszubildenden setzen ihre Ausbildung fort, zumeist allerdings in einem neuen Beruf. Ähnliche Anteile zeigen auch bundesweite Umfragen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) aus den Jahren 2002 und 2005.

Unsere Analysen von Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) zu Jugendlichen, die 2010 die 9. Klasse besucht haben, zeigen Ähnliches – etwa 8 bis 10 Jahre später und unter Berücksichtigung aller Ausbildungen (nicht nur der betrieblichen): Die große Mehrheit (ca. 79 Pro-



**Anne Christine Holtmann** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Sie erforscht unter anderem, warum Jugendliche ohne Mittleren Schulabschluss Schwierigkeiten beim Einmünden in die Berufsausbildung haben. [anne.holtmann@wzb.eu](mailto:anne.holtmann@wzb.eu)  
Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

**„Nur fünf Prozent aller, die eine Berufsausbildung anfangen, brechen sie dauerhaft ab“**

zent) der 4.575 befragten Auszubildenden schließt ihre erste Berufsausbildung erfolgreich ab – das ist weit mehr als bei Bachelor-Studierenden an deutschen Universitäten. Etwa 21 Prozent brechen also ihre erste Ausbildung ab. Werden sie genauer betrachtet, zeigt sich: Für mehr als die Hälfte dieser Jugendlichen folgt eine betriebliche Ausbildung in einem neuen Beruf (49 Prozent der Abbrüche) oder



Kopfsprung ins kalte Wasser am Strand von Tel Aviv.  
Foto: © Jörg Brüggemann/OSTKREUZ,  
alle Rechte vorbehalten.

ein Studium (ca. 8,5 Prozent). Weitere 17 Prozent werden in einem neuen Betrieb ausgebildet. Ein Viertel der Auszubildenden, die eine Ausbildung abbrechen, beginnen nicht innerhalb des nächsten Jahres eine neue Ausbildung oder ein Studium. Das heißt, letztlich brechen nur 5 Prozent der Ausbildungsanfänger und -anfängerinnen ihre Berufsausbildung dauerhaft ab.

Betrachtet über alle Ausbildungabbrüche ist die mit großem Abstand häufigste Ursache, dass die begonnene Ausbildung nicht dem gewünschten Ausbildungsberuf entspricht. Danach folgen die Unzufriedenheit mit der Ausbildung und der Ausbildungsvergütung, anschließend fehlende Kompetenzen in Mathematik oder Lesen sowie Persönlichkeitseigenschaften (z. B. Gewissenhaftigkeit, Verträglichkeit, prosoziales Verhalten, Hartnäckigkeit in der Zielverfolgung) und schließlich ein niedriger Schulabschluss und schlechtere Schulnoten. Letztere führen häufig zu eingeschränkten Wahlmöglichkeiten sowohl hinsichtlich der Ausbildungsberufe als auch der Ausbildungsbetriebe und können daher – über Kompetenzen hinaus – zu Fehlplatzierungen und damit Abbrüchen führen. Insgesamt spielen die integrationsbezogenen Parameter (wie Wunschberuf und Zufriedenheit) eine größere Rolle für Abbrüche als die leistungsrelevanten Parameter. Für jene, die eine betriebliche Ausbildung machen, zeigt sich, dass betriebliche Merkmale wie die Betriebsgröße, die Anzahl der Auszubildenden oder die direkte Einbindung in Arbeitsprozesse eine ähnlich hohe Bedeutung haben wie die Unzufriedenheit mit der Ausbildung und der Ausbildungsvergütung, aber eine deutlich geringere als die Ausbildung im Wunschberuf.

Hinsichtlich der unterschiedlichen Verläufe nach einem Abbruch wird deutlich, dass vor allem eine Ausbildung, die nicht dem Wunschberuf entspricht, gefolgt von der Unzufriedenheit mit der Ausbildung, zu einem Wechsel in einen anderen Ausbildungsberuf oder in die Aufnahme eines Studiums führt. Der Wechsel in einen anderen Betrieb sowie der Abbruch ohne (zumindest zeitnahen) Neueinstieg ist vor allem durch Leistungsprobleme sowie die Unzufriedenheit mit der Ausbildung verursacht.

Interessanterweise verringert eine zuvor absolvierte berufsvorbereitende Maßnahme das Risiko eines Abbruchs (wenn Jugendliche mit ansonsten gleichen individuellen sowie Ausbil-

dungsmerkmalen miteinander verglichen werden). Das widerspricht vorliegenden Befunden, die allerdings nicht sicherstellen können, dass es keine Unterschiede bei Kompetenzen und Persönlichkeitseigenschaften gibt (was die NEPS-Daten möglich machen).

Die vorzeitige Beendigung der ersten Ausbildung erfolgt vor allem im ersten Jahr – 72 Prozent der Abbrüche finden in diesem Zeitraum statt. Korrekturen und Neuorientierungen werden also schnell vorgenommen. Dies gilt insbesondere für Wechsel in neue Berufe (durch neue Ausbildung oder Studium), während tatsächliche Abbrüche oder der Wechsel in einen anderen Ausbildungsbetrieb häufiger nach dem ersten Ausbildungsjahr erfolgen.

## „In den meisten Fällen sind Abbrüche frühe Neujustierungen und damit normale Suchprozesse“

Für frühe Abbrüche hat der Wunschberuf der Jugendlichen die mit weitem Abstand größte Bedeutung, gefolgt von der Unzufriedenheit mit der Ausbildung und der Ausbildungsvergütung. Leistungsprobleme spielen demgegenüber eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Bei den Abbrüchen nach dem ersten Jahr ist es genau umgekehrt: Hier sind leistungsrelevante Parameter (wie der erreichte Schulabschluss, Kompetenzen in Mathematik und Lesen und Persönlichkeitseigenschaften) von besonderer Bedeutung.

Unsere Auswertungen zeigen deutlich, dass ein Ausbildungabbruch nicht immer das Ende der Bildungsbeteiligung bedeutet. In den meisten Fällen handelt es sich nicht um einen dauerhaften Abbruch, sondern um eine Neuorientierung der Jugendlichen, eine Verwirklichung des eigentlichen Berufswunschs oder eine Verbesserung der Ausbildungsbedingungen, die mit der Aufnahme einer anderen Ausbildung (oder teilweise eines Studiums) verbunden sind. In den meisten Fällen sind es frühe Neujustierungen und damit normale Suchprozesse beim Übergang ins Erwerbsleben. Dies sollte positiv bewertet werden: Jugendliche sollen schließlich einen Beruf ergreifen, an dem sie wirklich langfristig interessiert sind, und sie sollen eine qualitativ gute Ausbildung erhalten.

Problematisch sind dagegen jene Ausbildungsabbrüche, die nicht mit einer beruflichen Neuorientierung einhergehen und damit eher dauerhafter Natur sind. Diese werden vor allem durch Leistungsprobleme verursacht und finden eher später statt. Dies zeigt, dass sowohl vor als auch während der Ausbildung zu wenig individuelle Unterstützung erfolgt ist. Diese Jugendlichen haben damit – ähnlich wie jene, denen gar kein Einstieg in eine Ausbildung gelingt – ein sehr hohes Risiko prekärer Beschäftigungsbiografien. Beide Gruppen zusammen machen immerhin ca. 15 Prozent einer Geburtskohorte aus – wir sprechen also von jedem sechsten bis siebten jungen Erwachsenen.

Beides, der fehlende Zugang zur Ausbildung sowie dauerhafte Ausbildungsabbrüche sind nicht nur ein individuelles Problem, sondern auch eine gesellschaftliche Herausforderung.

Kleiner Teil einer Lösung können berufsvorbereitende Maßnahmen sein. In früheren Studien konnten wir zeigen, dass diese für Jugendliche, insbesondere wenn sie niedrige Schulabschlüsse haben, durchaus vorteilhaft sein können: Die Maßnahmen erhöhen nicht nur die Wahrscheinlichkeit, dass Jugendliche einen Ausbildungsplatz (häufiger auch im Wunschberuf) finden, sondern auch, dass sie ihre Ausbildungen erfolgreich abschließen. ●

## Literatur

Ehlert, Martin/Holtmann, Anne Christine/Menze, Laura/Solga, Heike: „Besser als ihr Ruf. Übergangsmaßnahmen erhöhen Ausbildungschancen bei leistungsschwachen Jugendlichen“. In: WZB-Mitteilungen, 2018, H. 162, S. 44-46.

Holtmann, Anne Christine/Ehlert, Martin/Menze, Laura/Solga, Heike: „Improving Formal Qualifications or Firm Linkages – What Supports Successful School-to-Work Transitions among Low-achieving School Leavers in Germany?“ In: European Sociological Review 2021, Jg. 37, H. 2, S. 218-237.

Menze, Laura/Solga, Heike/Pollak, Reinhard: „Long-term Scarring from Institutional Labelling: The Risk of NEET of Students from Schools for Learning Disability in Germany“. In: Acta Sociologica, 2022. DOI: 10.1177/00016993221114257.

# Weniger Ungleichheit durch Beratung

## Individuelle Förderung hilft, sozial vor-gezeichnete Bildungspfade zu verlassen

Trotz steigender Studierendenquoten in Deutschland ist die Wahrscheinlichkeit, dass junge Menschen ein Studium aufnehmen, viel höher, wenn ihre Eltern auch schon studiert haben. Um diese Bildungsungleichheit abzubauen, werden seit einigen Jahren vermehrt individuelle Beratungsprogramme gefördert. Ein Forschungsprojekt hat genau hingeschaut – und kann die Wirkung eines solchen Programms belegen.

*Melinda Erdmann, Irena Pietrzyk, Juliana Schneider, Marcel Helbig und Marita Jacob*

Der Anteil junger Menschen mit Abitur steigt kontinuierlich. Dennoch bleibt das deutsche Bildungssystem durch starke soziale Ungleichheit beim Übergang in die Hochschulbildung geprägt. Die Entscheidung, ob junge Menschen nach dem Abitur studieren oder eine berufliche Ausbildung beginnen, ist weiterhin maßgeblich davon bestimmt, welchen Bildungsabschluss ihre Eltern haben: Abiturient:innen aus Nichtakademikerhaushalten nehmen selbst bei guten Noten seltener ein Studium auf als Abiturient:innen aus Akademikerfamilien. Diese anhaltende Ungleichheit widerspricht der Forderung nach Chancengleichheit. Viele junge Menschen können ihre Potenziale so nicht voll ausschöpfen.

Um dieser Ungleichheit entgegenzuwirken, wurden in den letzten Jahren vermehrt Unterstützungsprogramme verschiedener Art angeboten, meist in einer späten Phase der schulischen Laufbahn. Diese variieren zwischen kurzen Workshops und längerer individueller

Beratung. Trotz des breiten Angebots liegen jedoch relativ wenig Befunde über deren Wirkung vor – dies gilt insbesondere für intensive und individuelle Programme. Gesicherte Aussagen über die Wirkung sind meist nur mit aufwendigen und langfristigen Forschungsvorhaben möglich, zum Beispiel mit experimentellen und längsschnittlichen Untersuchungen. Denn die anvisierten Ziele der Programme, wie etwa der Studien- beziehungsweise Ausbildungserfolg, zeigen sich meist viel später.

Im Rahmen des Projekts „Zukunfts- und Berufspläne vor dem Abitur“ (ZuBAb) konnte ein solches Forschungsvorhaben umgesetzt werden. Wir hatten die Möglichkeit, ein bereits existierendes intensives Beratungsprogramm für Schüler:innen der gymnasialen Oberstufe in Nordrhein-Westfalen, das „NRW-Talentscouting“, experimentell und über einen längeren Zeitraum zu untersuchen. Unsere zentralen Untersuchungsfragen waren von den Zielen des Beratungsprogramms geleitet: Wir wollten

wissen, inwiefern eine intensive Beratung mehr junge Menschen ohne akademisch gebildete Eltern für ein Studium begeistern kann

**„Wir wollten wissen,  
inwiefern eine intensive  
Beratung mehr junge  
Menschen ohne akade-  
misch gebildete Eltern  
für ein Studium  
begeistern kann“**

und ob das Programm dadurch die soziale Ungleichheit beim Übergang zum Studium verringert.

Um diese Fragen zu beantworten, begleiteten wir junge Menschen des Abiturjahrgangs 2019 in NRW über einen längeren Zeitraum und befragten sie in verschiedenen Stadien ihrer Bildungslaufbahn – von der Schule bis zum nachschulischen Bildungsweg. Zudem wurde einem Teil dieser Schüler:innen die Teilnahme am intensiven Beratungsprogramm angeboten, das wir wissenschaftlich begleiteten. Dies war Teil des experimentellen Studiendesigns, mit dem wir verlässliche kausale Schlüsse über die Wirkung des Programms ziehen konnten. Konkret wurden hierfür Schüler:innen zufällig einer Kontrollgruppe (Personen, die nicht am Beratungsprogramm teilnahmen) oder einer Experimentalgruppe (Personen, die an der Beratung teilnahmen) zugewiesen. Durch die zufällige Zuordnung war die Vergleichbarkeit der Gruppen sehr hoch. Wir konnten so sicherstellen, dass der gefundene Effekt auf dem Programm und nicht auf anderen Faktoren beruht. Ohne eine zufällige Zuordnung könnten Jugendliche, die ein Studium aufnehmen wollen, öfter an einer Beratung teilnehmen als unentschlossene Jugendliche. Ein Vergleich zwischen diesen beiden Gruppen würde dann suggerieren, dass die Personen durch die Beratung einen Studienwunsch entwickelt hätten. Dies wäre aber ein Fehlschluss, da das Ergebnis eher auf die höhere Teilnahmebereitschaft zurückzuführen wäre. Ein solcher sogenannter Selbstselektions-Bias soll durch die zufällige Zuordnung verhindert werden.

Unsere ersten Ergebnisse waren ernüchternd. So zeigte sich direkt nach dem Abitur, also zum Zeitpunkt der ersten Möglichkeit, ein Studium aufzunehmen, kein Effekt der intensiven Beratung auf die nachschulische Bildungsentscheidung von jungen Menschen ohne akademisch gebildete Eltern. Beratene Personen entschieden sich direkt nach dem Abitur nicht anders als Personen, die keine Beratung erhalten hatten. Dieses Bild änderte sich aber entscheidend, als wir die gesamte Gruppe ein Jahr später noch einmal zu ihren aktuellen Bildungswegen befragten. Eineinhalb Jahre nach dem Abitur konnten wir deutliche Unterschiede zwischen den zwei Gruppen erkennen. Zu diesem Zeitpunkt förderte die intensive Beratung durch-

tung auf die nachschulische Bildungsentscheidung von jungen Menschen ohne akademisch gebildete Eltern. Beratene Personen entschieden sich direkt nach dem Abitur nicht anders als Personen, die keine Beratung erhalten hatten. Dieses Bild änderte sich aber entscheidend, als wir die gesamte Gruppe ein Jahr später noch einmal zu ihren aktuellen Bildungswegen befragten. Eineinhalb Jahre nach dem Abitur konnten wir deutliche Unterschiede zwischen den zwei Gruppen erkennen. Zu diesem Zeitpunkt förderte die intensive Beratung durch-

**„Eineinhalb Jahre nach  
dem Abitur konnten wir  
deutliche Effekte der  
Beratung erkennen“**

aus die Aufnahme eines Studiums bei Schüler:innen ohne akademisch gebildete Eltern. Diese Personen nahmen zu 8 Prozentpunkten häufiger ein Studium auf als Personen ohne akademisch gebildete Eltern, die nicht am Beratungsprogramm teilgenommen hatten.

Mit dieser Erkenntnis ist jedoch noch nicht die Frage beantwortet, ob mit einer intensiven Beratung die soziale Ungleichheit reduziert wird. Zwar haben wir gesehen, dass die Studienaufnahmekquote für Schüler:innen ohne akademisch gebildete Eltern zunahm. Von einer Verringerung der sozialen Bildungsungleichheit kann allerdings erst gesprochen werden, wenn sich der Abstand zwischen dem Anteil der studierenden Menschen in der Gruppe mit und in der Gruppe ohne akademisch gebildete Eltern reduziert. Daher haben wir uns den Programmeffekt auch für die jungen Menschen anschaut, die eigentlich nicht im Fokus des Programms standen, aber dennoch nicht grundsätzlich davon ausgeschlossen sind: junge Menschen mit akademisch gebildeten Eltern. Unsere Analysen zeigten sehr interessante Ergebnisse.

Um uns ein Bild davon zu machen, wie groß die Bildungsungleichheit beim Übergang zum Studium ohne die individuelle Beratung war, betrachteten wir die unterschiedlichen Studienquoten von jungen Menschen mit und ohne akademisch gebildete Eltern aus unserer Kontrollgruppe. Wir fanden einen beachtlichen Unterschied von 21 Prozentpunkten bei den Jugendlichen ohne Beratung. Unter diesen unterschieden sich 77 Prozent der Personen mit



Beratung hilft: Das NRW-Talentscouting begleitet Schülerinnen und Schüler bei der Studien- bzw. Berufswahl. Junge Menschen, die nicht aus Akademikerhäusern kommen, werden dadurch nachweislich zum Studium ermutigt. Eine ähnliche Zielsetzung verfolgt die gemeinnützige Organisation ArbeiterKind.de – hier drei Ehrenamtliche, die am eigenen Beispiel zeigen, dass ein Studium auch ohne familiäre Vorbilder gelingen kann.

Foto: © ArbeiterKind.de, alle Rechte vorbehalten.

akademisch gebildeten Eltern und 56 Prozent ohne akademisch gebildete Eltern für ein Studium. Dieser Unterschied übertraf sogar die Werte, die wir bisher aus der Forschung mit empirischen Daten kannten. In der Gruppe der Personen, die eine individuelle Beratung erhalten hatten, war dieser Unterschied sehr viel kleiner. Denn interessanterweise führte die Beratung nicht nur dazu, dass junge Menschen ohne akademisch gebildete Eltern häufiger ein

**„Die Beratung führte auch dazu, dass sich junge Menschen mit akademisch gebildeten Eltern häufiger für eine Ausbildung entschieden“**

Studium aufnahmen, sondern auch dazu, dass sich junge Menschen mit akademisch gebildeten Eltern häufiger für eine Ausbildung entschieden. Der Unterschied bei der Studienaufnahme zwischen den sozialen Gruppen in der Experimentalgruppe wurde insgesamt auf 6 Prozentpunkte verringert, was eine verhältnis-

mäßige Reduktion um über 70 Prozent darstellt. Die individuelle Beratung führte also nicht insgesamt zu einer höheren Studierendenquote, vielmehr veränderte sich nur die soziale Zusammensetzung der Personen, die sich für ein Studium oder für eine Ausbildung entschieden.

Ob diese positive Entwicklung langfristig auch den Effekt hat, dass das aufgenommene Studium abgeschlossen wird, können wir zum aktuellen Zeitpunkt nicht beantworten. Jedoch weisen detaillierte Analysen der Abiturnoten – die in einem starken Zusammenhang mit dem Studienerfolg stehen – auf eine gute Prognose hin. Auf der einen Seite waren es vor allem junge Menschen mit überdurchschnittlich guten Abiturnoten aus Familien ohne akademische Erfahrung, die sich häufiger für ein Studium entschieden. Auf der anderen Seite haben Personen mit akademisch gebildeten Eltern sich eher für eine Ausbildung entschieden, wenn ihre Abiturnoten unter dem Durchschnitt lagen. Unser Resümee ist, dass eine individuelle und intensive Beratung, wie sie in NRW durchgeführt wird, sowohl junge Menschen ohne akademisch gebildete Eltern stärker für ein Studium motiviert als auch die soziale Un-

gleichheit beim Übergang zur Hochschule reduziert. Da die Beratung auch die Bildungsentscheidung von Personen mit akademisch gebildeten Eltern beeinflusst hat, entkoppelte das Programm für alle sozialen Gruppen die nach-

## „Das Programm entkoppelte für alle sozialen Gruppen die nachschulische Bildungsentscheidung von der sozialen Herkunft“

schulische Bildungsentscheidung von der sozialen Herkunft. Dies erreichte die Beratung, indem sich die jungen Menschen stärker ihren Potenzialen entsprechend für ein Studium oder eine Ausbildung entschieden.

Neben diesen zentralen Erkenntnissen zeigt unsere Studie, dass die positive Wirkung des Programms nur aufgrund der langfristig angelegten wissenschaftlichen Begleitung erkannt werden konnte. Ein halbes Jahr nach dem Abitur zeigte sich noch kein Programmeffekt. Offensichtlich bilden sich die sozialen Ungleichheiten beim Studienübergang in Deutschland erst ein Jahr nach dem Abitur heraus. Ohne den langen Atem von Politik und Wissenschaft hätten wir also die Programmeffekte nicht entdecken können. ●

**Melinda Erdmann** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am WZB in der Forschungsgruppe der Präsidentin im Projekt „Zukunfts- und Berufspläne vor dem Abitur“ (ZuBAb). [melinda.erdmann@wzb.eu](mailto:melinda.erdmann@wzb.eu)

**Irena Pietrzyk** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie (ISS) im Projekt „Zukunfts- und Berufspläne vor dem Abitur“ (ZuBAb) und Gastwissenschaftlerin am WZB in der Forschungsgruppe der Präsidentin. [irena.pietrzyk@wzb.eu](mailto:irena.pietrzyk@wzb.eu)

**Juliana Schneider** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität zu Köln am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie (ISS) im Projekt „Zukunfts- und Berufspläne vor dem Abitur“ (ZuBAb) und Gastwissenschaftlerin am WZB in der Forschungsgruppe der Präsidentin. [juliana.schneider@wiso.uni-koeln.de](mailto:juliana.schneider@wiso.uni-koeln.de)

**Marcel Helbig** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe der Präsidentin am WZB und Arbeitsbereichsleiter „Strukturen und Systeme“ am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIfBi) in Bamberg. [marcel.helbig@wzb.eu](mailto:marcel.helbig@wzb.eu)

**Marita Jacob** lehrt an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät am Institut für Soziologie und Sozialpsychologie (ISS) der Universität zu Köln. Sie ist Prodekanin für Akademische Karriere der WiSo-Fakultät. [marita.jacob@uni-koeln.de](mailto:marita.jacob@uni-koeln.de)

## Literatur

Erdmann, Melinda/Pietrzyk, Irena/Helbig, Marcel/Jacob, Marita/Stuth, Stefan: „Können intensive Beratungsprogramme soziale Ungleichheit beim Übergang in die Hochschule reduzieren? Ergebnisse eines Feldexperiments“. In: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 2022, Jg. 48, H. 1, S. 137-162. Online: <https://www.econstor.eu/handle/10419/251280> (Stand: 23.08.2022).

Erdmann, Melinda/Pietrzyk, Irena/Schneider, Juliana/Helbig, Marcel/Jacob, Marita/ Allmendinger, Jutta: Bildungsungleichheit nach der Hochschulreife – das lässt sich ändern. Eine Untersuchung der Wirksamkeit eines intensiven Beratungsprogramms 1,5 Jahre nach dem Abitur. Discussion Paper P 2022-002. Berlin: WZB 2022. Online: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2022/p22-002.pdf> (Stand: 03.02.2022).

# Azubis und die Automatisierung

## Berufsausbildungen bereiten unterschiedlich gut auf den Arbeitsmarkt der Zukunft vor

---

Wer heute eine Ausbildung im Leichtflugzeugbau macht, hat mit einem Curriculum aus dem Jahr 1986 zu tun. Maßgebliche Entwicklungen der letzten drei Jahrzehnte, allen voran die Digitalisierung, haben hier keinen Niederschlag gefunden – die Verantwortung einer zeitgemäßen Ausbildung liegt so bei den einzelnen Betrieben oder bei den einzelnen Auszubildenden und ihrer Fortbildungsmotivation. Dieses Bild ist freilich nicht in allen Bereichen dasselbe. International vergleichende Studien untersuchen, welche Rolle Automatisierung und Digitalisierung für verschiedene Berufe spielen und was das für die jeweiligen Ausbildungsgänge bedeuten sollte.

*Alexander Dicks*

**N**eue Technologien machen es möglich, dass mittlerweile viele Tätigkeiten in verschiedenen Berufen von Robotern und Algorithmen übernommen werden können. Vor allem in den Bereichen der Sensorik und des maschinellen Lernens gab es bedeutende Entwicklungen. In der Vergangenheit war Automatisierung zumeist auf manuelle Routinetätigkeiten beschränkt – zum Beispiel die Montage von immergleichen Bauteilen durch Roboter. Mittlerweile können aber auch komplexere Tätigkeiten automatisiert werden. Doch die Automatisierung von Tätigkeiten und Berufen löst nicht nur Vorfreude aus. Verbreitet ist auch die Angst vor Massenarbeitslosigkeit und wachsender sozialer Ungleichheit. Angst vor dem Fortschritt ist nicht neu. Schon im beginnenden 19. Jahrhundert, in den Anfangszeiten der industriellen Revolution, zerstörten Textilarbeiter\*innen, die sich (nach ih-

rem fiktiven Anführer) „Ludditen“ nannten, die neuen Webstühle, deren Konkurrenz sie fürchteten. Ob solche Befürchtungen auch heute berechtigt sind, wird die Zeit zeigen. Gerade für junge Leute, die am Anfang ihrer Karriere stehen, ist es allerdings wichtig, diese Entwicklungen zu beobachten. Denn auf dem Arbeitsmarkt sind es vor allem die Berufseinsteiger\*innen, die Krisen und Veränderungen als Erstes zu spüren bekommen. Sie sind die „Outsider“, die sich gegenüber den unbefristet und tariflich angestellten „Insidern“ erst noch behaupten müssen.

Deutschland hat dabei ein potenzielles Ass im Ärmel: die duale Ausbildung. In Deutschland nimmt die Berufsbildung einen herausragenden Stellenwert ein. Berufsbildung im Allgemeinen, und das deutsche System im Speziellen, werden oft als Garant für eine erfolgreiche

Arbeitsmarktintegration junger Menschen gesehen: Schon lange hat Deutschland, zusammen mit anderen Ländern mit starken Berufsbildungssystemen wie Österreich oder den Niederlanden, im europäischen Vergleich die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit. Als einer der Hauptgründe für den gut funktionierenden Übergang von der Ausbildung in den Beruf wird vielfach die enge Verknüpfung von schulischer und betrieblicher Ausbildung genannt. Diese Verbindung zwischen der Ausbildung und dem späteren Beruf ist zweifellos wichtig. Allerdings ist er bei manchen Ausbildungen

## „Wer spezifischer ausgebildet ist, kann weniger gut auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt reagieren“

stärker ausgeprägt als bei anderen. Ausgebildete Gärtner\*innen zum Beispiel werden häufiger ähnliche Tätigkeiten durchführen und auch häufiger in ihrem ursprünglichen Ausbildungsberuf arbeiten als etwa Industriekaufleute, deren Aufgaben je nach Branche und Betrieb sehr unterschiedlich ausfallen können. In verschiedenen Studien wurde gezeigt, dass Absolvent\*innen von spezifischeren Ausbildungen (die also auf wenige spezifische Berufe vorbereiten), bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben als Absolvent\*innen von weniger spezifischen Ausbildungen (die auf viele verschiedene Berufe vorbereiten). Doch genau diese anfängliche Stärke könnte zum Verhängnis werden. Denn Auszubildende aus spezifischen Ausbildungen können in der Regel weniger gut auf Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt reagieren. Für das duale Ausbildungssystem bedeutet das, dass abgewogen werden muss: Die Verknüpfung von Ausbildung und Beruf und die Übermittlung von beruflichen Fähigkeiten muss stark genug sein, um den Auszubildenden einen guten Karrierestart zu ermöglichen. Gleichzeitig muss die Ausbildung aber auch genügend allgemeinbildende Elemente beinhalten, damit gute Grundlagen für lebenslanges Lernen geschaffen werden. Dieses Spannungsfeld ist so alt wie das Ausbildungssystem. Immer wieder werden, polemisch zugespitzt, jene Auszubildende, die „keinen Hammer halten können“ (also zu wenig spezifische Fähigkeiten haben), jenen gegenübergestellt, die am kleinen Ein-



Alexander Dicks ist Postdoc in der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel (NEPS): Berufsbildung und lebenslanges Lernen. Zuvor war er am Research Centre for Education and the Labour Market (ROA) der Maastricht University in den Niederlanden. [alexander.dicks@wzb.eu](mailto:alexander.dicks@wzb.eu)

Foto: © WZB/privat, alle Rechte vorbehalten.

maleins scheitern (also zu wenig allgemeine Fähigkeiten haben).

Neben einer klugen Positionierung in diesem Spannungsfeld spielt für die Zukunftssicherheit von Ausbildungen noch ein anderer Aspekt eine Rolle. Gerade für beruflich-spezifische Ausbildungen ist es denkbar, dass Absol-

## „Nur 46 der 318 Ausbildungen wurden mindestens einmal in einem größeren Umfang aktualisiert“

venten Probleme bekommen, eine zu ihrer Ausbildung passende Anstellung zu erlangen, wenn mehr oder weniger veraltete Fähigkeiten und Lehrpläne gelehrt wurden. Daher ist es wichtig, diese kontinuierlich zu aktualisieren. Eine erste Auswertung von Daten der Ausbildungsordnungen in Deutschland seit 1981 zeigt, dass von 318 Ausbildungsordnungen 136 zuletzt zwischen 1981 und 2005 aktualisiert wurden. Bei den Ausbildungen, die mindestens einmal aktualisiert wurden, lagen im Durchschnitt 3,7 Jahre zwischen den Aktualisierungen. Dabei ist zu beachten, dass Aktualisierung nicht gleich Aktualisierung ist. Sie können sich vielmehr im Inhalt wie auch im Umfang unterscheiden. Nur 46 der 318 Ausbildungen wurden mindestens einmal in einem größeren Umfang

aktualisiert. Fünf Ausbildungen allerdings wurden gleich zweimal aktualisiert: Biologielaborant\*in, Chemielaborant\*in, Lacklaborant\*in, Kaufmann/-frau im Gesundheitswesen und Veranstaltungskaufmann/-frau. Andere Ausbildungen wurden seit ihrer Einführung 1981 nicht mehr aktualisiert, zum Beispiel die Ausbildung zur/zum Destillateur\*in. Seit der Einführung 1986 nicht mehr aktualisiert wurde zum Beispiel die Ausbildung zum/zur Leichtflugzeugbauer\*in. Es ist zu bezweifeln, dass diese Berufe nicht von Digitalisierung und Automatisierung betroffen sind. Moderne Fertigungstechniken wie der 3-D-Druck im Flugzeugbau, der Umgang mit automatisierten Warenbestandssystemen oder Sensorik in der Getränkeherstellung sind reale Entwicklungen, die in Rahmenlehrplänen und Ausbildungsordnungen thematisiert werden sollten. Doch so liegt die Verantwortung, diese neuen Technologien den Auszubildenden zu vermitteln, einzig bei den einzelnen Betrieben und Ausbilder\*innen. Das erzeugt Ungleichheiten zwischen den Auszubildenden.

Erste Ergebnisse eines internationalen Forschungsprojekts zur Rolle von Automatisierung auf dem Arbeitsmarkt deuten darauf hin, dass Absolvent\*innen von Ausbildungen, die auf Berufe mit höherem Automatisierungsrisiko vorbereiten, beim Berufseinstieg niedrigere Gehälter verdienen. Das Automatisierungsrisiko wurde in diesem Kontext mithilfe von Sekundärdaten aus verschiedenen Studien gemessen. Je nach Methodik versuchen diese vorherzusagen, wie sehr technologische Entwicklungen verschiedene Berufe beeinflussen. Absolvent\*innen solcher Ausbildungen finden zwar gleich häufig eine Anstellung, aber das kann sich in der Zukunft und beeinflusst durch externe Krisen ändern. Gerade für junge Menschen, denen eine schulische Ausbildung schwerfällt, dient die berufliche Ausbildung häufig als eine Art Sicherheitsnetz. Mehr Aufmerksamkeit für die Zukunftssicherheit von Ausbildungen ist deshalb gefragt, um jungen Menschen auch in Zukunft die besten Voraussetzungen für den Start in ihr Arbeitsleben zu bieten. ●

## Literatur

Bundesagentur für Arbeit: Digitalisierungsthemen – Leichtflugzeugbauer/in. Berufenet 2022. Online: <https://berufenet.arbeitsagentur.de/berufenet/faces/index?path=null/kurzbeschreibung/digitalisierung&dkz=4559> (Stand 22.08.2022).

Bihagen, Erik/Dicks, Alexander/Ehlert, Martin/Härkönen, Juho/Korpi, Tomas/Künn-Nelen, Annemarie/Menze, Laura/Montizaan, Raymond/Pöyilö, Heta: Skills, Automation, and Earnings: Employment on Technology Driven Labor Markets. TECHNEQUALITY. Version 3 02 02 2021.<https://technequality-project.eu/files/d22fdskillsautomationandearningsv30pdf>

Lindbeck, Assar/Snowe, Dennis J.: „Insiders versus Outsiders“. In: Journal of Economic Perspectives, 2001, Jg. 15, H. 1, S. 165-188. DOI: 10.1257/jep.15.1.165.

Vogtenhuber, Stefan: „The Impact of Within Country Heterogeneity in Vocational Specificity on Initial Job Matches and Job Status“. In: Journal of Vocational Behavior, 2014, Jg. 85, H. 3, S. 374-384. DOI: 10.1016/j.jvb.2014.08.012.

# Sex, Politik und Familie

## Sinn und Unsinn abstinenzbasierter Sexualerziehung

---

In den USA wird um die richtige Sexualerziehung gerungen, um Schwangerschaften von Teenagern zu verhindern. Erziehung zur Enthaltsamkeit steht einer umfassenden Sexualerziehung gegenüber. Welchen Einfluss aber hat die unterschiedliche Ausgestaltung des Sexualkundeunterrichts auf die Familienverläufe junger Menschen? Ein wichtiger Befund, der gegen die Anleitung zur Abstinenz spricht: Reproduktive Autonomie wird durch Aufklärung über Verhütung gefördert.

*Hannah Zagel und Zachary Van Winkle*

Über Sexualerziehung und die Frage, inwieweit sie für die Familiengründung junger Menschen bedeutsam ist, wird in den Vereinigten Staaten heftig gestritten. Dort ist die Verringerung früher und außerehelicher Elternschaft ein wichtiges politisches Ziel. Zwar ist der Anteil sogenannter Teengerschwangerschaften, das heißt der Schwangerschaften von Frauen unter 20 Jahren, seit den 1990er-Jahren rückläufig, doch verglichen mit anderen westlichen Industrieländern ist er noch immer hoch. Die Folgen sind hohe soziale Kosten für Individuum und Gesellschaft, weil beispielsweise die soziale Mobilität der Mütter eingeschränkt und ihre Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen erhöht wird. Da Sexualerziehung als mögliche politische Interventionsmöglichkeit gilt, hat die bisherige Forschung ihre Auswirkungen auf die fröhle Elternschaft in den Fokus genommen.

Aber welche Rolle spielt Sexualerziehung für Familienverläufe über die fröhle Schwangerschaft hinaus? Da die Geburt von Kindern nur eines von vielen Ereignissen im Lebenslauf einer jungen Familie ist, berücksichtigen wir in unserer Untersuchung auch andere As-

pekte, zum Beispiel den Auszug junger Erwachsener aus dem Elternhaus, das Zusammenleben in einer Paarbeziehung oder die Heirat. Wir untersuchen, wie sich die Familienverläufe junger Menschen in den USA je nach Ausgestaltung der Politik der Sexualerziehung unterscheiden.

Bei den Familienverläufen 15- bis 25-jähriger Amerikaner\*innen, die in den 1980er- und 1990er-Jahren geboren wurden, konnten wir vier Hauptformen feststellen. Die Mehrheit,

**„Die Mehrheit der  
15- bis 25-Jährigen in  
den USA lebt bei den  
Eltern“**

etwa 50 Prozent, lebt während dieses Lebensabschnitts im elterlichen Haushalt. Die Größe der Gruppe könnte sich damit erklären lassen, dass viele junge Erwachsene noch bei ihren Eltern wohnen, weil sie die Universität besuchen. Andere fröhle Familienmuster betreffen zwischen 13 und 17 Prozent der Geburtskohorten: Die zweite Gruppe junger Erwachsener

zieht aus dem Elternhaus aus und lebt in eigenen Haushalten; die dritte Gruppe junger Menschen zieht aus dem Elternhaus aus, wenn sie heiraten, und bekommt dann innerhalb der Ehe Kinder. Die vierte Gruppe umfasst junge Erwachsene, die ein Kind bekommen, während sie noch bei ihren Eltern leben, und dann als Alleinerziehende das Elternhaus verlassen.

In zwei von vier Typen früher Familienverläufe führt also sexuelle Aktivität zur Elternschaft: Elternschaft in der Ehe und Elternschaft im Elternhaus. Dies betrifft rund ein Drittel der jungen Amerikaner\*innen. Aber wie hängen diese Lebensverläufe mit der Sexualerziehung zusammen?

Familienverläufe sind das Ergebnis individueller Reproduktionsprozesse, die unter Rückgriff auf reproduktives Wissen und im Rahmen der verfügbaren Handlungsoptionen ausgehandelt werden. Die meisten jungen Menschen werden im Teenageralter sexuell aktiv. In den USA hatten schätzungsweise 20 Prozent im Alter von 15 Jahren bereits den ersten Geschlechtsverkehr; bis zum Alter von 18 Jahren sind es 60 Prozent. Wie sich die sexuelle Aktivität auf Fertilität und die reproduktive Gesundheit auswirkt, hängt von den Möglichkeiten und Ressourcen ab, die den jungen Erwachsenen zur Verfügung stehen. Diese werden unter anderem durch schulischen Sexualkundeunterricht geprägt. In den USA ist Sexualerziehung eine Maßnahme der staatlichen Reproduktionspolitik, die in die Kompetenz der Einzelstaaten fällt:



**Zachary Van Winkle** ist Assistant Professor für Soziologie am Observatoire Sociologique du Changement (OSC) der Sciences Po Paris. Er forscht im Bereich Familiendemografie und soziale Ungleichheit.

[zachary.van.winkle@wzb.eu](mailto:zachary.van.winkle@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Jeder US-Staat bestimmt selbst, ob Sexualkundeunterricht für die Schüler\*innen verpflichtend ist, ob es einen Lehrplan gibt und welche Inhalte er hat.

In der öffentlichen und in der akademischen Debatte zur Sexualerziehung finden sich in den USA zwei gegensätzliche Positionen: Auf der einen Seite argumentieren diejenigen, die

**„Jeder US-Staat  
bestimmt selbst,  
ob Sexualkundeunterricht  
verpflichtend ist“**



**Hannah Zagel** ist Leiterin der Emmy-Noether-Nachwuchsgruppe *Varieties of Reproduction Regimes: Institutions, Norms and Social Inequality*. Zu ihren Forschungsthemen gehören vor allem Sozialstaat, Gesundheit und soziale Ungleichheit.  
[hannah.zagel@wzb.eu](mailto:hannah.zagel@wzb.eu)

Foto: © WZB/Anna Kluge, alle Rechte vorbehalten.

nur auf Abstinenz setzen, dass sich der Sexualkundeunterricht ausschließlich auf den Verzicht sexueller Aktivitäten bis zur Ehe konzentrieren sollte. Auf der anderen Seite heißt es, dass die Sexualerziehung umfassend sein müsse und Aspekte wie Verhütung, reproduktive Gesundheit sowie Informationen über medizinische Versorgung und Beratung einschließen und Sexualität allgemein thematisieren sollte. Die rein abstinenzbasierte Erziehung impliziert, dass das Warten auf sexuelle Aktivitäten bis zur Ehe die einzige moralisch korrekte Option in der Sexualerziehung ist, weil Sex als etwas Privates betrachtet wird. Im Gegensatz dazu geht die umfassende Sexualerziehung davon aus, dass Sex etwas Natürliches ist und der Sexualkundeunterricht folglich Jugendlichen medizinisch korrekte Informatio-

nen vermitteln sollte, um ein sicheres Verhalten zu fördern.

In der Praxis zeigt sich, dass die Bandbreite der Sexualerziehung in den USA deutlich größer ist als nur abstinenzbasiert oder umfassend – es gibt dazwischen mehrere Stufen.

## „Eine ausschließlich auf Abstinenz fokussierte Sexualerziehung ist selten“

Eine ausschließlich auf Abstinenz fokussierte Sexualerziehung ist selten. Die meisten Lehrpläne für Sexualkunde umfassen eine „Ablinenz plus“-Strategie. Welche inhaltliche Ausrichtung die Lehrpläne haben, wird daran sichtbar, welche Inhalte zusätzlich zur Enthaltsamkeit unterrichtet werden. Wenn beispielsweise auch Aspekte sexuell übertragbarer Krankheiten und HIV/AIDS im Unterricht thematisiert werden, deutet dies darauf hin, dass der Schwerpunkt auf Abstinenz plus sexuellen Gesundheitsrisiken liegt. Umstrittener ist die Frage, ob und wie Verhütungsmethoden vermittelt werden. Eine alle zwei Jahre durchgeführte Umfrage unter Mitarbeitenden in der schulischen Gesundheitserziehung gibt einen guten Eindruck von der Komplexität und Heterogenität der Sexualerziehung in den US-Staaten seit den 1990er-Jahren. Insgesamt ist der

Ablinenzunterricht weit verbreitet und wurde zwischen den 1990er- und 2010er-Jahren intensiviert. Zwar wurde in den 1990er-Jahren in allen US-Staaten ein zusätzlicher Schwerpunkt auf die Thematisierung der Wirksamkeit von Kondomen gelegt, doch dieser Trend kehrte sich in den 2010er-Jahren in einigen Staaten um.

Unsere Forschung zeigt, dass Sexualerziehung unterschiedliche Auswirkungen auf die Familienverläufe junger Menschen haben kann. Eine Hauptsoziale der Befürworter\*innen einer reinen Ablinenzerziehung ist, dass das Wissen über Verhütung die sexuelle Aktivität von Jugendlichen erhöhen könnte. Dem ist entgegenzusetzen: Das Wissen über Verhütung kann auch die Kontrolle über die Familienplanung und damit die reproduktive Autonomie erhöhen. Mit Blick auf die genannten Familienverläufe kann abstinenzbasierter Unterricht dazu führen, dass Menschen entweder eine frühe Heirat und Familiengründung anstreben, als Reaktion auf eine außereheliche Schwangerschaft heiraten oder in ihren frühen Erwachsenenjahren ledig und kinderlos bleiben. Im Gegensatz dazu kann Aufklärung über Verhütungsmethoden zu einer Entkopplung von Elternschaft und Ehe führen, zum Beispiel zu mehreren aufeinanderfolgenden Partnerschaften ohne Kinder, zu einer verzögerten Elternschaft oder zu einem kinderlosen Leben als Single.

*Fortsetzung folgt auf S. 56*

---

Zu den beiden Fotos auf der folgenden Doppelseite:

„Purity“, „Reinheit“, nannte der Fotograf David Magnusson die Serie von Portraits, die er 2014 in den USA machte. Der säkulare Schwede war fasziniert und irritiert zugleich vom Phänomen der „Purity Balls“: Junge Mädchen geloben in einer feierlichen religiösen Zeremonie sexuelle Enthaltsamkeit bis zur Ehe; ihre Väter versprechen, schützend über dieses Gelübde zu wachen. Der Fotograf schreibt dazu: „Um auszuloten, wie unsere eigenen Erfahrungen unsere Reaktionen auf das prägen, was uns begleitet, wollte ich diese Portraits so schön gestalten, dass die Mädchen und ihre Väter stolz darauf sein könnten; so stolz, wie sie auf ihre Entscheidung waren. Menschen mit einem anderen Hintergrund mögen in denselben Bildern eine ganz andere Geschichte sehen. Die Serie soll uns zum Nachdenken darüber bringen, wie wir durch unsere Gesellschaft geprägt werden und wie wir durch die Werte, die wir als die unseren annehmen, mit der Welt interagieren. Die Serie ist eine Studie darüber, wie persönlich unsere Wahrnehmung eines Fotos – und einer ganzen Kultur – ist, wie subjektiv, wandelbar und immer von der betrachtenden Person abhängig.“

Foto: © David Magnusson, alle Rechte vorbehalten.

Mehr zu der Serie finden Sie auf der Website [www.davidmagnusson.de](http://www.davidmagnusson.de).





Die Erkenntnisse der bisherigen Forschung zu den Auswirkungen schulischer Sexualerziehung sind gemischt. Erstens deuten Studien darauf hin, dass Sexualerziehung bei jungen Erwachsenen generell mit einer verzögerten Aufnahme sexueller Aktivitäten verbunden ist. Zweitens kann kein Zusammenhang nachgewiesen werden zwischen der Tatsache, ob Jugendliche irgendeine Form von Sexualerziehung erhalten, und der Wahrscheinlichkeit einer Geburt oder eines Schwangerschaftsabbruchs im Teenageralter. Drittens scheint unter den verschiedenen Ansätzen der Sexualerziehung insbesondere der abstinenzbasierte Unterricht keinen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit von Geburten oder Schwangerschaftsabbrüchen bei Teenagern zu haben.

Evaluationen haben auch gezeigt, dass die großzügige Finanzierung des reinen Abstinenzunterrichts durch die US-Bundesregierung seit den 1990er-Jahren keine Auswirkungen auf die sexuelle Aktivität oder die Geburtenrate unter Jugendlichen hatte. Einiges deutet jedoch darauf hin, dass eine umfassende Sexualerziehung, die alle Aspekte miteinbezieht, die Zahl der Teenagerschwangerschaften verringern

kann, auch wenn die Teilnahme an dieser Form von Sexualerziehung die sexuelle Aktivität insgesamt nicht zu verringern scheint.

Unsere Ergebnisse zeigen darüber hinaus, dass die Ausprägung der Familienverläufe junger Erwachsener sich unterscheiden, je nachdem was im Sexualkundeunterricht vermittelt wird. Dass junge Menschen ein Kind bekamen, während sie noch bei den Eltern lebten, und dann als Alleinerziehende von zu Hause auszogen, kam in US-Staaten, in denen im Unterricht stärker über die Wirksamkeit von Kondomen informiert wurde, weniger häufig vor. Im Gegensatz dazu war der Fokus auf Abstinenz nicht mit einem bestimmten Familienverlauf verbunden. Dies ist ein weiterer Beleg dafür, dass die Aufklärung über Verhütungsmittel junge Erwachsene in die Lage versetzen kann, durch Erhöhung ihrer reproduktiven Autonomie die Elternschaft hinauszögern. Unsere Ergebnisse lassen vermuten, dass der Trend in bestimmten US-Staaten, den Sexualkundeunterricht auf abstinenzbasierte Erziehung zu beschränken, Familienverläufe eben nicht in der gewünschten Form beeinflusst. ●

## Literatur

Duberstein Lindberg, Laura/Maddow-Zimet, Isaac: „Consequences of Sex Education on Teen and Young Adult Sexual Behaviors and Outcomes“. In: *Journal of Adolescent Health*, 2012, Jg. 51, H. 4, S. 332-338. DOI: 10.1016/j.jadohealth.2011.12.028.

Guttmacher Institute: Sex and HIV Education. State Policies on HIV & STIs. New York/Washington: Guttmacher Institute 2022.

Kendall, Nancy: The Sex Education Debates. Chicago: University of Chicago Press 2012.

Landry, David J./Darrow, Jacqueline E./Singh, Susheela/Higgins, Jenny: „Factors Associated with the Content of Sex Education in U.S. Public Secondary Schools“. In: *Perspectives on Sexual and Reproductive Health*, 2003, Jg. 35, H. 6, S. 261-269. DOI: 10.1111/j.1931-2393.2003.tb00179.x.

Paton, David/Bullivant, Stephen/Soto, Juan: „The Impact of Sex Education Mandates on Teenage Pregnancy: International Evidence“. In: *Health Economics*, 2020, Jg. 29, H. 7, S. 790-807. DOI: 10.1002/hec.4021.

Trenholm, Christopher/Devaney, Barbara/Fortson, Ken/Quay, Ken/Wheeler, Justin/Clark, Melissa: Impacts of Four Title V, Section 510 Abstinence Education Programs. Final Report. Princeton: Mathematica Policy Research, Inc. 2007.

# Orientierung im Treibsand

## Neue Schriftenreihe zur „Wissensgesellschaft“ ist erschienen

Politik- und Sozialwissenschaften, Wirtschaft, Recht – der Nomos-Verlag startet eine neue Reihe, in der verschiedene Perspektiven auf Entstehung und Bedeutung von Wissen entfaltet werden. Schon die ersten beiden Bände machen deutlich, wie offen der Status von Wissen ist. Als Konstante bleibt letztlich der Zweifel.

*Roland A. Römhildt*

oft bauen die Bände einer Schriftenreihe logisch aufeinander auf. Nicht ganz so offensichtlich scheint das der Fall bei den „Interdisziplinären Studien zur Wissensgesellschaft“, die Ino Augsberg (Universität Kiel), Gunnar Folke Schuppert (WZB/Max-Weber-Kolleg Erfurt) und Peter Weingart (Universität Bielefeld) im Nomos-Verlag herausgeben. Band 1 handelt von „Wissen und Recht“, Band 2 von „Herrschaft und Wissen“: Wieso ist der Band zu Recht numerisch vor dem zu Herrschaft erschienen? Schließlich scheint der Herrschaftsbegriff dem Rechtsbegriff vorgängig, da Recht sich überhaupt erst in einer jeweiligen Herrschaftsform etablieren kann und muss. Dies merkte denn auch Michael Zürn bei der Vorstellung der Reihe am 29. Juni 2022 im WZB an.

Der recht prosaische Grund für diese Abfolge ist, dass die Reihe auf einen Workshop zu „Wissen und Recht“ zurückgeht, den Folke Schuppert und Ino Augsberg im September 2019 ausrichteten. Da die Betrachtung des Nexus von Wissen und Recht damals vielfältige politiktheoretische Fragen aufwarf, beispielsweise über die Vermachtung von Wissensbeständen und ihre Auswirkungen auf Themen wie Gerechtigkeit, Freiheit, Digitalisierung

oder die Gestaltung guter Institutionen, drängte sich das Herrschaftsthema im Sinne einer Perspektiverweiterung auf. Auf das Desiderat des Workshops, dass sozialtheoretische Konsequenzen daraus zu ziehen seien, „dass in komplexen sozialen Netzwerken nicht alles auf einen Nenner gebracht werden kann“, wird nun mit einer ganzen Reihe geantwortet. Die Rede von der Wissensgesellschaft klingt längst nicht mehr neu, die möglichen Implikationen der weiterhin rasant steigenden Bedeutung von Wissen werden aber erst zunehmend deutlicher. Hier tut ein interdisziplinäres Diskussionsforum not, weil es Multiperspektivität auf das Großthema Wissen erlaubt. Allein die Auseinandersetzungen während der Pandemie um die Geltung und Qualität von Wissen und die aus ihm zu ziehenden politischen, rechtlichen, wirtschaftlichen oder sonstigen Schlüsse verdeutlichen, welche fatalen Folgen es haben kann, sozial produzierte Faktoren wie „Fakten“ oder „Wissen“ für selbstverständlich zu nehmen. Wie Alexander Bogner in seinem Buch „Die Epistemisierung des Politischen“ prägnant zeigt, gerät Wissen heute oft so abstrakt, unanschaulich und komplex, dass es immer schwieriger wird, Wissensfragen eingängig zu beantworten. Die Reaktionsmuster darauf gehen von Unbehagen bis wil-

lentlich zur Schau gestellter Ignoranz. Auf die Überlastung mit zu viel Komplexität wird mit vermeintlich „gesundem Menschenverstand“ und Gegen-Wissen („alternative Fakten“) reagiert. Wissen wird zu oft mit bloßem Faktenwissen, also abzählbaren, messbaren, vermeintlich objektiven „Tatsachen“ verwechselt, die sich sammeln, katalogisieren und in scheinklare Kategorien bringen lassen. Ino Augsberg verweist dagegen in seiner Einleitung zum ersten Band „auf den illusionären Charakter eines unmittelbaren Zugriffs auf die ‚Welt an sich‘“. Dass daraus allerdings „gerade keine vollständige Beliebigkeit“ in der Konstruktion von Wirklichkeit folgt, wie er notiert, macht die Sache nicht eingängiger. Wissen und soziale Gegebenheiten sind stets verschränkt; Wissen „ist“ nicht per se, es „wird“, ist also soziales Produkt, das in je unterschiedlichen, historisch gewachsenen (und damit keineswegs arbiträren) Kontexten entsteht und unterschiedliche Bedeutungen haben kann. In der bereits erwähnten Veranstaltung am WZB sprach die Bundesverfassungsrichterin Susanne Baer wegen des problematischen Status, den Wissen unter diesen Bedingungen in der Gegenwart erhält, von der „Zweifelsgesellschaft“. Die Rede von der Wissensgesellschaft vermittelte eine zu große Gewissheit über scheinbar sicheres Wissen, denn oftmals gehe Wissen eher mit Fraglichkeit, Unklarheiten und Komplexitäten einher. Die zwei Bände verdeutlichten, dass dementsprechend selbst der Status von Wissen immer flüider werde und „Wissen über Wissen“ eher einem Treibsand gleiche, in dem man sich schnell verliere. Nur das Zweifeln bleibe als Konstante, mit der offensiver umzugehen sei.

Dieser Beobachtung ist zuzustimmen. Es hilft kein rituelles Klagen oder der Ruf, man müsse „zurück“ zu angeblicher Klarheit und Vernunft. Vielmehr gilt es, Virtuosität im Umgang mit der Begrenztheit aller Perspektiven, jeder Wissensform und ihrer jeweiligen Geltung zu entwickeln. Es bleibt der



**Roland A. Römhildt** ist Referent des Präsidenten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und Gastwissenschaftler der Forschungsprofessur Global Constitutionalism am WZB. Er interessiert sich für alltägliche sowie politische Orientierungsmuster in komplexen sozialen Systemen. [roland.roemhildt@bbaw.de](mailto:roland.roemhildt@bbaw.de)

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

neuen Reihe zu wünschen, dass sie dazu beiträgt. Der Blick diverser Disziplinen kann sich in ihren Bänden ergänzen, ohne dass daraus ein kohärentes „Gesamtbild“ entstehen muss. Und genau diese reflektierte Inkohärenz verdient Beachtung. Letztlich ist die „vertauschte“ Reihenfolge der Bände zu Recht und Herrschaft also sogar aussagekräftig: Sie versinnbildlicht, dass es keine immer schon klaren Hierarchien von Wissensformen und -gegenständen gibt. Es kommt stets auf die Perspektive an, die jedoch mehr als eine schlichte „Meinung“ darstellt, nämlich ein Ensemble historisch gewachsener und dadurch plausibler Denk- und Handlungsmuster. Was etwa in den Sozialwissenschaften eine Binsenweisheit ist, muss es für die Rechtswissenschaft nicht notwendig sein. Allerdings bleibt es die Stärke der Sozialwissenschaften, genau solche Umstände der sozial generierten Wirklichkeit verständlich zu benennen. ■

## Literatur

Augsberg, Ino/Schuppert, Gunnar Folke (Hg.): Wissen und Recht. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2022.

Bogner, Alexander: Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. Ditzingen: Reclam Verlag 2021.

Römhildt, Roland A.: „Wissen und Recht – vernetzt gedacht“. In: WZB-Mitteilungen, 2019, H. 166, S. 48. Online: <https://bibliothek.wzb.eu/artikel/2019/f-22612.pdf> (Stand 26.08.2022).

Schuppert, Gunnar Folke/Römhildt, Roland A./Weingart, Peter (Hg.): Herrschaft und Wissen. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 2022.

# Veranstaltungen

## 5. Oktober 2022

### **Can We Change the Overwork Culture? The Role of Workplaces in Challenging Conventional Definitions of Ideal Workers**

#### **Distinguished Lecture in Social Sciences**

---

by Karl W. Deutsch Professor Youngjoo Cha, Indiana University Bloomington, USA. The presented study examines whether organizational policies can help to challenge the way we define „ideal workers“. And whether and under what organizational conditions flexible work policies can help to redefine the „ideal worker“ norm. In American workplaces, there is a prevailing conception that ideal workers put work before other commitments, working long hours and making themselves available for work 24/7. This traditional way of defining ideal workers has shown to lead to negative consequences for employee's health and family life. Can this change? Can flexible work policies (e.g., time-off, flextime, telecommuting) be an answer?

*Veranstalter\*innen: Professorin Heike Solga, Professorin Lena Hipp (Schwerpunkt Dynamiken sozialer Ungleichheiten im WZB); Informationen bei: Antonia Kroll, E-Mail: antonia.kroll@wzb.eu*

## 6. und 7. Oktober 2022

### **Political Violence and Democratic**

#### **Backsliding**

#### **Konferenz**

---

Die Konferenz bringt ein Netzwerk aus internationalen und nationalen Expertinnen und Experten zum Themengebiet „Politische Gewalt und demokratische Regression“ zusammen. Unter anderem sollen Erklärungsfaktoren für den Anstieg politischer Gewalt in Demokratien und die Folgen von Gewalt für demokratisches Regieren untersucht werden. Es finden Panels statt zu „Rechtsextremismus und Gewalt“ und „Radikalisierung und Protest“.

*Veranstalter: Professor Daniel Ziblatt (WZB); Informationen bei Ekpenyong Ani, E-Mail: ekpenyong.ani@wzb.eu*

## 1. November 2022

### **Radical Approaches to Platform Governance Workshop**

---

The past years have seen a notable increase in contestation in all parts of the platform economy, with more and more policy intervention being observed in areas like online content regulation, competition policy, labor law, and data protection. But these policies, and the academic discussion about them, are often limited by dominant assumptions around political feasibility, rather than optimal social and economic outcomes. This workshop has been organized in an effort to advance critically interrogations of the contemporary political economy of platforms, with a special emphasis on conceptual approaches that provide a potentially radical challenge to understanding, or re-imagining, the current academic discourse and policy status quo. In particular, we are looking to highlight (a) critically oriented perspectives to understanding the platform economy as it is (“how we got here”); as well as (b) forward looking, radical, utopian visions of alternative platform governance futures might look like.

*Veranstalter: School of Information and Communication Studies and the Centre for Digital Policy, University College Dublin, Centre for Human Rights at the University of Pretoria, WZB; Informationen bei: Dr. Robert Gorwa, E-Mail: robert.gorwa@wzb.eu*

## 10. November 2022

### **Politics Today – Dare to Think Big**

#### **Event**

---

zu Ehren von Edgar Grande. Anlass ist das Ende der erfolgreichen Gründungsphase (2017-2022) des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung, einer gemeinsamen Initiative von WZB und Freier Universität Berlin.

*Veranstalter: Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung (WZB); Informationen bei: Roxanne Bibra, E-Mail: sek-zz@wzb.eu*

# Vorgestellt

## Publikationen aus dem WZB

### Narrative des Wandels

Lisa Ruhrt

Langsam nimmt die Autofixiertheit in Deutschland ab: Der Bau von Radwegen und die Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs sind längst keine Randthemen mehr. Lisa Ruhrt hat die Narrative analysiert, die eine Mobilitätswende befürworten beziehungsweise verhindern oder einschränken. Sie zeigt, dass es konkurrierende Erzählungen des Wandels gibt. Narrative wie etwa „grünes Wachstum“ wollen definieren, wie ein Übergang zu nachhaltiger Mobilität aussehen sollte und wie er vollzogen werden könnte. Wichtig sei es für die Forschung zu untersuchen, welche gesellschaftlichen Akteure bestimmte Leitbilder einer nachhaltigen Zukunft vorantreiben und von welchen Interessen sie geleitet sind.

*Lisa Ruhrt: „Can a Rapid Mobility Transition Appear Both Desirable and Achievable? Reflections on the Role of Competing Narratives for Socio-technical Change and Suggestions for a Research Agenda“. In: Innovation: The European Journal of Social Science Research, 2022. DOI: 10.1080/13511610.2022.2057935.*

### Kulturen von Gewicht

Plamen Akaliyski, Michael Minkov, Jianghong Li, Michael Harris Bond, Stefan Gehrig

Wie lässt sich erklären, dass in den USA und Ägypten vergleichbar viele Menschen mit Übergewicht leben, während Nigeria und Japan ähnlich geringe Anteile derselben in ihrer Bevölkerung haben? Dies ist die Leitfrage dieser internationalen und repräsentativen Studie. Offensichtlich war, dass wirtschaftliche Kennzahlen wie das Bruttoinlandsprodukt hier nicht aussagekräftig wären. Daher stellten die Autor\*innen die Hypothese auf, dass nicht eine Volkswirtschaft, sondern eine Volkskultur den bestimmenden Einfluss auf die Ernährung und körperliche Betätigung

von Personen hat. Die Faktoren, die sie isolieren konnten, sind – als Treiber von Fettleibigkeit, wenngleich nur unter Männern – der kulturell verankerte Individualismus sowie – als hemmende Kraft – das Flexibilitätsniveau einer Kultur, also das Ausmaß, in dem Ideale wie Demut oder Selbstbeherrschung aufrechterhalten werden.

*Plamen Akaliyski/Michael Minkov/Jianghong Li/ Michael Harris Bond/Stefan Gehrig: „The Weight of Culture: Societal Individualism and Flexibility Explain Large Global Variations in Obesity“. In: Social Science & Medicine, 2022, Jg. 307, August, 115167. DOI: 10.1016/j.socscimed.2022.115167.*

### Spenden ist seliger denn Beiträgen

Maja Adena, Steffen Huck

In der Regel ist das WZB Subjekt wissenschaftlicher Forschung, hier ist es einmal zum Objekt geworden: Die kollektive Finanzierung des Sommerfestes, gemeinhin über eine Vertrauenskasse geregelt, wurde im Jahr 2016 per Mail angestoßen. Die Abteilung Ökonomik des Wandels hatte die Organisation des Festes übernommen, und sie machten daraus ein Feld-Experiment. Es wurden nämlich unterschiedliche Mails verschickt – mal wurde um eine „Spende“ gebeten, mal um einen „Beitrag“. Die Auswertung des Rücklaufs erlaubt wichtige Schlüsse für wohltätiges Fundraising: Gebe-freudiger waren jene, die um Spenden gebeten wurden. Die nach einem Beitrag Gefragten allerdings sprachen eher auf Anreize wie Gewinnmöglichkeiten oder Belohnungen an. Beide Effekte sind also sorgfältig gegeneinander abzuwagen.

*Maja Adena/Steffen Huck: „Voluntary ,Donations‘ Versus Reward-oriented ,Contributions‘: Two Experiments on Framing in Funding Mechanisms“. In: Experimental Economics, 2022. Online: <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/s10683-022-09759-6.pdf> (Stand 13.08.2022).*

## Gerechtigkeit und Demokratie

Mariam Salehi

Der Arabische Frühling brachte den Machtwechsel in Tunesien: 2011 machte der langjährige Diktator Zine el-Abidine Ben Ali einer demokratischen Regierung Platz. Der Umbruch fand auf vielen Ebenen statt, auch auf dem der Justiz. In ihrem Buch analysiert Mariam Salehi, wie Menschenrechtsverletzungen aufgearbeitet, Verantwortliche zur Rechenschaft gezogen und neue Gesetze und Institutionen etabliert wurden. Fast in Echtzeit beschreibt sie, wie aus politischen Initiativen, sozialen Dynamiken und internationalen Einflüssen ein Prozess der „transitional justice“ entstand, der exemplarisch für andere Umbrüche, besonders im Mittleren Osten und Nordafrika, stehen kann.

*Mariam Salehi: Transitional Justice in Process. Plans and Politics in Tunisia. Manchester: Manchester University Press 2022.*

## Radikale Rechte und Arbeiterschaft

Seongcheol Kim, Samuel Greef,  
Wolfgang Schroeder

Die Autoren haben in einem groß angelegten Forschungsprojekt untersucht, wie rechte Akteure in Unternehmen agieren, und damit die erste vergleichende Studie über rechte Strategien auf betrieblicher Ebene vorgelegt. Hervorzuheben ist die enge Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Wissenschaft; Herzstück der Forschung sind sechs Betriebsfallstudien aus der Autoproduktion. Sechs europäische Länder wurden in den Blick genommen, in denen rechte Parteien in den vergangenen Jahren Wahlerfolge feiern konnten. Im Mittelpunkt der Studie stehen rechte Kommunikations- und Organisierungsbestrebungen auf betrieblicher Ebene und gewerkschaftliche Gegenreaktionen.

*Seongcheol Kim/Samuel Greef/Wolfgang Schroeder: Rechte Akteure im Betrieb. Sechs EU-Länder im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS 2022.*

## Die Kunst des Kompromisses

Pola Lehmann, Theres Matthieß, Sven Regel,  
Bernhard Weßels

In einer Koalitionsregierung müssen unterschiedliche Programme aus dem Wahlkampf in eine kohärente Politik münden. Wie gut ist das dem Dreier-Bündnis gelungen, das Deutschland seit den Bundestagswahlen 2021 regiert? Dieser Frage gehen die Demokratieforscher\*innen in ihrem neuen Buch nach. Über eine Bewertung der aktuellen Bundesregierung gehen sie damit weit hinaus. Schließlich entscheidet sich am Vertrauen der Wählerinnen und Wähler die Legitimierungsbasis einer Demokratie. Ob Wahlversprechen erfüllt werden, ob also die Delegationskette vom Wahlergebnis bis zum Regierungshandeln funktioniert, hat unmittelbare Bedeutung für das Funktionieren der repräsentativen Demokratie. Das Buch blendet allerdings auch nicht aus, dass die Umsetzung von Versprechen in Zeiten von Pandemie und Krieg besonders schwierig ist.

*Pola Lehmann/Theres Matthieß/Sven Regel/  
Bernhard Weßels: Die Ampel-Koalition. Wie wird aus unterschiedlichen Zielen ein gemeinsames  
Regierungsprogramm? Bielefeld: transcript-Verlag  
2022.*



Alles neu! Aufbruch und Tatkraft signalisierten die Spitzen der Parteien, als sie im November 2021 den neuen Koalitionsvertrag vorstellten (von links: Norbert Walter-Borjans, SPD, Annalena Baerbock und Robert Habeck für die Grünen, SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz und Christian Lindner, FDP). Wie gut gelingt der Ausgleich der Interessen in dieser neuen Konstellation? Das fragt ein neues Buch über die Ampelkoalition.

# Personen

## Gäste

**Fabio Ascione**, Doktorand an der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, ist von September bis November Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit der globalen Arbeitsteilung und deren Auswirkungen auf Löhne, Produktivität und Ersparnisse sowie den ungleichen ökonomischen Entwicklungen, die sich daraus ergeben.

**Ting-Chien Chen**, Doktorandin an der Universität Greifswald, ist von August bis Oktober Gastwissenschaftlerin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Ihr Promotionsprojekt befasst sich mit Arbeitsmigranten in der Halbleiterindustrie.

**Miles Kahler**, Distinguished Professor an der School of International Service der American University in Washington, USA, ist ab Mitte September für zwei Monate Gast der Abteilung Global Governance. Er arbeitet an folgenden Projekten: „Engagement with China: Always Different Dreams?“, „The Arc of Complex Global Governance: From Organization to Coalition“ und „Global Governance in the Long 20th Century, from World War I to Present“.

**Olga Konsevych** ist Chefredakteurin des ukrainischen Nachrichtenportals 24tv.ua. Am WZB arbeitet sie im Rahmen des Journalist-in-Residence-Programms als Stipendiatin der Abteilung Kommunikation. Interessenpunkte der Kommunikationswissenschaftlerin sind die Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU, demokratische Übergänge und die Nachhaltigkeit postsowjetischer Gesellschaften.

## Berufungen

Dr. **Lisa Ruhrt** hat zum 1.9.2022 einen Ruf auf eine W2-Professur an der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen erhalten und angenommen.

## Ehrungen / Preise

**Lisa Garbe** Ph.D. erhielt den Preis für die beste Dissertation im Doktorandenprogramm International Affairs der Universität St. Gallen (Schweiz) für ihre Arbeit „Authoritarian Survival in the Digital Age. Internet Access and Control in African Autocracies“, in der sie die Motive und Fähigkeiten autoritärer Regierungen zur Kontrolle des Internetzugangs untersuchte.



**Johannes Scherzinger**, wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Global Governance, hat den „Robert and Jessie Cox Award“ für das „Best Paper written by an undergraduate student in international relations“ für das Jahr 2022 von der International Studies Association (ISA) erhalten.

## Promotionen / Habilitationen

**Tatiana López Ayala** hat im Mai 2022 erfolgreich ihre Promotion „Labour Control and Union Agency in Global Production Networks – A Case Study of the Bangalore Export Garment Cluster“ im Fach Wirtschaftsgeografie an der Universität zu Köln abgeschlossen.

**Sönke H. Matthewes**, Postdoc an der Professur für VWL, insbesondere Wirtschaftspolitik der Universität Potsdam, ist ehemaliger wissenschaftlicher Mitarbeiter des WZB und derzeit Gast der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Er hat im Juli 2022 seine Dissertation zum Thema „Consequences of Institutional Differentiation in Secondary School Systems: Three Empirical Essays in the Economics of Education“ an der Freien Universität Berlin erfolgreich verteidigt.

Dr. **Joshua Moir**, Mitarbeiter der Forschungsgruppe der Präsidentin, hat an der Universität Trier zum Thema „Der Schulfrieden als Schranke der Religionsfreiheit. Eine Untersuchung zum Schutz der Religionsausübung und der Bedeutung staatlicher Funktionsinteressen in der Schule“ promoviert.

Dr. **Lena Ulbricht**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Politik der Digital-

lisierung sowie Forschungsgruppenleiterin am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft, hat im Juli ihre Habilitation zum Thema „Governance with Digital Technologies and the Transformation of State Power“ abgeschlossen. Mit dieser Arbeit ist es ihr gelungen, politikwissenschaftliche, technik- und wissenssoziologische Ansätze miteinander zu verknüpfen, die sie „analytisch gewinnbringend für die Untersuchung des noch im Entstehen begriffenen Feldes der algorithmischen Regulierung einsetzt“, kommentiert Prof. Jeanette Hofmann.

## Personalien

**Youngjoo Cha** ist die diesjährige Karl W. Deutsch-Gastprofessorin. An der Indiana University Bloomington arbeitet sie als Associate Professor of Sociology zu den Themen Geschlecht, Arbeit, Familie, Berufe und Organisationen. Dabei interessiert sie besonders die Frage, wie der Trend zu langen Arbeitszeiten die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verstärkt und welche organisatorischen und institutionellen Bedingungen dazu beitragen, diesen Trend zu ändern.

**Lianara Dreyer** beginnt im September 2022 als Stipendiatin des Promotionskollegs „Gute Arbeit in einer transformativen Welt“. Im Rahmen ihrer Promotion untersucht sie die Digitalisierung von Handwerksbetrieben. Dazu führt sie eine Fallstudie in Tischlereien durch, um die Wirkungen der Digitalisierungsmaßnahmen auf die Beschäftigten zu ermitteln.

Prof. Dr. **Dieter Gosewinkel**, Senior Researcher bei der Forschungsprofessur Global Constitutionalism, ist seit August 2022 für die Dauer von einem Jahr Fellow am Käte Hamburger Kolleg der Universität Münster.

**Dr. Hans Jonas Gunzelmann** ist Postdoktorand am Institut für Soziologie der Freien Universität Berlin und Gastwissenschaftler am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Momentan erforscht er mit einem Stipendium der Fritz Thyssen Stiftung die Rolle von Protest und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Unabhängigkeitskonflikten. Zuvor schloss er seine Promotion an der Scuola Normale Superiore in Florenz, Italien, ab.

**Jessica Kim** ist seit Herbst 2022 als wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungseinheit Global Sociology am WZB tätig. In Zu-

sammenarbeit mit Professorin Yasemin Soysal wird sie an den laufenden Projekten der Forschungseinheit, die in enger Verbindung mit dem Exzellenzcluster SCRIPTS stehen, mitwirken, und zwar vor allem an dem Projekt „The Ecology of Individuals' Disposition for Scientific Populism“.

**Dennis Klinke** ist Gastwissenschaftler am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Er arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Projekt „Subjects of Cohesion“ der Berlin University Alliance. Er forscht über Akteure von zivilgesellschaftlichen Initiativen und welche Auswirkungen Formen des bürgerschaftlichen Engagements auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt haben.

**Elizabeth R. Nugent** ist Stipendiatin der Alexander von Humboldt-Stiftung und seit September 2022 Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Sie arbeitet als Assistant Professor für Politikwissenschaft an der Princeton University in den USA. Ihre Forschung konzentriert sich auf autoritäre Regierungssysteme und Religion im Nahen Osten. Ihr erstes Buch „After Repression: How Polarization Derails Democratic Transition“ wurde dieses Jahr mit dem Robert A. Dahl-Award für die beste wissenschaftliche Arbeit zum Thema Demokratie ausgezeichnet.

**Sukayna Younger-Khan**, wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Global Governance und des Exzellenzclusters „Contestations of the Liberal Script“, wird ab Oktober 2022 ans Exzellenzcluster „The Politics of Inequality“ in Konstanz wechseln und dort unter Leitung von Professor Nils Weidmann ihre Forschung weiterführen.  


**Dr. Jakob Zollmann**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsprofessur Global Constitutionalism, wird von Oktober 2022 bis Ende März 2023 das Dahrendorf Postdoctoral Fellowship am European Studies Centre, St. Antony's College, in Oxford, UK, wahrnehmen und dort das Forschungsprojekt „Reparations and the Search for Justice. A History of the Anglo-German Mixed Arbitral Tribunal Between Politics and International Law (1914-1935)“ bearbeiten.

# Nachlese

## Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Fachkonferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

### Verschenkte Chancen

„Stark durch Corona“ nannte neulich eine Mutter näherungsweise aus der Erinnerung das Bildungsprogramm, für das die Bundesregierung zwei Milliarden Euro veranschlagt hat. Tatsächlich heißt es „Aufholen nach Corona“ – aber egal, denn weder der eine noch der andere Titel entspricht der Realität. Vielmehr hat das Programm gerade die Kinder und Jugendlichen kaum erreicht, deren Lernfortschritte unter Schulschließungen und Distanzlernen am meisten gelitten haben: jene aus sozial benachteiligten Familien und mit Migrationshintergrund. Das ist das Fazit von Bildungsforscher Marcel Helbig, der mit seinem Team eine erste Bilanz des Zwei-Milliarden-Programms gezogen hat. Eine vergleichende Analyse von Konzeption und Umsetzung der Hilfen in allen 16 Bundesländern zeigt, dass meist viel zu wenig gezielt förderbedürftige Kinder angesprochen wurden, weil die Mittel eher nach dem Gießkannenprinzip verteilt wurden. Die Befunde stellen Marcel Helbig und Benjamin Edelstein ausführlich dar im Gespräch mit Armin Himmelrath, vor Kurzem Journalist in Residence am WZB. Das Gespräch wird im Online-Dossier Bildung der Bundeszentrale für Politische Bildung erscheinen; jetzt schon ist es auf unserer Website bei der Pressemitteilung zur Studie zu finden.

### In den Kiez

„Wie geht es der Gesellschaft? Sozialwissenschaft trifft Nachbarschaft“ hieß es am 3. September in Berlin-Schöneberg. Das Team um Swen Hutter vom Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung war beim Nachbarschaftsfest vor dem Rathaus Schöneberg vertreten. Vor dem Bücherbus der Stadtteilbibliothek stellten sich die Wissenschaftler\*innen den Fragen und Ideen der Vorbeikommenden. Das Medienmobil ist das ganze Jahr über vor Schulen und auf Plätzen unterwegs und will Inhalte und Impulse unter die Leute bringen. Das WZB-Team hat

sich einen Nachmittag lang am Transfer beteiligt und freute sich über viele kleine Diskussionen, die durch das niedrigschwellige Angebot in Gang kamen.

### Gewissheiten zu Grabe tragen

Sie trug ein enges Jackett in den Deutschlandfarben, das nach und nach aufgeknöpft wurde und einer schillernd bunten Jacke Platz machte. „Flaggen sind Zwangsjacken“, erklärte die bolivianische Anarcho-Feministin María Galindo bei ihrem Vortrag, der die Tontechniker ins Schwitzen brachte, weil er bisweilen unvermittelt laut wurde. An drei Wochenenden im August und September fand die Workshopreihe „Festifuneral“ statt – ein Raum für Experimente, Erforschung und Austausch, eine Begegnung zivilgesellschaftlicher Akteure aus Kultur, Aktivismus und Wissenschaft. Durchaus etablierte Formate wie Vorträge oder Workshops wurden durchbrochen durch Momente von Musik und Performance. Das „Festival“ der Ideen sollte zugleich ein „Funeral“ für tradierte Polaritäten wie links und rechts, Mann und Frau sein. Lena Ulbricht von der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und ihr Team hatten Gäste aus Lateinamerika eingeladen, um dortige Impulse im deutschen Kontext bekannter zu machen.

### Vorlese

Krieg, Klimakrise, Inflation, Pandemie – je schwankender der Boden, desto unklarer auch die Deutungen der Situation. Die Wissenschaft ist gefragt, sie ist aber auch umstritten wie selten. „Wahrheit“ ist der Schwerpunkt unseres kommenden Heftes. Im Dezember fragen wir nach Fakten und Fake News, nach sozialen Blasen und Deutungskämpfen und nach dem Vertrauen in Wissenschaft, Medien, Politik.

### Mitlese

Der Krieg in der Ukraine geht in den achten Monat. Die Diskussionen über die politischen,

wirtschaftlichen, sozialen Folgen des russischen Angriffs halten an und gewinnen eher an Schärfe. Die vom WZB gemeinsam mit der Freien Universität Berlin, der Humboldt-Universität zu Berlin und der Hertie School herausgegebene Zeitschrift „Leviathan“ beleuchtet im gerade erschienenen Heft die wissenschaftlichen Debatten, die der Krieg insbesondere im Feld der Internationalen Beziehungen entfacht hat. „Krieg und Frieden (anders) denken“ heißt das Heft, lesewert ist nicht nur der Beitrag von Michael Zürn: „Macht Putin den (Neo-)Realismus stark?“.

## Kalt und heiß

Allmählich wird vorstellbar, was die Sommerhitze verdrängte: Der Winter könnte hart werden, die Auswirkungen des Krieges könnten sich in wirtschaftlicher Not und sozialen Verwerfungen äußern. Wie heiß wird der Herbst? Das wollen Redaktionen wissen, und sie fragen zahlreich an. Im Deutschlandfunk erklärt Edgar Grande, dass leere Mägen nicht automatisch zu Protest führen. Dafür müssen bestimmte Bedingungen erfüllt sein, vor allem ein allgemeiner Vertrauensverlust, eine politische Krise (Sendung „Wortwechsel“, 2.9.2022). Ähnlich argumentiert Daniel Saldivia Gonzatti, der von detektor.fm zum Nutzen der Entlastungspakete gefragt wird: Mobilisierung braucht mehr als Angst, es braucht auch ein Gefühl der Schieflage – oder Akteure, die Unzufriedenheit gezielt schüren und in einen allgemeinen Protest gegen „das System“ lenken (podcast „Zurück zum Thema“, 7.9.2022). Ein Problem, eine Deutung plus Personen und Slogans – diese Bedingungen listet auch Protestforscher Dieter Rucht auf (Interview im Deutschlandfunk am 10.8.2022). Alle drei wollen keine Prognosen abgeben, sondern sehen die Stärke der Wissenschaft in der Analyse der Bedingungen. Und keiner will in Alarmismus verfallen. Allianzen der Unzufriedenen seien schwer auf Dauer aufrechtzuerhalten, sagt etwa Dieter Rucht. Ein Kampf „des Volkes“ gegen „die Mächtigen“ – „da sind wir bei Weitem noch nicht“.

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 177, September 2022

### Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung Professorin Dr. h. c. Jutta Allmendinger Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin  
Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 49 16 84  
Internet: [www.wzb.eu](http://www.wzb.eu)

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich

### Chefredaktion

Dr. Harald Wilkoszewski, Gabriele Kammerer

### Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Claudia Roth

### Korrektorat

Martina Sander-Blanck

### Redaktionsassistenz

Lisa Heinig



### Übersetzungen

Gabriele Kammerer (S. 27-30)

### Bildredaktion

Gesine Born



### Auflage

8.800

Abonnements: [presse@wzb.eu](mailto:presse@wzb.eu)

Foto S. 3: © David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

### Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

### Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

### Datenschuthinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs.1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

### Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repository EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert ([www.econstor.eu](http://www.econstor.eu)). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor\*innen.

Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung:

(CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor\*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.

# Zu guter Letzt:

## Meine Leute Eine Ukrainerin lernt Deutsche kennen

*Olga Konsevych*

Die erste Nacht in Berlin war die schwerste. Durch die Wand hörte ich die Geräusche eines Sauerstoffgeräts. Meine Vermieterin ist 76, sie spricht fließend Englisch und Französisch, aber seit zwei Schlaganfällen ist sie behindert. Das Erste, was sie tat, als sie mich am Berliner Hauptbahnhof sah, war, mich in den Arm zu nehmen. Sie fragte nicht nach meinem Pass oder nach meiner beruflichen Situation. „In der Trauer wird nicht diskutiert“, erklärte sie mir am ersten Abend. Ihre Freundlichkeit und Offenheit überraschten mich. Ich bin so daran gewöhnt, überprüft und verglichen zu werden – mein Leben ist ein einziges Casting. Ich muss dauernd meinen Wert beweisen, zeigen, dass ich genau die Richtige bin.

Ich setzte also meine Kopfhörer auf. Das Geräusch des Sauerstoffgeräts vermischt sich mit einem Podcast. Ich ließ den Tag Revue passieren und stellte fest, dass ich in Sicherheit war. Biologen sagen, dass Tiere nur schlafen können, wenn sie in ihrer Umgebung keine Bedrohung wahrnehmen. Ich vertraute also meiner Retterin – und schliefe ein.

Aber ich muss etwas ausholen, wenn ich erklären will, wie ich durch verschiedene Menschen und Ereignisse wieder an die Menschheit glauben konnte, nach dem Schock des widerrechtlichen Einmarschs von Russland in die Ukraine.

Ich kam im April nach Deutschland. Nach dem ersten Monat Krieg erschien mir das wohltemperierte und friedliche Leben der Deutschen wie eine Kulisse, ein bisschen wie in der „Truman-Show“. Ich zog mit meiner Familie in ein Dorf nahe der französischen Grenze. Wunderschöne Natur, entspannte Menschen, vorzügliches Essen – ich litt an der Schuld der Überlebenden. Zum ersten Mal überwältigten mich die Gefühle, als wir in das Haus kamen, das eine Frau im Ort uns anbot. Hier gab es mehr Dinge als in meiner Wohnung in Kyiv. Das ganze Dorf hatte Küchengeräte, Möbel und Kleider für uns gesammelt. Sie trieben sogar eine Kaffeemaschine auf, als sie gehört hatten, dass wir Kaffee lieben. Meine Mutter brach in Tränen aus, als sie im Obergeschoss die nach Größe sortierte Kleidung sah. Angekommen war ich in einer zerrissenen Winterjacke; wir wussten, wie es ist, vor Kleiderkammern des Roten Kreuzes oder der Caritas Schlange zu stehen.

Am 20. Februar waren meine Familie und ich in den Urlaub nach Litauen aufgebrochen. Wir hatten Fahrkarten für eine Rückreise am 24. Februar. An dem Morgen wachten wir auf und hörten die Nachrichten. Wir blieben einen Monat lang in Vilnius. Für die erste Wochenmiete gab ich 600 Euro aus – ich dachte nicht, dass es nötig sein könnte, länger zu bleiben. irgendwann Mitte März wurde uns klar, dass der Krieg so schnell nicht enden würde. Wir begannen, Geld zu sparen, wir suchten nach Frühlingskleidern und einer Wohnung. Als ich in Litauen keine Unterkunft fand, wandte ich mich an einen deutschen Freund, der das besagte Haus in dem kleinen Dorf fand.

Die Besitzerin des Hauses ist eine Edelstein-Expertin, ihr Vater ist ein in der Region sehr bekannter Juwelier. Sie hat drei Kinder, einen großen Garten – und Gesundheitsprobleme. Sie ist erst 58 Jahre alt, aber Hüftprobleme schränken ihre Beweglichkeit stark ein. Trotzdem hat sie es geschafft, das Haus für uns vorzubereiten, für „Aliens“ aus einem weit entfernten Land. Eingeschüchterte Menschen mit vielen Fragen zu den Gepflogenheiten des Lebens in Deutschland. Sie erzählte: „Weißt du, es war ein Zeichen. Der 24. Februar ist mein Geburtstag, und an jenem Tag sagte mein Mann zu mir: „Das Beste, was du heute machen kannst, ist, das Haus ukrainischen Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen.“ Es ist das Haus ihrer Mutter, die letztes Jahr starb. Jedes Mal, wenn sie uns im Garten sieht, sagt sie, wie glücklich ihre Mutter wäre, dass dieser Ort lebendig bleibt.“

In diesen Monaten in Deutschland habe ich viele meiner Vorurteile über die Deutschen verloren. Zum Beispiel, dass die meisten Menschen hier im Überfluss leben und mit Leichtigkeit ihr Geld verdienen. Meine Nachbarin verlässt fast nie ihre Wohnung im ersten Stock. Wir unterhalten uns durchs Fenster, weil es für sie mühsam ist, Treppen zu steigen. Sie hat in verschiedenen Fabriken gearbeitet. In den 70er- und 80er-Jahren wurde nicht sehr auf die Arbeitsbedingungen geachtet. In vielen Werkstätten war die Belüftung unzureichend, die Angestellten hatten keine Masken. Das ruinerte ihre Lungen. Und die mühsame Arbeit an kleinen Werkstücken schadete ihrer Haltung und ihrer Sehkraft.

Das zweite Vorurteil war, dass die Deutschen sehr an Regeln festhalten, ja geradezu von ihnen besessen sind. In Wirklichkeit sind Menschen verschieden. Und zwar nicht entlang der Nationalität. Es gibt in Deutschland viele Vorschriften – von der Mülltrennung bis hin zur Regel, Dokumente per Post zu verschicken. Gleichzeitig aber achten die Menschen sehr auf Grund- und Menschenrechte. Hier kann man zu einer LGBTQ+-Demo gehen ohne Angst, verhaftet zu werden. Man kann in kurzen Hosen zur Arbeit gehen ohne Stil-Belehrungen. Gut, ich habe auch andere Geschichten gehört, etwa über konservative Bayern. Aber wer sich über deutschen Konservatismus beschwert, hat wahrscheinlich nie aggressive Orthodoxe in der Ukraine kennengelernt.

Das dritte Stereotyp ist das von den ernsten Deutschen. So wie in Deutschland habe ich schon lange nicht mehr gelacht. Die Deutschen wissen sehr wohl, wie man entspannt. Sie finden Zeit für Spaziergänge, Picknicks und kleine Vergnügen, selbst wenn sie hart arbeiten. Meine Mutter sagte in Kiyv immer: „Ihr jungen Leute könnt gar nicht abschalten. Ihr seid immer am Rennen.“ Und sie hat recht. Erst in Deutschland habe ich es geschafft, anzuhalten und zu einem normalen Leben zu finden. Letzten Monat habe ich mir zum ersten Mal seit dem Ausbruch des Krieges ein Buch gekauft – und gelesen. Bis dahin drehten sich meine Gedanken dauernd um den Krieg, aber jetzt habe ich gelernt, den Wert emotionaler Ressourcen zu schätzen. Dabei hat mir meine deutsche Umgebung sehr geholfen.

Noch einmal zurück zu meiner Berliner Vermieterin, die nicht ohne Sauerstoff schlafen kann. In meiner ersten Woche in Berlin ging

sie mit mir zum Flohmarkt. Wir liefen dort zwischen hippen jungen Menschen herum, wir schauten uns alles genau an, wir scherzten und lachten. Mit ihr habe ich auch ein Dutzend Länder bereist – virtuell natürlich. Fast jeden Abend blätterten wir in ihren Alben mit Fotos aus Mexiko, Südafrika, China, Island ... All diese Reisen hat sie gemacht, als sie 40 Jahre und älter war. Was für eine Pessimistin war ich, wenn ich gedacht hatte, ich könnte mit 30 zu alt werden für Abenteuer!

Der Krieg und die Menschen lehrten mich mehr als jede Schule. Ich habe gelernt, das Leben zu lieben. Ich habe keinen Überlebenden-Komplex mehr. Mehr noch: Ich glaube an die Zukunft. Ich schlafe jede Nacht friedlich. Egal mit welchen Geräuschen – Hauptsache, es sind keine Raketen oder Sirenen. Meine Familie und ich sind sicher. Das größte Geschenk ist es, frei atmen zu können in einem Land, das mir und uns freundlich entgegentritt. Auch wenn ich vielleicht einfach Glück mit den Menschen hatte, die mir begegnet sind. ●



**Olga Konsevych** ist Stipendiatin der Abteilung Kommunikation. Die Journalistin ist Chefredakteurin des ukrainischen Nachrichtenportals 24tv.ua und am WZB im Rahmen des Journalist-in-Residence-Programms. Als Kommunikationswissenschaftlerin arbeitet sie besonders zu den Beziehungen zwischen der Ukraine und der EU, zu demokratischen Übergängen und zur Nachhaltigkeit postsowjetischer Gesellschaften.

[olga.konsevych@wzb.eu](mailto:olga.konsevych@wzb.eu)

Twitter: @Liza22Frank

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.



## Sichtachse nach Preußen

Ein Schattendasein im wahrsten Sinne des Wortes fristet der Laubengang, der östlich vom Altbau des WZB in Richtung Neue Nationalgalerie führt. Es brauchte den Besuch eines Zeitzeugen, um uns die architektonische Anspielung zu entschlüsseln: Martin Peters, heute Projektleiter im Berliner Architekturbüro Hülsmann, unterstützte in den 1980er-Jahren als Werkstudent das Team um James Stirling beim Um- und Neubau des WZB-Gebäudes. 35 Jahre später führte er Kolleg\*innen durch das Haus – und erschloss auch uns ganz neue Bezüge. So ist der Laubengang (im Bild rechts) ein Schinkel-Zitat; er findet sein Vorbild am Schloss Glienicke, am äußeren Berliner Stadtrand, kurz vor Potsdam an der Havel gelegen (siehe das linke Foto). Nur dass Prinz Carl von Preußen keine alten Säulen zur Verfügung hatte. Am WZB wurden Überbleibsel vom Reichsversicherungsamt verbaut – und damit Schinkel und Bismarck zugleich zitiert.

**Das kommt:  
„Wahrheit“  
4|22**

Foto: © Jan Krebs (links), Frederic Jage-Bowler (rechts) / WZB,  
alle Rechte vorbehalten